RheinlandPfalz
STATISTISCHES LANDESAMT

12 2010

STATISTISCHE MONATSHEFTE

Statistik nutzen

Aus dem Inhalt:

Kindertagesbetreuung 2010
Ernte 2010
Hochschulen 2009/10

Wir wünschen allen Leserinnen und Lesern
ein frohes Weihnachtsfest
und ein glückliches neues Jahr.

Fotonachweis

Titelfoto: Thomas Kirschey

Zum Stichtag 1. März 2010 gingen in Rheinland-Pfalz insgesamt 17 702 Jungen und Mädchen unter drei Jahren in eine Kindertageseinrichtung, das waren 18,4% aller Kinder dieser Altersgruppe. Im Jahr 2006 lag dieser Anteil erst bei 8,8%.

Autorenfotos: Manfred Riege, Fotostudio Jörg, Nassau.

Beilagen: Rheinland-Pfalz regional: Kreisfreie Städte und Landkreise – Ein Vergleich in Zahlen
Inhaltsverzeichnis der Statistischen Monatshefte 2010
Lesezeichen

12 2010

STATISTISCHE MONATSHEFTE

63. Jahrgang

kurz + aktuell 963

Industrie ■ Bauhauptgewerbe ■ Verfügbares Einkommen
Einzelhandel ■ Tourismus ■ Handwerk ■ Bildung ■ Verkehr

Verbraucherpreise 971

Rheinland-Pfalz in Karten: Pkw-Bestand 2010 972

Kindertagesbetreuung 2010 973

Das Erntejahr 2010 – durch Wetterextreme geprägt 983

Hochschulen 2009/10 993

Daten zur Konjunktur 1009

Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz 1037

Neuerscheinungen 1047

Zeichenerklärung

0	Zahl ungleich null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle
-	nichts vorhanden
.	Zahl unbekannt oder geheim
x	Nachweis nicht sinnvoll
...	Zahl fällt später an
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug
( )	Aussagewert eingeschränkt, da Zahl statistisch unsicher
D	Durchschnitt
p	vorläufig
r	revidiert
s	geschätzt

Für die Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung „50 bis unter 100" die Darstellungsform „50–100" verwendet.

Einzelwerte in Tabellen werden im Allgemeinen ohne Rücksicht auf die Endsumme gerundet.

Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 0260 371-0
Telefax: 0260 371-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Erscheinungsfolge: monatlich

Bestellnummer: Z2201, ISSN: 0174-2914

Kostenfreier Download im Internet unter http://www.statistik.rlp.de/veroeffentlichungen/statistische-monatshefte

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2010

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Auftragseingänge im September im Aufwind

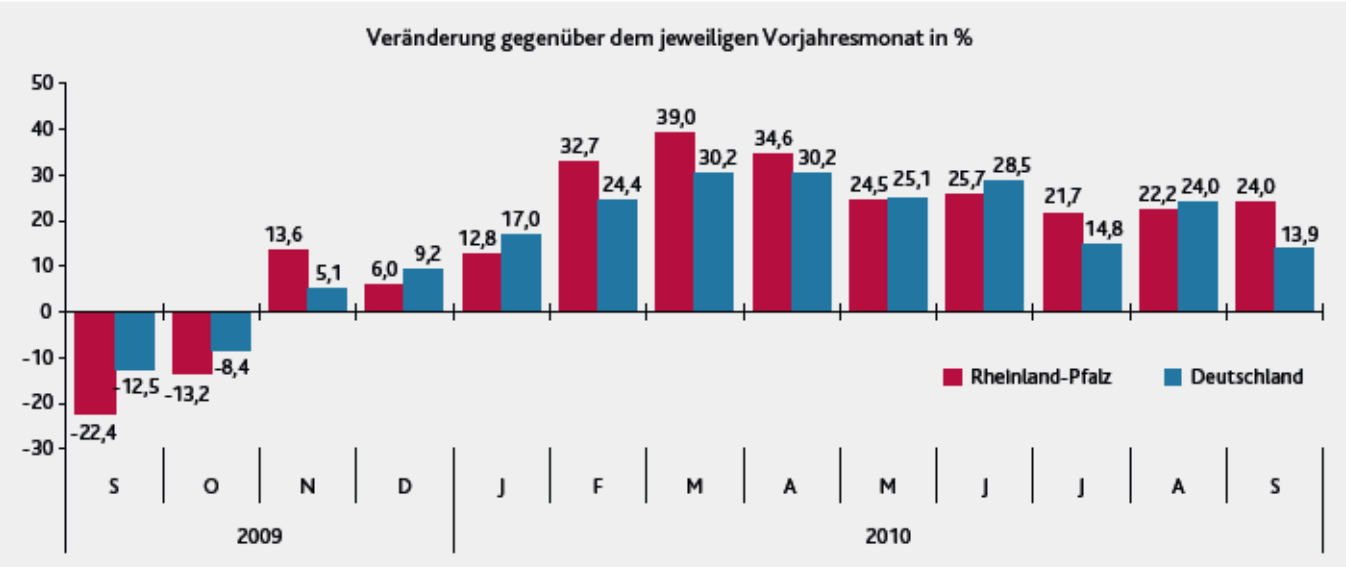
Im September 2010 erhielt die rheinland-pfälzische Industrie preisbereinigt 24% mehr Aufträge als ein Jahr zuvor (Deutschland: +13,9%). Die Nachfrage aus dem Inland stieg um 14,8% (Deutschland: +11,7%), aus dem Ausland kamen 32,2% mehr Bestellungen als im Vorjahresmonat (Deutschland: +16%). Im September 2009 wiesen die Auftragseingänge infolge der Wirtschaftskrise allerdings ein sehr niedriges Niveau auf.

Die umsatzstärksten rheinland-pfälzischen Wirtschaftszweige meldeten gegenüber September 2009 ausnahmslos zweistellige Auftragszuwächse. So stiegen die Aufträge bei der Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen um 34,3%, bei der Herstellung von chemischen Erzeugnissen um 28,6% und beim Maschinenbau um 26,7%. Auffallend hoch ist in diesen Branchen vor allem die Nachfrage aus dem Ausland: Der Kraftwagenbau und die chemische Industrie verzeichneten ein Auftragsplus von 47,6 bzw. 45,1%, der Maschinenbau lag um 29,7% über dem Vorjahresniveau. Deutlich mehr Bestellungen gegenüber September 2009 erhielten auch die Hersteller von Metallerzeugnissen (+10,9%),

Konjunktur in Rheinland-Pfalz

Indikator	Monatswerte September 2010 2005=100	Veränderung September 2010 zum Vorjahresmonat	Veränderung September 2010 zum Vormonat
Auftragseingänge (real)			
Industrie	100,8	24,0% ↑	13,9% ↑
Inland	100,3	14,8% ↑	7,2% ↑
Ausland	101,3	32,2% ↑	19,8% ↑
Chemie	89,4	28,6% ↑	21,1% ↑
Fahrzeugbau	89,4	34,3% ↑	8,7% ↑
Maschinenbau	109,0	26,7% ↑	5,0% ↑
Metallerzeugnisse	105,7	10,9% ↑	8,7% ↑
Bauhauptgewerbe	143,5	1,2% ↗	10,6% ↑
Umsätze (real)			
Großhandel	112,7	-1,1% ↘	12,5% ↑
Einzelhandel (ohne Kfz)	106,2	1,3% ↗	0,6% ↗
Kfz-Handel	88,7	-0,6% ↘	7,0% ↑
Gastgewerbe	103,7	-2,4% ↓	-6,3% ↓

Index des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2009–2010 nach Monaten



von pharmazeutischen Erzeugnissen (+10,8%) und die Metallerzeugung und -bearbeitung (+7%). Maßgeblich für diese positive Entwicklung war bei der Herstellung von Metallerzeugnissen die Auslandsnachfrage (+16%), während die Zuwächse der Pharmaindustrie sowie der Metallerzeugung und -bearbeitung vornehmlich durch die Inlandsorder (+13,9 bzw. 17,8%) beeinflusst wurden. Die Bestellungen der Hersteller von Papier, Pappe und Waren daraus nahmen gegenüber dem Vorjahresstand um 2% zu.

Veränderungen gegenüber August 2010

Das Ordervolumen der rheinland-pfälzischen Industrie stieg im September 2010 preisbereinigt um 13,9% (Deutschland: +9%); im Vormonat war die Nachfrage noch um 10,6% zurückgegangen. Der Zuwachs wurde vor allem durch das Plus bei den Auslandsaufträgen um 19,8% bestimmt (Deutschland: +8,6%). Zeitgleich haben auch die Inlandsbestellungen deutlich um 7,2% (Deutschland: +9,6) zugelegt. Die gestiegene Nachfrage nach rheinland-pfälzischen Gütern wuchs insbesondere aufgrund der guten Auftragslage in der chemischen Industrie (+21,1%), der Metallerzeugung und -bearbeitung (+19,4%) sowie der Pharmaindustrie (+11,4%).

Hinweis

Weitere Informationen zur konjunkturellen Entwicklung in Rheinland-Pfalz erhalten Sie in diesem Heft ab Seite 1009 sowie im Internet unter www.statistik.rlp.de

Konjunktur im Bauhauptgewerbe

Indikator	Monatswerte September 2010 2005=100	Veränderung September 2010 zum Vorjahresmonat	Veränderung September 2010 zum Vormonat
Auftragseingang	143,5	1,2 %	10,6 %
Hochbau insgesamt	128,9	6,9 %	13,0 %
Wohnungsbau	103,9	-1,1 %	19,3 %
gewerblicher Hochbau	92,7	-45,0 %	-6,7 %
öffentlicher Hochbau	209,3	254,3 %	29,1 %
Tiefbau insgesamt	156,9	-2,7 %	8,8 %
gewerblicher Tiefbau	158,1	26,8 %	-25,9 %
öffentlicher Tiefbau	129,9	-2,0 %	32,7 %
Straßenbau	172,6	-8,8 %	14,4 %
Baugewerblicher Umsatz	144,6	-2,6 %	10,7 %
Hochbau insgesamt	132,9	-0,3 %	11,1 %
Wohnungsbau	107,7	-4,8 %	-0,4 %
gewerblicher Hochbau	123,5	-23,7 %	2,6 %
öffentlicher Hochbau	169,3	54,9 %	31,3 %
Tiefbau insgesamt	156,0	-4,4 %	10,3 %
gewerblicher Tiefbau	172,0	1,8 %	16,4 %
öffentlicher Tiefbau	114,9	-16,9 %	-4,8 %
Straßenbau	176,6	-0,2 %	15,8 %

Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe gestiegen

Die Auftragseingänge im rheinland-pfälzischen Bauhauptgewerbe erhöhten sich im September 2010 gegenüber dem Vormonat um 10,6%. Damit kam es nach den Rückgängen im Juli (–3,4%) und im August (–1,5%) wieder zu einer deutlichen Verbesserung der Auftragslage. Die Nachfrage im Hochbau nahm um 13% zu; im Tiefbau war ein Anstieg von 8,8% zu verzeichnen. Differenziert nach Bauart und Auftraggeber gab es die stärksten Nachfragezuwächse im öffentlichen Tiefbau (+32,7%). Dagegen verringerten sich vor allem im gewerblichen Tiefbau die Auftragseingänge (–25,9%). Zu berücksichtigen ist allerdings, dass die Entwicklung im Bauhauptgewerbe häufig durch den Einfluss von Großaufträgen geprägt wird.

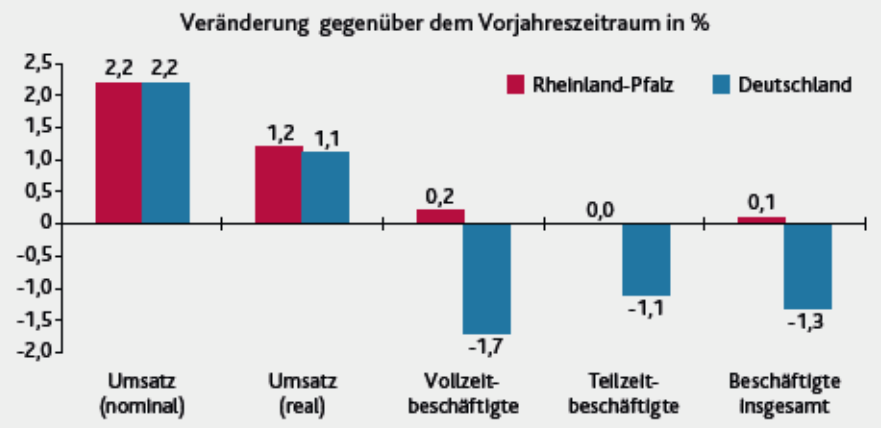
Im Vorjahresvergleich zog die Nachfrage nach Bauleistung leicht an. Gegenüber September 2009 erhöhten sich die Auftragseingänge um 1,2%. Im Hochbau kam es zu einem Auftragsplus von 6,9%, während im Tiefbau ein Minus von 2,7% registriert wurde. Unter den betrachteten Teil-

bereichen verzeichnete der öffentliche Hochbau mit +254% einen außergewöhnlich hohen Anstieg. Dieser ist – neben dem Einfluss von Großaufträgen – zusätzlich auf den Vergleich mit der besonders niedrigen Nachfrage des Vorjahresmonats zurückzuführen. Im gewerblichen Hochbau verringerten sich dagegen im gleichen Zeitraum die Auftragseingänge um 45%.

Der baugewerbliche Umsatz erhöhte sich im September 2010 gegenüber dem Vormonat um 10,7% auf fast 274 Mill. Euro. Im Hochbau verbesserten sich die Umsätze auf knapp 125 Mill. Euro (+11,1%), im Tiefbau kam es zu einem Anstieg auf 149 Mill. Euro (+10,3%). In der Gliederung nach Bauart und Auftraggeber gab es die größten Zuwächse im öffentlichen Hochbau (+31,3%). Dagegen waren vor allem im öffentlichen Tiefbau (–4,8%) Umsatzeinbußen zu beobachten.

Gegenüber dem Vorjahresmonat kam es im rheinland-pfälzischen Bauhauptgewerbe zu einem Umsatzrückgang um 2,6%. Obwohl im öffentlichen Hochbau im Vergleich zum September 2009 ein Umsatzplus von 54,9% festgestellt wurde, führten insbesondere die Umsatzeinbußen im gewerblichen Hochbau (–23,7%) zu einem leichten Minus von 0,3% im Hochbau insgesamt. Im Tiefbau verringerten sich die baugewerblichen Umsätze ebenfalls (–4,4%). Dieser Rückgang wurde in erster Linie durch die Entwicklung im öffentlichen Tiefbau verursacht (–16,9%).

Umsatz und Beschäftigte im Einzelhandel in Rheinland-Pfalz und in Deutschland von Januar bis September 2010



Durchschnittlich 18 500 Euro pro Einwohner für Konsum und Sparen

Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte liegt – je Einwohner – in den rheinland-pfälzischen Landkreisen höher als in den kreisfreien Städten. Jeder Einwohner der 24 Landkreise verfügte im Jahr 2008 durchschnittlich über 18 807 Euro, in den zwölf kreisfreien Städten waren es 17 628 Euro. Der Landesdurchschnitt lag bei 18 509 Euro.

Unter den Landkreisen war das höchste Pro-Kopf-Einkommen mit 21 779 Euro in Mainz-Bingen zu verzeichnen, während in Kusel je Einwohner durchschnittlich 17 060 Euro zur Verfügung standen. Bei den Städten reichte die Spanne von 19 702 Euro in Neustadt an der Weinstraße bis 16 182 Euro in Ludwigshafen.

Hinweis

Ausführliche Informationen zum verfügbaren Einkommen in Rheinland-Pfalz erhalten Sie in der Januar-Ausgabe der Statistischen Monatshefte.

Umsatzanstieg im Einzelhandel

Leichtes Plus bei den Vollzeitbeschäftigten

Der rheinland-pfälzische Einzelhandel verzeichnete von Januar bis September des laufenden Jahres ein Umsatzplus. Nach vorläufigen Berechnungen stiegen die Umsätze gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum nominal, also zu jeweiligen Preisen, um 2,2%. Real, d. h. um Preisveränderungen bereinigt, waren die Umsätze 1,2% höher als in den ersten neun Monaten 2009. Damit wies der rheinland-pfälzische Einzelhandel die gleiche Umsatzentwicklung wie der bundesweite Einzelhandel aus.

Allerdings war der Verlauf in den einzelnen Handelsbranchen unterschiedlich. Der Umsatz im Einzelhandel mit Waren verschiedener Art, hierzu gehören Supermärkte, SB-Warenhäuser und Verbrauchermärkte, nahm von Januar bis September sowohl nominal als auch real ab. Der Handel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren steigerte zwar seine

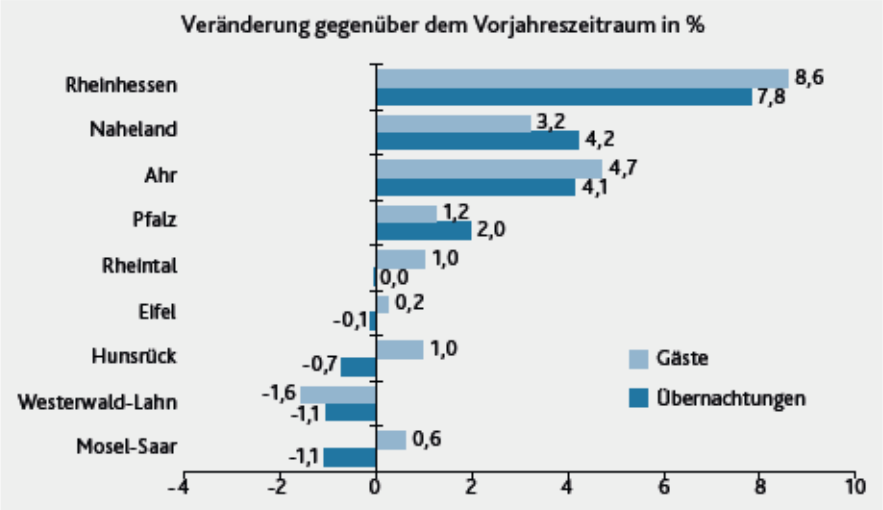
nominalen Umsätze, real stand hingegen ein Minus. Im Einzelhandel mit Geräten der Informations- und Kommunikationstechnik gab es einen nominalen und realen Zuwachs. Die höchsten Umsatzsteigerungen wies der Einzelhandel mit sonstigen Haushaltsgeräten, Textilien, Heimwerker- und Einrichtungsbedarf auf, gefolgt vom Handel mit Verlagsprodukten, Sportausrüstungen und Spielwaren. Im Handel mit sonstigen Gütern, zu denen unter anderem Bekleidung, Schuhe und Lederwaren zählen, fiel die Bilanz für die ersten drei Quartale ebenfalls positiv aus.

Die Zahl der Beschäftigten im rheinland-pfälzischen Einzelhandel nahm in den ersten neun Monaten gegenüber dem Vorjahreszeitraum leicht um 0,1% zu (Deutschland: –1,3%). Während die Zahl der Vollzeitkräfte um 0,2% anstieg, blieb die Zahl der Teilzeitbeschäftigten unverändert.

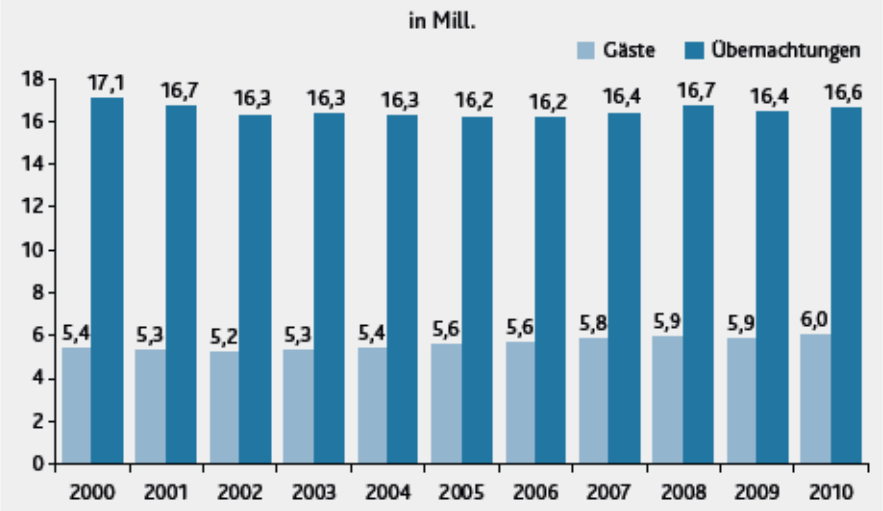
Bis September Plus bei Gästen und Übernachtungen

Rheinland-Pfalz wurde in den ersten neun Monaten des Jahres 2010 von fast 6 Mill. Übernachtungsgästen besucht. Nach vorläufigen Berechnungen ist das gegenüber dem Vorjahreszeitraum eine Steigerung um 1,7%. Das ist das beste Ergebnis der Tourismusbranche für die ersten drei Quartale in den zurückliegenden zehn Jahren. Die Anzahl der Übernachtungen lag bei 16,58 Mill. (+0,9%). Der Zuwachs ist zwar geringer als bei den Gästen, stellt aber das drittbeste Ergebnis der vergangenen zehn Jahre dar.

Gäste und Übernachtungen von Januar bis September 2010 nach Tourismusregionen

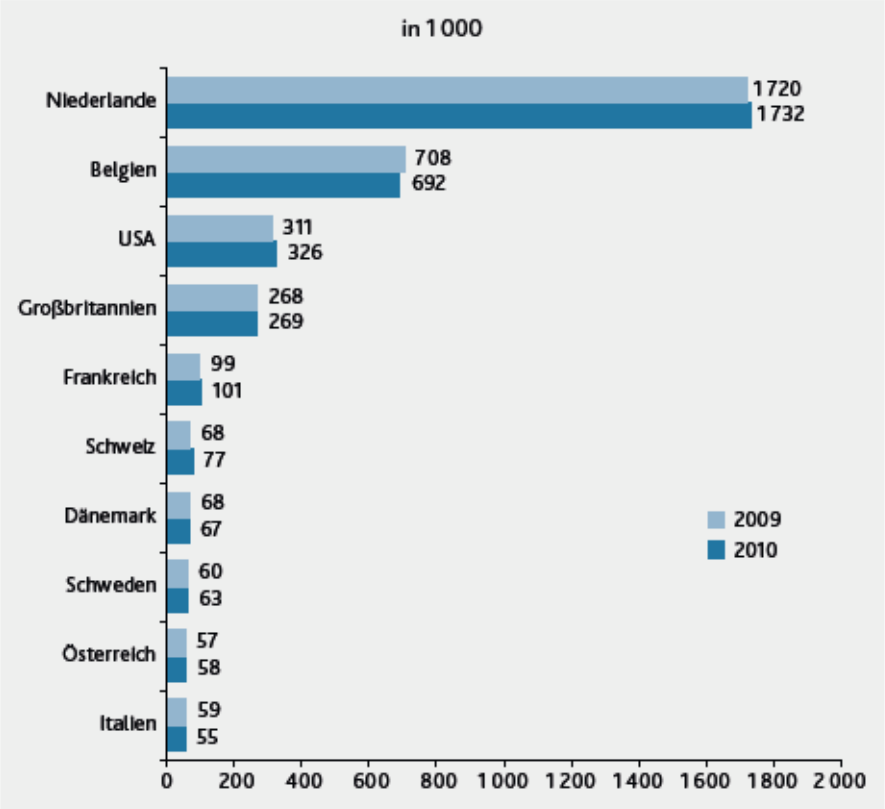


Gäste und Übernachtungen von Januar bis September 2000–2010

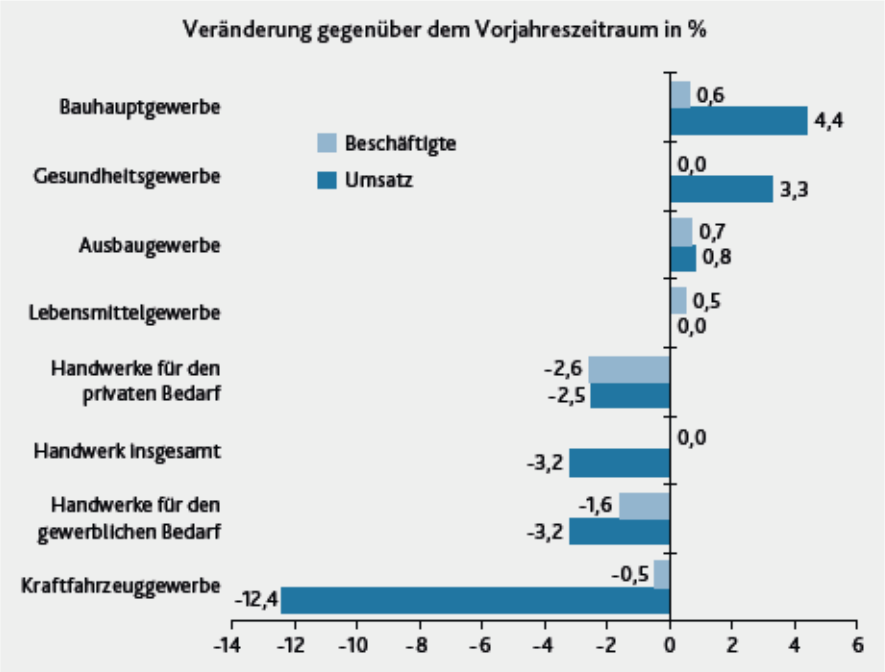


In den neun rheinland-pfälzischen Tourismusregionen verlief die Entwicklung uneinheitlich. Im Gebiet Westerwald-Lahn gingen sowohl die Gäste- als auch die Übernachtungszahlen zurück. Die Regionen Mosel-Saar, Hunsrück, Eifel und Rheintal verbuchten ebenfalls rückläufige bzw. stagnierende Übernachtungszahlen; die Gästezahlen konnten dort jedoch gesteigert werden. Die übrigen Reisegebiete verzeichneten in den ersten neun Monaten ein Gäste- und Übernachtungsplus, wobei die größten Zuwächse in Rheinhessen festgestellt wurden. Dort gab es im Vorjahr jedoch infolge der Wirtschaftskrise die größten Rückgänge. Die Gäste- und Übernachtungszahlen in Rheinhessen werden stark von Geschäftsreisenden und vom Rhein-Main-Flughafen geprägt.

Übernachtungen von Januar bis September 2009 und 2010 nach den zehn wichtigsten Herkunftsländern



Beschäftigte und Umsatz im zulassungspflichtigen Handwerk im 2. Quartal 2010 nach Gewerbezweigen



Unterschiede gab es auch bei den Anbietern. Während Ferienwohnungen, Hotels sowie Vorsorge- und Rehabilitationskliniken teils überdurchschnittliche Zuwächse der Gäste- und Übernachtungszahlen registrierten, mussten Gasthöfe, Ferienzentren und Privatquartiere rückläufige Zahlen hinnehmen. Die übrigen Betriebsarten steigerten das Übernachtungsvolumen, die Gästezahlen gingen jedoch gegenüber den ersten neun Monaten des Vorjahres zurück.

Rheinland-Pfalz wird bei Gästen aus dem Ausland immer beliebter. Hier stieg die Besucherzahl überdurchschnittlich um 3,8% auf knapp 1,4 Mill. Die Zahl der Übernachtungen von ausländischen Gästen lag bei fast 4 Mill. (+1,3%). Die Niederlande sind mit 1,73 Mill. Übernachtungen mit großem Vorsprung das wichtigste Herkunftsland (+0,7%). Gäste aus Belgien buchten in den ersten neun Monaten 692 000 Übernachtungen (–2,3%). Den dritten Platz belegen die US-Amerikaner mit 326 000 Übernachtungen (+4,7%).

Umsatz der Handwerksunternehmen weiter rückläufig

Nach vorläufigen Berechnungen lagen die Umsätze der zulassungspflichtigen Handwerksunternehmen im 2. Quartal 2010 um 3,2% niedriger als im gleichen Zeitraum des Jahres 2009. Den stärksten Umsatzrückgang verzeichnete das Kraftfahrzeuggewerbe mit einem Minus von 12,4%. Wie bereits im Vorquartal dürfte hierfür das Auslaufen der Umwelt-

prämie verantwortlich sein. Weniger Umsatz gab es auch bei den Handwerken für den gewerblichen Bedarf mit einem Minus von 3,2% und den Handwerken für den privaten Bedarf (–2,5%). Alle anderen Gewerbegruppen konnten ihren Umsatz auf dem Niveau des Vorjahresquartals halten oder steigern. An der Spitze lag hier das Bauhauptgewerbe mit einem Plus von 4,4%, gefolgt vom Gesundheitsgewerbe mit einem Plus von 3,3%.

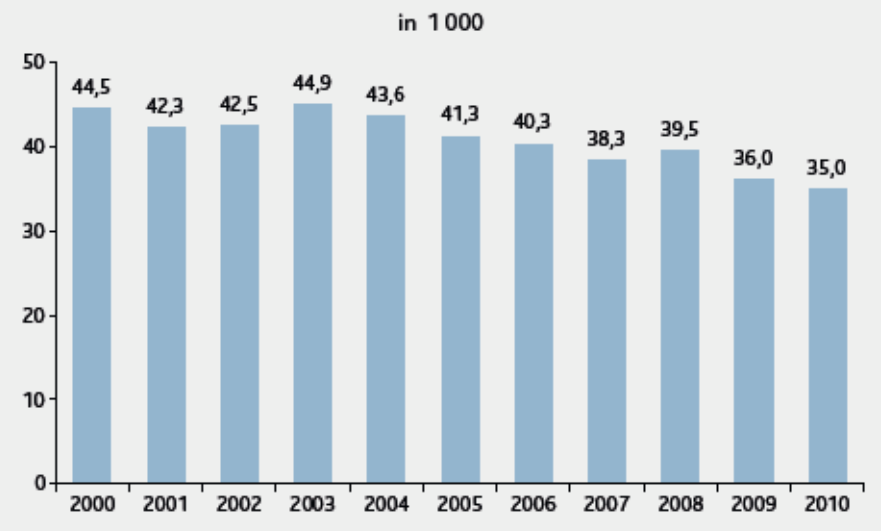
Die Zahl der Beschäftigten lag auf dem Niveau des 2. Quartals 2009. Rückgänge gab es bei den Handwerken für den privaten Bedarf (–2,6%), den Handwerken für den gewerblichen Bedarf (–1,6%) und im Kraftfahrzeuggewerbe (–0,5%). Leichte Zuwächse gab es im Bauhauptgewerbe, im Ausbaugewerbe und im Lebensmittelhandwerk.

Zahl der Einschulungen geht weiter zurück

In Rheinland-Pfalz wurden zu Beginn des laufenden Schuljahres 2010/11 erneut weniger Kinder eingeschult. Die Zahl der Einschulungen sank nach vorläufigen Berechnungen im Vergleich zum Vorjahr um 1025 beziehungsweise 2,8% auf nun 35 023.

Damit setzte sich der seit einigen Jahren zu beobachtende Trend rückläufiger Einschulungszahlen fort. Im Vergleich zum Jahr 2000 verringerte sich die Zahl der Schulanfängerinnen und -anfänger um rund ein Fünftel (–21,3%). Dieser deutliche Rückgang ist vorwiegend demografisch bedingt;

Einschulungen[1] 2000–2010[2]



1) Einschließlich wiederholt Eingeschulte. – 2) 2010: Vorläufiges Ergebnis.

auch die Bevölkerung im Grundschulalter nimmt seit Jahren ab. Gab es im Jahr 2000 noch gut 179 200 Kinder im Alter von sechs bis unter zehn Jahren, so waren es zum Ende des Jahres 2009 nur noch rund 146 300 (–18,4%). Die Daten der Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Landesamtes lassen auch zukünftig auf einen Rückgang schließen. Danach dürfte die Zahl der Kinder im Grundschulalter – im Vergleich zum Jahr 2009 – bis zum Jahr 2020 voraussichtlich weiter um etwa 8% sinken.

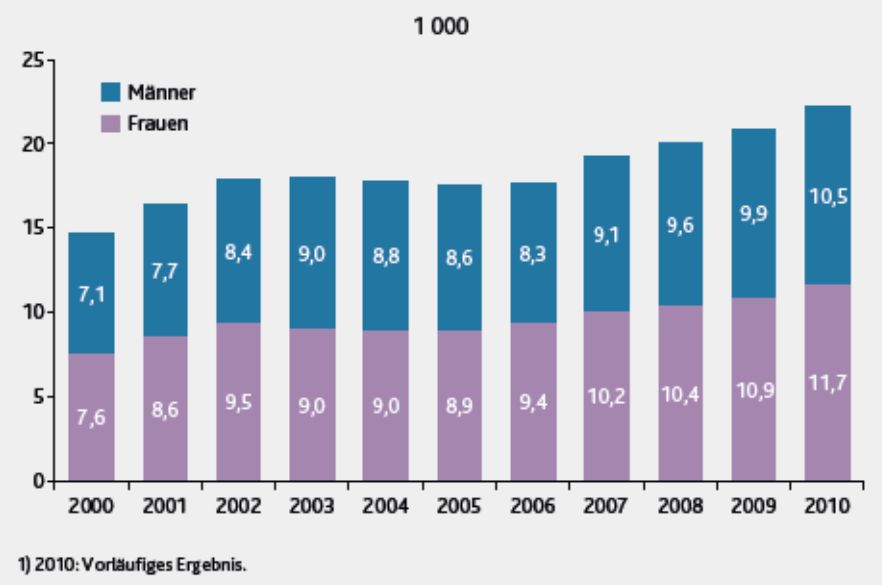
Die meisten Kinder begannen im Schuljahr 2010/11 ihre Schullaufbahn an Grundschulen (96,7%). Weitere 2,8% wurden an Förderschulen und 0,5% an Freien Waldorfschulen eingeschult. Von allen Schulanfängerinnen und -anfängern des Schuljahres 2010/11 waren 47,9% Mädchen. Bei Einschulungen an Förderschulen betrug der Anteil der Mädchen lediglich 32,2%.

Mehr Studienanfängerinnen und -anfänger an rheinland-pfälzischen Hochschulen

Die Zahl der Studienanfängerinnen und -anfänger in Rheinland-Pfalz erreicht einen neuen Höchststand. Im Studienjahr 2010, zu dem das Sommersemester 2010 und das Wintersemester 2010/11 zusammengefasst werden, begannen insgesamt 22 210 Personen ein Studium an einer rheinland-pfälzischen Hochschule. Das waren 6,6% mehr als im Studienjahr 2009 (+1 368). Die Mehrheit der Erstimmatrikulierten waren Frauen (52,6%).

Mehr als ein Drittel der Studierenden im 1. Hochschulsemester nahmen Studiengänge der Fächergruppe Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften auf (34,9%). Ein knappes Viertel immatrikulierte sich in sprach- und kulturwissenschaftlichen Fächern

Studienanfängerinnen und -anfänger im ersten Hochschulsemester 2000–2010[1] nach Geschlecht



1) 2010: Vorläufiges Ergebnis.

(22,7%) und ein Fünftel in mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern (19,4%). Ein Studium aus dem Bereich Ingenieurwissenschaften belegten 16% der Erstimmatrikulierten, 2,8% studieren Fächer der Gruppe Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften und 4,1% weitere Fächer.

Die Zahl der Studierenden stieg zum aktuellen Wintersemester 2010/11 gegenüber dem Vorjahr um 4% auf 113 846 an. Von diesen waren 76 111 an Universitäten, 36 081 an Fach- und Verwaltungsfachhochschulen sowie 1654 an sonstigen wissenschaftlichen und theologischen Hochschulen eingeschrieben.

Hinweis

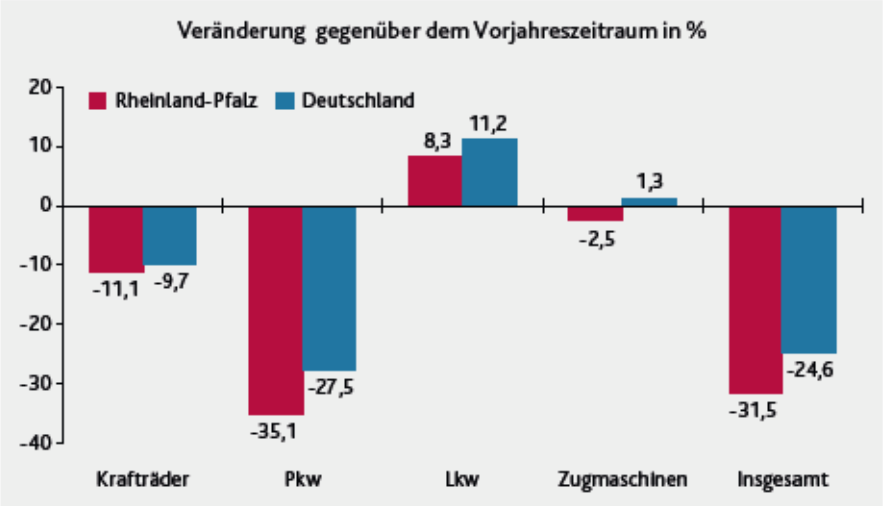
Ausführliche Informationen zu den Hochschulen in Rheinland-Pfalz erhalten Sie in diesem Heft ab Seite 993.

Nach Abwrackprämie: Weniger Pkw-Neuzulassungen Gebrauchtwagenmarkt floriert

Nachdem die Gewährung der Umweltprämie, besser bekannt als Abwrackprämie, mit Ablauf des Jahres 2009 zu Ende ging, ist in Rheinland-Pfalz die Zahl der Neuzulassungen von Personenkraftwagen im Zeitraum von Januar bis September 2010 zurückgegangen. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum sank die Zahl der neu zugelassenen Pkw von 140 530 um rund 49 000 Fahrzeuge auf 91 270 (–35,1%). Bei den Neuzulassungen von Krafträdern und Zugmaschinen waren die Rückgänge im Gegensatz zum Pkw-Sektor nicht so gravierend. Von Januar bis September 2010 wurden im Land insgesamt 6770 neue Krafträder (–11,1%) und 2 420 Zugmaschinen (–2,5%) zugelassen. Die Zahl der Neuzulassungen von Lastkraftwagen stieg gleichzeitig jedoch um 8,3% auf 7 040 Einheiten.

Die rückläufigen Zulassungszahlen für neue Pkw beeinflussten das Gesamtergebnis für Neuzulassungen für die ersten neun Monate des Jahres 2010 deutlich. Mit 108 030 Neuzulassungen wurde das Ergebnis des Vorjahreszeitraumes 2009 (157 730) um 31,5% unterboten (Deutschland: –24,6%).

Neuzulassungen von Kraftfahrzeugen in Rheinland-Pfalz und in Deutschland von Januar bis September 2010

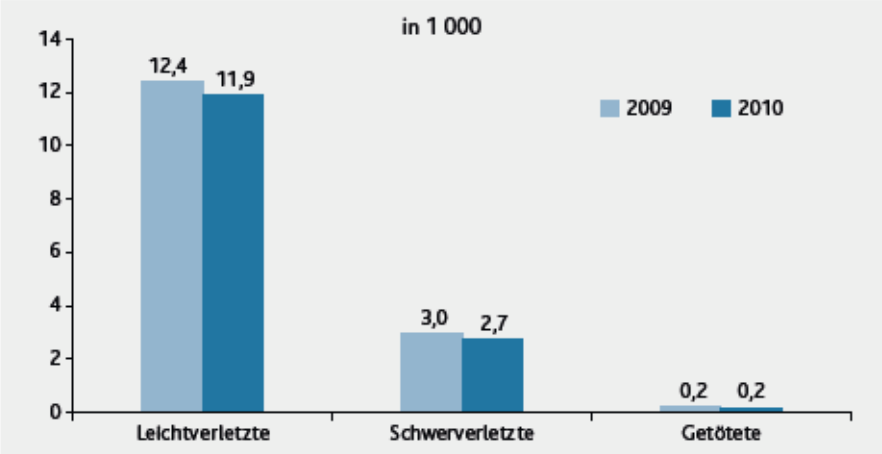


Mit 279 076 Besitzumschreibungen legte der Gebrauchtwagenmarkt der Pkw (+10,6%) gegenüber den ersten neun Monaten 2009 deutlich zu. Der Nutzfahrzeugmarkt hat gleichzeitig auch wieder Fahrt aufgenommen (Lastkraftwagen: +14,6%, Zugmaschinen: +7,4%). Umschreibungen gebrauchter Krafträder gingen in diesem Zeitraum jedoch um 2,4% zurück. Von Januar bis September 2010 wurden insgesamt 321 845 (+9,6%) Besitzumschreibungen vorgenommen (Deutschland: 5 589 680, +5,1%).

Zahl der Opfer von Verkehrsunfällen sank in den ersten drei Quartalen

In den ersten neun Monaten dieses Jahres wurden deutlich weniger Unfälle mit Todesopfern oder Verletzten registriert. Von Januar bis September 2010 verloren 155 Menschen ihr Leben bei Verkehrsunfällen, das waren 22 Todesopfer weniger als im gleichen Vorjahreszeitraum. Die Zahl der Schwerverletzten ging um 7,9% auf 2 723 zurück. 11 879 Personen wurden leicht verletzt (–4,2%). Insgesamt registrierte die Polizei in den ersten neun Monaten dieses Jahres 95 014 Verkehrsunfälle, das waren 3,2% mehr als im Vorjahreszeitraum.

Verunglückte im Straßenverkehr von Januar bis September 2009 und 2010



Verbraucherpreise im November 2010

Der Verbraucherpreisindex für Rheinland-Pfalz lag im November 1,4% höher als ein Jahr zuvor. Im September und Oktober hatte die Jahresteuerungsrate noch jeweils 1,3% betragen.

Kraftstoffe verteuerten sich gegenüber November 2009 um 7,5%. In der Folge erhöhten sich die Preise für Waren und Dienstleistungen rund um den Verkehr insgesamt um 2,9%. Für Haushaltsenergie (Strom, Gas, Öl und andere Brennstoffe) stiegen die Preise binnen Jahresfrist durchschnittlich um 3,1%. Während die Gaspreise im Vergleich zum Vorjahresmonat fielen (–4,9%), verteuerten sich Heizöl (+20,6%) und Strom (+3,8%) spürbar.

Die Preise für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke stiegen binnen Jahresfrist durchschnittlich um 2,4%. Insbesondere die Preise für Gemüse (+14,4%) und Obst (+8,2%) erhöhten sich deutlich.

Auch Speisefette und -öle (+3,2%) sowie Molkereiprodukte und Eier (+1,6%) verteuerten sich gegenüber dem Vorjahresmonat, während Fleisch und Fleischwaren im Preis sanken (–1,2%).

Sinkende Preise waren zudem bei der Nachrichtenübermittlung (–2,1%) und in der Hauptgruppe „Freizeit, Unterhaltung und Kultur" (–0,2%) festzustellen.

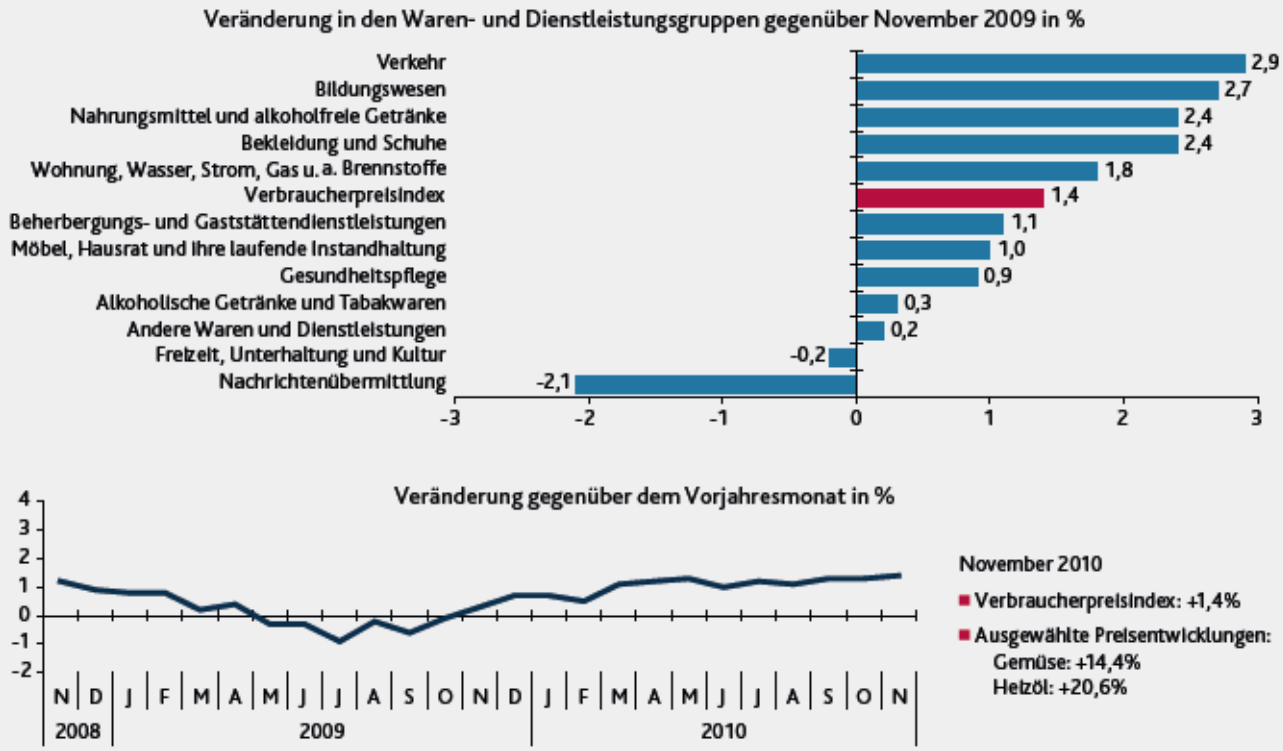
Im Vergleich zum Vormonat änderte sich der Verbraucherpreisindex insgesamt nicht. Überdurchschnittlich stark stiegen die Preise bei Bekleidung und Schuhen (+0,8%) und Nahrungsmitteln und alkoholfreien Getränken (+0,5%), während in den Hauptgruppen „Freizeit, Unterhaltung und Kultur" (–1,1%) sowie „Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen" (–0,8%) Preisrückgänge zu verzeichnen waren.

Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisveränderung der Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Berücksichtigt werden Güter des täglichen Bedarfs, Mieten, langlebige Gebrauchsgüter und Dienstleistungen. Der Verbraucherpreisindex dient als Indikator für die Beurteilung der Geldwertstabilität und als Inflationsmaßstab.

Rund um die Monatsmitte erheben in Rheinland-Pfalz in 11 Berichtsgemeinden 17 Preisermittler im Auftrag des Statistischen Landesamtes in ca. 2 000 Berichtsstellen (z. B. Kaufhäuser) gut 17 000 Einzelpreise. Dabei werden die Preisveränderungen von etwa 750 genau beschriebenen Waren und Dienstleistungen erfasst. Die Preisveränderungen werden gemäß der Verbrauchsbedeutung, die den Waren und Dienstleistungen bei den Ausgaben der privaten Haushalte zukommt, im Preisindex berücksichtigt.

Verbraucherpreisindex im November 2010

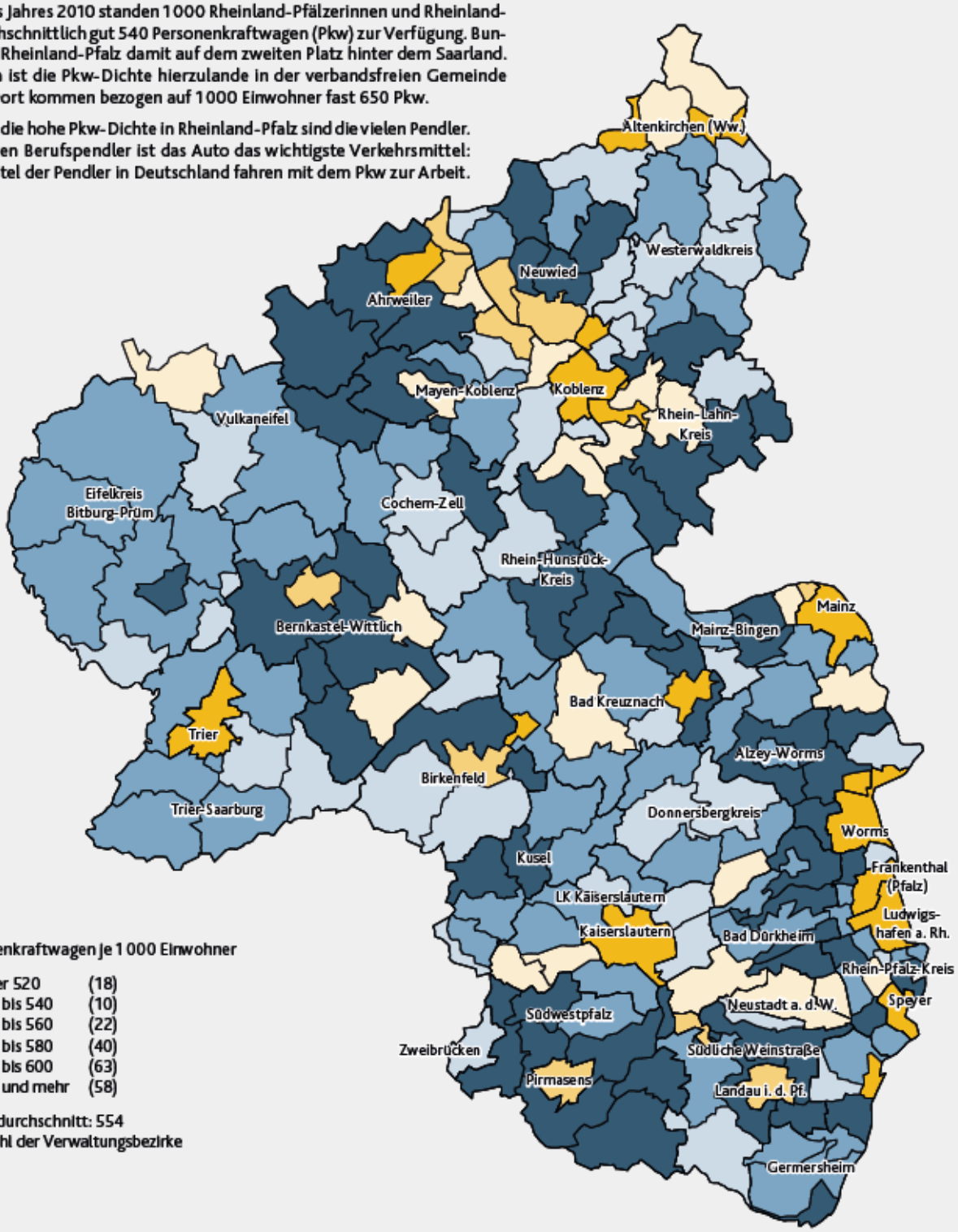


Pkw-Bestand 2010 nach Verwaltungsbezirken

Das Auto ist das wichtigste Verkehrsmittel auf dem Weg zur Arbeit

Zu Beginn des Jahres 2010 standen 1 000 Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzern durchschnittlich gut 540 Personenkraftwagen (Pkw) zur Verfügung. Bundesweit liegt Rheinland-Pfalz damit auf dem zweiten Platz hinter dem Saarland. Am höchsten ist die Pkw-Dichte hierzulande in der verbandsfreien Gemeinde Grafschaft. Dort kommen bezogen auf 1 000 Einwohner fast 650 Pkw.

Ein Grund für die hohe Pkw-Dichte in Rheinland-Pfalz sind die vielen Pendler. Für die meisten Berufspendler ist das Auto das wichtigste Verkehrsmittel: Gut zwei Drittel der Pendler in Deutschland fahren mit dem Pkw zur Arbeit.



Kindertagesbetreuung 2010

Betreuungsquote für unter 3-Jährige bei 20%

Von Gerhard Hehl und Günter Ickler

Der Anteil der Kinder, die tagsüber außerhalb ihrer Familie betreut werden, nimmt weiter zu. Im März 2010 nahmen in Rheinland-Pfalz fast 139 000 Kinder eine Betreuungseinrichtung in Anspruch. Weitere 3 800 Kinder wurden von einer Tagesmutter oder von einem Tagesvater betreut.

Insbesondere das Angebot für unter 3-Jährige wurde ausgeweitet; deren Betreuungsquote liegt jetzt bei 20,1%. Dabei bestehen große regionale Unterschiede: In den nördlichen Landesteilen sind die Betreuungsquoten eher niedriger als in den südlichen Regionen. Im Jahr 2006 lag der Anteil der betreuten Kinder in diesem Alter im Landesdurchschnitt noch bei 9,4%.

Mehr als 141 000 Kinder in Tagesbetreuung

138 683 Kinder in Tageseinrichtungen

Im März 2010 gab es in Rheinland-Pfalz insgesamt 2 418 Tageseinrichtungen, in denen 138 683 Kinder betreut wurden. Neben Kindern in Krippen und Kindergärten sind in diesen Zahlen auch 25 071 Schulkinder enthalten. Fast 70% der versorgten Kinder waren zwischen drei und sechs Jahre, knapp 13% der Kinder waren jünger als drei Jahre und rund 18% zwischen sechs und 14 Jahre.

3 836 Kinder bei registrierter Tagesmutter oder -vater

Außerdem wurden 3 836 Kinder von einer bzw. einem bei einem Jugendamt registrierten Tagesmutter bzw. Tagesvater betreut. Zusätzlich besuchten 1 092 dieser Kinder auch eine Tageseinrichtung oder eine Ganztagsschule. Damit hatten insgesamt 141 427 Kinder tagsüber eine Betreuung außerhalb des Elternhauses.

T 1 Kinder in Tagesbetreuung 2010

	Betreute Kinder insgesamt[1]	141 427
Tageseinrichtungen	In Einrichtungen betreute Kinder	138 683
	unter 3-Jährige	17 702
	3- bis unter 6-Jährige	95 910
	6- bis unter 14-Jährige	25 071
	Zahl der Einrichtungen	2 418
	Öffentliche Träger	1 067
	Caritasverband	722
	Diakonisches Werk	421
	Sonstige Träger	208
Tagespflege	In Tagespflege betreute Kinder	3 836
	unter 3-Jährige	1 832
	3- bis unter 6-Jährige	746
	6- bis unter 14-Jährige	1 258
	Zahl der Tagesmütter und -väter	1 890

1) Sowohl in Tagespflege als auch in einer Tageseinrichtung wurden 1 092 Kinder betreut.

In der Statistik wird allerdings nur die öffentlich geförderte Kindertagespflege betrachtet, die zumindest eine Vermittlung oder Beratung umfasst. Ausschließlich privat organisierte Betreuungsverhältnisse werden nicht einbezogen.

27 900 Beschäftigte

In den Einrichtungen waren nahezu 27 900 Personen beschäftigt. Davon waren gut 5 200 als hauswirtschaftliches oder technisches Personal tätig.

Gut 44% der Einrichtungen befinden sich in öffentlicher Trägerschaft von Städten und Gemeinden. Fast 30% der Tageseinrichtungen werden von der Caritas oder einem anderen katholischen Träger und über 17% von der Diakonie bzw. einem anderen evangelischen Träger geführt. Die restlichen knapp 9% verteilen sich auf verschiedene Träger, darunter auch Elterninitiativen.

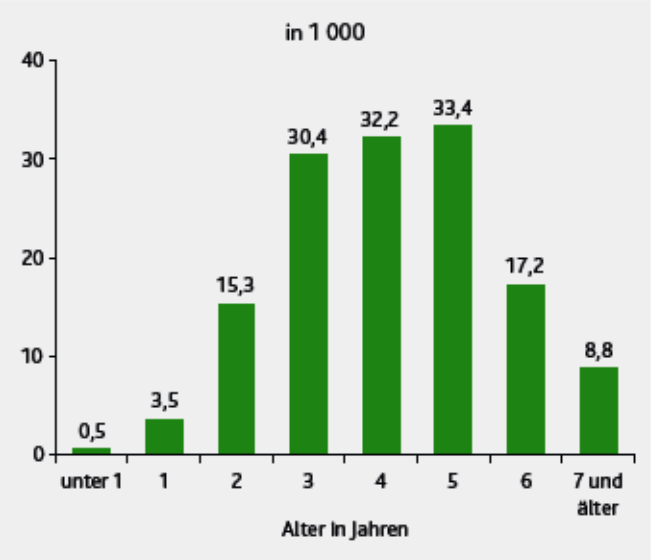
Die Zahlen stammen aus der Erhebung über die Kindertagesbetreuung, die seit dem Jahr 2006 jährlich zum Stichtag 15. März und seit 2009 zum Stichtag 1. März bei allen Kindertageseinrichtungen und den Jugendämtern des Landes durchgeführt wird.

Unterteilung in klassische Hauptaltersgruppen

Die früher übliche Unterscheidung der Einrichtung nach Kindergärten, Krippen und Horten liegt dem Erhebungskonzept seit 2006 nicht mehr zugrunde, zumal die Kindertageseinrichtungen zunehmend über altersgemischte Gruppen verfügen. Für eine differenziertere Betrachtung wird im Folgenden eine Unterteilung nach den drei klassischen Altersgruppen (unter 3-Jährige, 3- bis unter 6-Jährige sowie 6- bis unter 14-Jährige) vorgenommen.

1) Dazu wird die Bevölkerungsfortschreibung zum 31. 12. des vorangegangenen Jahres verwendet.

G 1 Kinder in Tagesbetreuung 2010 nach dem Alter



Von den 3- bis unter 6-Jährigen besuchen 96% den Kindergarten

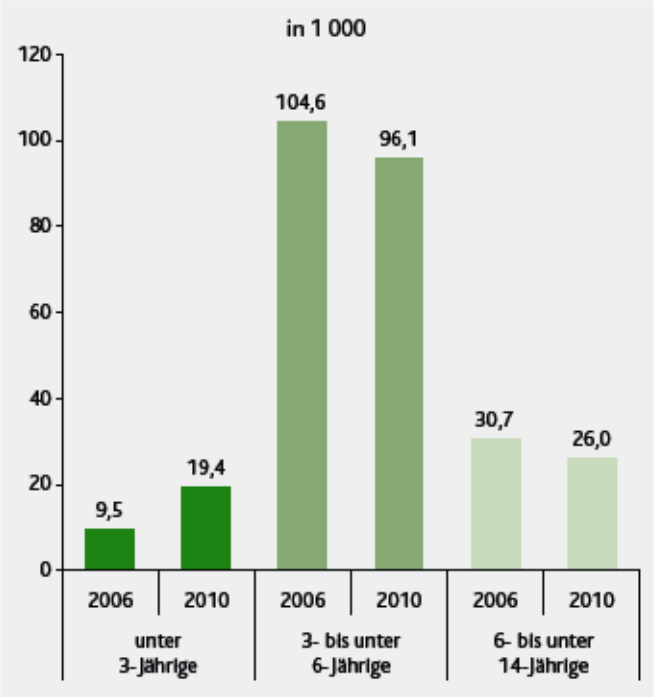
Kinder im üblichen Kindergartenalter werden besonders häufig außerhalb des Elternhauses betreut. Insgesamt 95 910 Kinder im Alter von 3 bis unter 6 Jahren besuchten zum Stichtag der Erhebung im März dieses Jahres eine Kindertageseinrichtung. Bezogen auf alle Kinder des entsprechenden Alters errechnet sich eine Besuchsquote von 96,5%.[1)]

Besuchs- und Betreuungsquote in Kindertagesbetreuung

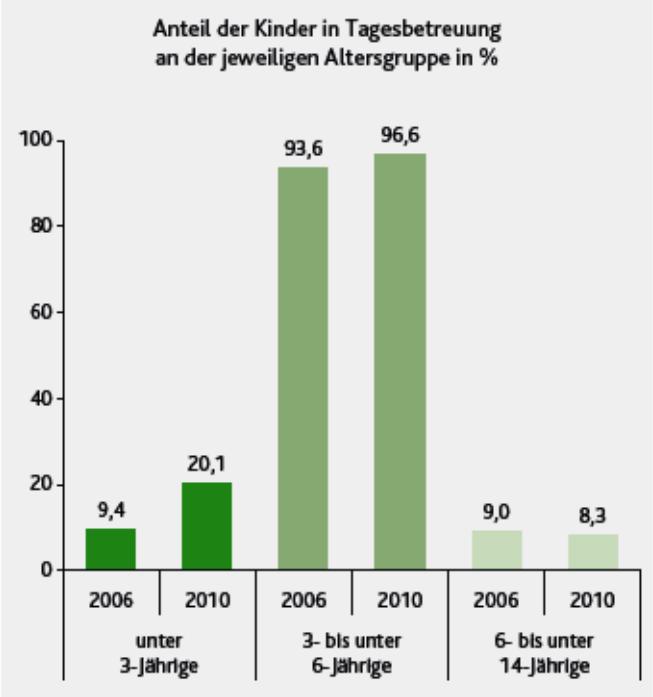
Unter der **Besuchsquote** wird bei getrennter Betrachtung der Betreuung in einer Tageseinrichtung und der Inanspruchnahme von Tagespflege jeweils der Anteil der versorgten Kinder an allen Kindern der jeweiligen Altersgruppe verstanden.

Bezogen auf die Inanspruchnahme von Angeboten in Tageseinrichtungen und in Tagespflege zusammen wird dieser Wert als **Betreuungsquote** bezeichnet.

G 2 Kinder in Tagesbetreuung 2006 und 2010 nach Altersgruppen



G 3 Betreuungsquote 2006 und 2010 nach Altersgruppen



Fast 750 der 3- bis 6-Jährigen erhalten Tagesbetreuung

Durch eine Tagespflegeperson wurden 746 Kinder betreut, davon waren 603 auch in einer Tageseinrichtung oder befanden sich zusätzlich in einer Ganztagsschule. Damit hatten 96 053 der 3- bis 6-Jährigen eine Tagesbetreuung (96,6%).

Weniger betreute Kinder ...

Eine Betrachtung im Zeitablauf seit der Umstellung des Erhebungskonzepts im Jahr 2006 zeigt, dass immer weniger Kinder im klassischen Kindergartenalter eine Tageseinrichtung aufsuchen. Dies ist eine Folge des demografischen Wandels, denn auch die Bevölkerung entsprechenden Alters nimmt aufgrund der rückläufigen Geburtenzahlen seit Jahren ab.

... aber steigende Betreuungsquote

Der Anteil der betreuten Kinder in diesem Alter hat im Betrachtungszeitraum hingegen leicht zugenommen: Die Betreuungsquote beträgt derzeit 96,6%, während sie im Jahr 2006 noch bei 93,6% lag. Dies kann zum einen Ausdruck dafür sein, dass vor dem Hintergrund der Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein größerer Teil der Eltern ihre Kinder außerhalb der Familie betreut sehen wollen. Zum anderen können aber auch die durch die Einrichtungen vorgehaltenen Plätze bei sinkender absoluter Nachfrage verstärkt in Anspruch genommen werden.

Starker Anstieg der Betreuungsquote bei den unter 3-Jährigen

In der Altersgruppe der unter 3-Jährigen hat es bei insgesamt wesentlich niedrigerer Betreuungsquote weitaus größere Veränderungen im Zeitablauf gegeben.

18,4% der unter 3-Jährigen besuchen Tageseinrichtungen...

Zum Stichtag 1. März 2010 gingen insgesamt 17 702 Jungen und Mädchen unter drei Jahren in eine Kindertageseinrichtung, das waren 18,4% aller Kinder dieser Altersgruppe. Bei der Erhebung im März 2006 waren es lediglich 8 949 Kinder (8,8%).

Statistiken zur Kindertagesbetreuung

Die Erhebungen zur Kindertagesbetreuung wurden mit dem Jahr 2006 grundlegend modifiziert. Bis zu diesem Zeitpunkt standen – im Abstand von vier Jahren – lediglich Ergebnisse zu den genehmigten Plätzen und dem eingesetzten Personal zur Verfügung. Seit 2006 werden jährlich auch Angaben zu den betreuten Kindern erhoben. Damit wird einem Informationsbedürfnis Rechnung getragen, dem vor dem Hintergrund des demografischen Wandels eine besondere Bedeutung zukommt.

Nach dem seit 2006 geltenden Erhebungskonzept werden auch Angaben über Kinder in öffentlich geförderter Kindertagespflege sowie über die Tagespflegepersonen ermittelt. Voraussetzung für die Einbeziehung in die Statistik ist die finanzielle Förderung durch die Jugendämter. Rein privat organisierte Betreuungsverhältnisse werden nicht erfasst.

Die wesentlichen Erhebungsmerkmale sind für die **Kinder in Tageseinrichtungen**:

- Alter und Geschlecht
- Betreuungszeiten
- Migrationshintergrund
- Erhöhter Förderbedarf
- Schulbesuch

Bei den **in Kindertagespflege betreuten Kindern** wird unter anderem Folgendes erfragt:

- Alter und Geschlecht
- Verwandtschaftsverhältnis zur Tagespflegeperson
- Betreuungszeiten
- Migrationshintergund
- Umfang der öffentlichen Förderung
- Gleichzeitig bestehende andere Betreuungsarrangements

Für die **Tagespflegepersonen** erhobene Angaben betreffen:

- Alter und Geschlecht
- Qualifikationsnachweis
- Zahl der betreuten Kinder
- Betreuungsort

Darüber hinaus werden Merkmale zu dem in den Tageseinrichtungen eingesetzten Personal und zur Trägerschaft der Einrichtung erhoben.

Rechtsgrundlage der Kinder- und Jugendhilfe ist das Sozialgesetzbuch Achtes Buch (SGB VIII).

2) Diese Regelung gilt in Rheinland-Pfalz seit dem Schuljahr 2008/09. Bis dahin galt der 30. Juni als Stichtag.

...1,7% von Tagesmutter oder Tagesvater betreut

Weitere 1 663 Kinder unter drei Jahren wurden in öffentlich geförderter Kindertagespflege von Tagesmüttern und Tagesvätern betreut. Das waren fast dreimal so viele wie 2006. Die entsprechende Quote stieg hier innerhalb von vier Jahren von 0,4 auf 1,7%.

Damit hatten im März 2010 insgesamt 20,1% aller unter 3-Jährigen eine Tagesbetreuung, im Jahr 2006 waren es erst 9,4%.

Bundestag beschließt weiteren Ausbau

Die Zahl der unter 3-Jährigen, die eine Kindertageseinrichtung besuchen oder von einer Tagesmutter bzw. Tagesvater betreut werden, wird auch in Zukunft weiter steigen. Nach dem im September 2008 vom Deutschen Bundestag beschlossenen Kinderförderungsgesetz sollen bis zum Jahr 2013 für ein Drittel aller Kinder unter drei Jahren Betreuungsplätze zur Verfügung stehen.

Schulkinder seltener in Tagesbetreuung

Die Schulpflicht beginnt für Kinder, die bis zum 31. August das sechste Lebensjahr vollendet haben, mit dem folgenden Schuljahr.[2)]

8,3% der Schulkinder in Betreuung

Zahlreiche Schulkinder befinden sich darüber hinaus in der Obhut einer Tagesbetreuung. So wurden zum Stichtag im März 2010 von den gut 312 000 Kindern zwischen sechs und 14 Jahren etwas mehr als 26 000 in einer Tageseinrichtung (25 071 Kinder) bzw. in Tagespflege (938 Kinder) betreut. Damit lag deren Betreuungsquote bei 8,3%. Im Vergleich zu den vorangegangenen Erhebungen ist die Quote gefallen (2006: 9%). Auch die absolute Zahl ist – der demografischen Entwicklung folgend – gesunken (2006: 30 700, 2010: 26 000).

T 2 Kinder in Tagesbetreuung nach Altersgruppen und Verwaltungsbezirken sowie Tageseinrichtungen und Tagespflegepersonen 2010 nach Verwaltungsbezirken

Kreisfreie Stadt (KS) Landkreis	Insgesamt	Davon im Alter von ... bis unter ... Jahren						Tageseinrichtungen	Tagespflegepersonen
		0 – 3		3 – 6		6 – 14			
		zusammen	Betreuungsquote[1]	zusammen	Betreuungsquote[1]	zusammen	Betreuungsquote[1]		
	Anzahl		%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	
Frankenthal (Pfalz), St.	1 470	180	16,4	1 055	93,3	235	6,9	21	23
Kaiserslautern, St.	3 486	499	21,2	2 126	97,4	861	13,5	57	33
Koblenz, St.	3 791	542	19,7	2 415	97,1	834	11,8	63	42
Landau i. d. Pfalz, St.	1 694	269	24,5	1 120	103,6	305	9,8	31	29
Ludwigshafen a. Rh., St.	6 618	662	14,4	4 270	95,9	1 686	14,0	89	101
Mainz, St.	7 005	897	17,0	4 630	95,7	1 478	11,6	103	56
Neustadt a. d. Weinstr., St.	1 887	270	22,8	1 267	96,6	350	9,0	36	33
Pirmasens, St.	1 325	153	15,9	849	96,6	323	11,6	30	11
Speyer, St.	2 059	282	22,2	1 200	94,0	577	15,1	25	40
Trier, St.	4 036	723	27,8	2 403	100,0	910	14,1	72	96
Worms, St.	2 882	294	13,6	2 047	94,3	541	8,8	48	44
Zweibrücken, St.	1 201	135	17,4	750	97,4	316	12,3	29	19
Ahrweiler	3 939	558	20,6	2 758	95,3	623	6,2	64	23
Altenkirchen (Ww.)	4 161	418	13,5	3 133	93,1	610	5,6	78	60
Alzey-Worms	4 605	666	21,9	3 153	97,4	786	7,3	83	68
Bad Dürkheim	4 682	731	25,7	3 027	99,6	924	8,8	94	15
Bad Kreuznach	5 255	729	19,3	3 688	97,4	838	6,9	98	33
Bernkastel-Wittlich	3 745	455	17,7	2 717	98,4	573	6,5	79	63
Birkenfeld	2 612	343	17,6	1 864	93,2	405	6,4	51	47
Cochem-Zell	2 071	268	18,7	1 472	95,8	331	6,4	46	66
Donnersbergkreis	2 721	359	19,8	1 991	95,9	371	5,7	50	29
Eifelkreis Bitburg-Prüm	3 422	427	18,2	2 469	100,9	526	6,8	58	63
Germersheim	5 064	650	19,9	3 189	97,0	1 225	11,9	77	51
Kaiserslautern	4 141	678	27,2	2 827	107,0	636	7,3	67	127
Kusel	2 263	296	18,7	1 663	98,3	304	5,6	47	32
Mainz-Bingen	8 096	1 441	28,3	5 253	95,1	1 402	8,2	128	78
Mayen-Koblenz	7 494	1 034	20,4	5 043	94,9	1 417	8,4	123	86
Neuwied	6 130	722	16,7	4 395	94,5	1 013	6,7	88	67
Rhein-Hunsrück-Kreis	3 340	364	15,4	2 471	95,6	505	6,0	55	50
Rhein-Lahn-Kreis	4 259	615	21,5	2 863	97,6	781	8,1	76	26
Rhein-Pfalz-Kreis	4 974	759	23,0	3 246	93,4	969	8,4	83	57
Südliche Weinstraße	3 692	619	25,4	2 561	99,0	512	6,0	71	68
Südwestpfalz	3 520	619	32,9	2 063	98,7	838	11,4	71	50
Trier-Saarburg	4 988	794	22,0	3 568	97,5	626	5,4	78	84
Vulkaneifel	1 991	209	15,1	1 412	94,1	370	7,2	30	80
Westerwaldkreis	6 808	705	14,5	5 095	94,9	1 008	5,9	119	40
Rheinland-Pfalz	141 427	19 365	20,1	96 053	96,6	26 009	8,3	2 418	1 890
Kreisfreie Städte	37 454	4 906	18,8	24 132	96,6	8 416	12,0	604	527
Landkreise	103 973	14 459	20,6	71 921	96,6	17 593	7,3	1 814	1 363

1) Kinder in Kindertageseinrichtungen oder Kindertagespflege am 1. März 2010 bezogen auf die Bevölkerung entsprechenden Alters am 31. Dezember 2009.

Große regionale Unterschiede

Im ländlichen Raum niedrigere Betreuungsquoten

Ein Blick auf die Tagesbetreuung in den kreisfreien Städten und Landkreisen zeigt große regionale Unterschiede. Die Bandbreite der Betreuungsquoten erstreckt sich bei den

- unter 3-Jährigen von 13,5% im Landkreis Altenkirchen (Ww.) bis 32,9% im Landkreis Südwestpfalz,
- 3- bis 6-Jährigen von 93,1% im Landkreis Altenkirchen (Ww.) bis 107% im Landkreis Kaiserslautern,
- 6- bis 14-Jährigen von 5,4% im Landkreis Trier Saarburg bis 15,1% in Speyer.

Bei der Interpretation der Zahlen ist zu beachten, dass die Betreuungseinrichtungen auch von Kindern aus benachbarten kreisfreien Städten und Landkreisen aufgesucht werden können. Die Berechnung der Quoten bezieht sich aber auf die Bevölkerung des jeweiligen Gebietes, sodass sich auch Quoten von mehr als 100% ergeben können.

Betreuungssituation der unter 3-Jährigen hat besonders hohen Stellenwert

Im Rahmen der Diskussion über die Vereinbarkeit von Familie und Beruf kommt der Betreuungssituation der unter 3-Jährigen eine besondere Bedeutung zu. Während bereits die überwiegende Mehrheit der Kinder im klassischen Kindergartenalter eine Tagesbetreuung außerhalb des Elternhauses hat, strebt die Politik den weiteren Ausbau der Betreuungsmöglichkeiten für die unter 3-Jährigen an. Damit sollen insbesondere Frauen mit kleinen Kindern die Möglichkeit erhalten, einer Berufstätigkeit nachzugehen, wovon letztlich eine Erhöhung der Geburtenrate erhofft wird.

Betreuungsquote für unter 3-Jährige ist rasant gestiegen

Die Betreuungsquote der unter 3-Jährigen ist in allen kreisfreien Städten und Landkreisen in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen. Die höchsten Werte unter den kreisfreien Städten verzeichnete in dem 5-jährigen Betrachtungszeitraum die Stadt Trier mit zuletzt 27,8% (2006: 16,2%). Bei den Kreisen war es der Landkreis Südwestpfalz; die Quote lag im März 2010 dort bei 32,9% (2006: 16,1%).

Hohe Quote im Landkreis Südwestpfalz

Niedrige Quote in Worms und im Landkreis Altenkirchen

Die niedrigsten Betreuungsquoten unter den kreisfreien Städten hatte in allen fünf Jahren Worms (2010: 13,6%, 2006: 5,7%), unter den Landkreisen bildete der Landkreis Altenkirchen (Ww.) im Jahr 2010 mit 13,5% das Schlusslicht. Niedrige Werte gab es aber auch im Landkreis des Westerwaldkreises und der Vulkaneifel. Mit Ausnahme der Städte Kaiserslautern und Ludwigshafen am Rhein, wo es einen leichten Rückgang gab, und der Stadt Zweibrücken, wo der Rückgang etwas höher ausfiel (–2,9 Prozentpunkte), ist die Betreuungsquote der unter 3-Jährigen gegenüber März 2009 in allen kreisfreien Städten und Landkreisen gestiegen.

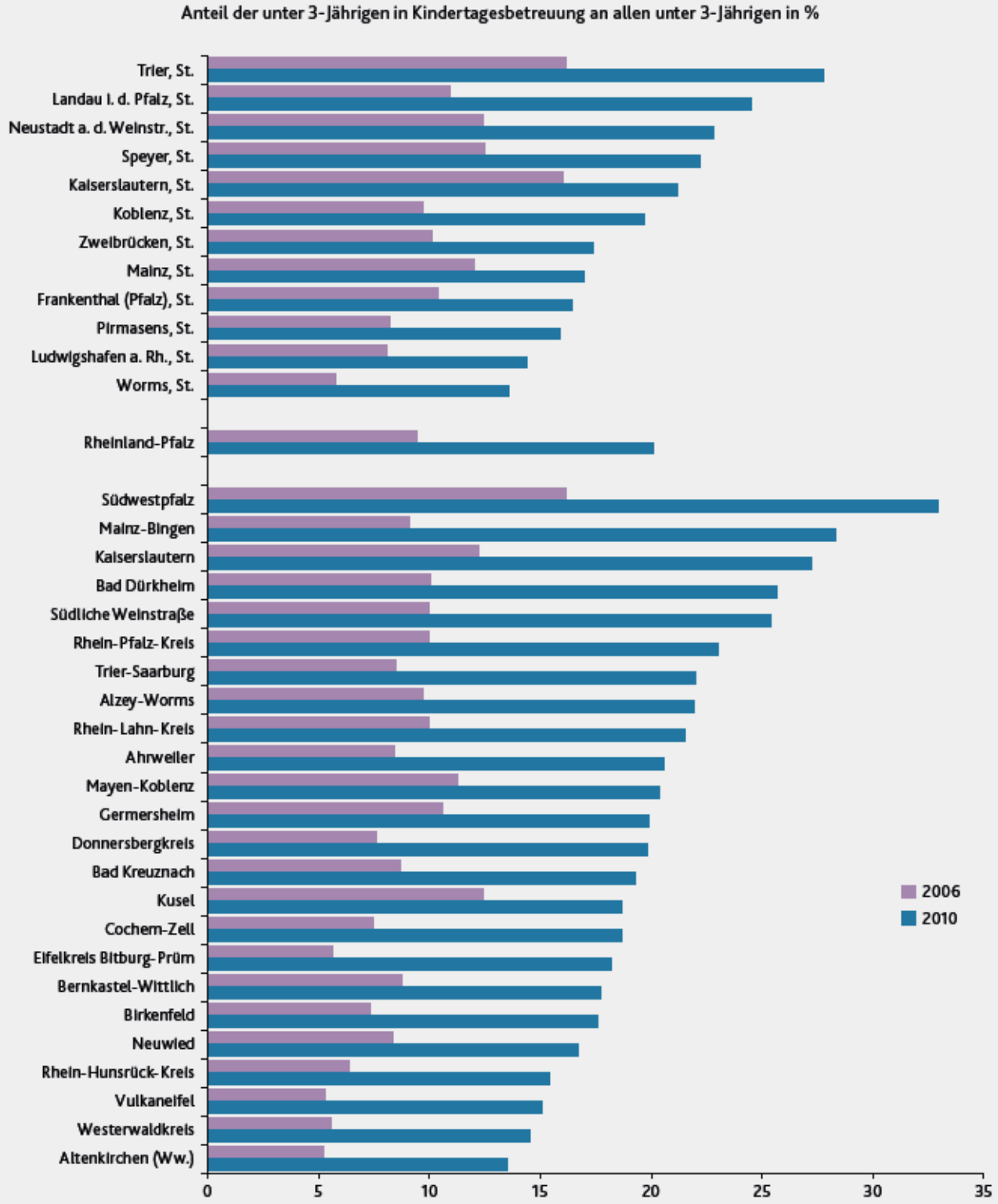
Mehr Tagesmütter in den Städten

Der Anteil der Kinder, die bei Tagesmüttern oder Tagesvätern betreut werden, war in den kreisfreien Städten deutlich höher als in den Landkreisen. In den Städten wurden 2,7% der unter 3-Jährigen in öffentlich geförderter Kindertagespflege betreut, in den Landkreisen waren es nur 1,4%. Rein privat organisierte Betreuungsverhältnisse, die nicht vom Jugendamt registriert werden, sind in diesen Zahlen nicht enthalten.

Deutliches Süd-Nord Gefälle

Bei der Betreuung der unter 3-Jährigen ist ein deutliches Süd-Nord-Gefälle zu erkennen. Die 16 kreisfreien Städte und Landkreise mit überdurchschnittlichen Betreuungsquoten liegen überwiegend im südlichen bzw. südöstlichen Teil des Landes. Außerdem weisen die Stadt Trier und der Landkreis Trier-Saarburg deutlich über dem Landesdurchschnitt liegende Betreuungsquoten auf.

G 4 Betreuungsquote[1] unter 3-Jähriger 2006 und 2010 nach Verwaltungsbezirken



1) Kinder in Kindertageseinrichtungen oder in staatlich geförderter Kindertagespflege.

T 3 Kinder in Tageseinrichtungen und in Tagespflege 2006–2010 nach Migrationsstatus und Altersgruppen

Alter in Jahren	2006	2007	2008	2009	2010
Kinder in Tagesbetreuung insgesamt					
0 – 3	9 527	11 849	14 606	16 971	19 365
3 – 6	104 633	101 654	99 856	98 071	96 053
6 – 14	30 739	30 131	30 128	26 389	26 009
Insgesamt	144 899	143 634	144 590	141 431	141 427
Kinder in Tagesbetreuung ohne Migrationshintergrund					
0 – 3	7 524	9 295	11 437	13 288	14 948
3 – 6	78 006	74 458	71 880	69 313	66 917
6 – 14	22 649	21 737	21 550	18 739	18 184
Zusammen	108 179	105 490	104 867	101 340	100 049
Kinder in Tagesbetreuung mit Migrationshintergrund					
0 – 3	2 003	2 554	3 169	3 683	4 417
3 – 6	26 627	27 196	27 976	28 758	29 136
6 – 14	8 090	8 394	8 578	7 650	7 825
Zusammen	36 720	38 144	39 723	40 091	41 378
Anteil der Kinder in Tagesbetreuung mit Migrationshintergrund in %					
0 – 3	21,0	21,6	21,7	21,7	22,8
3 – 6	25,4	26,8	28,0	29,3	30,3
6 – 14	26,3	27,9	28,5	29,0	30,1
Zusammen	25,3	26,6	27,5	28,3	29,3

1) Mindestens ein Elternteil mit ausländischer Herkunft.

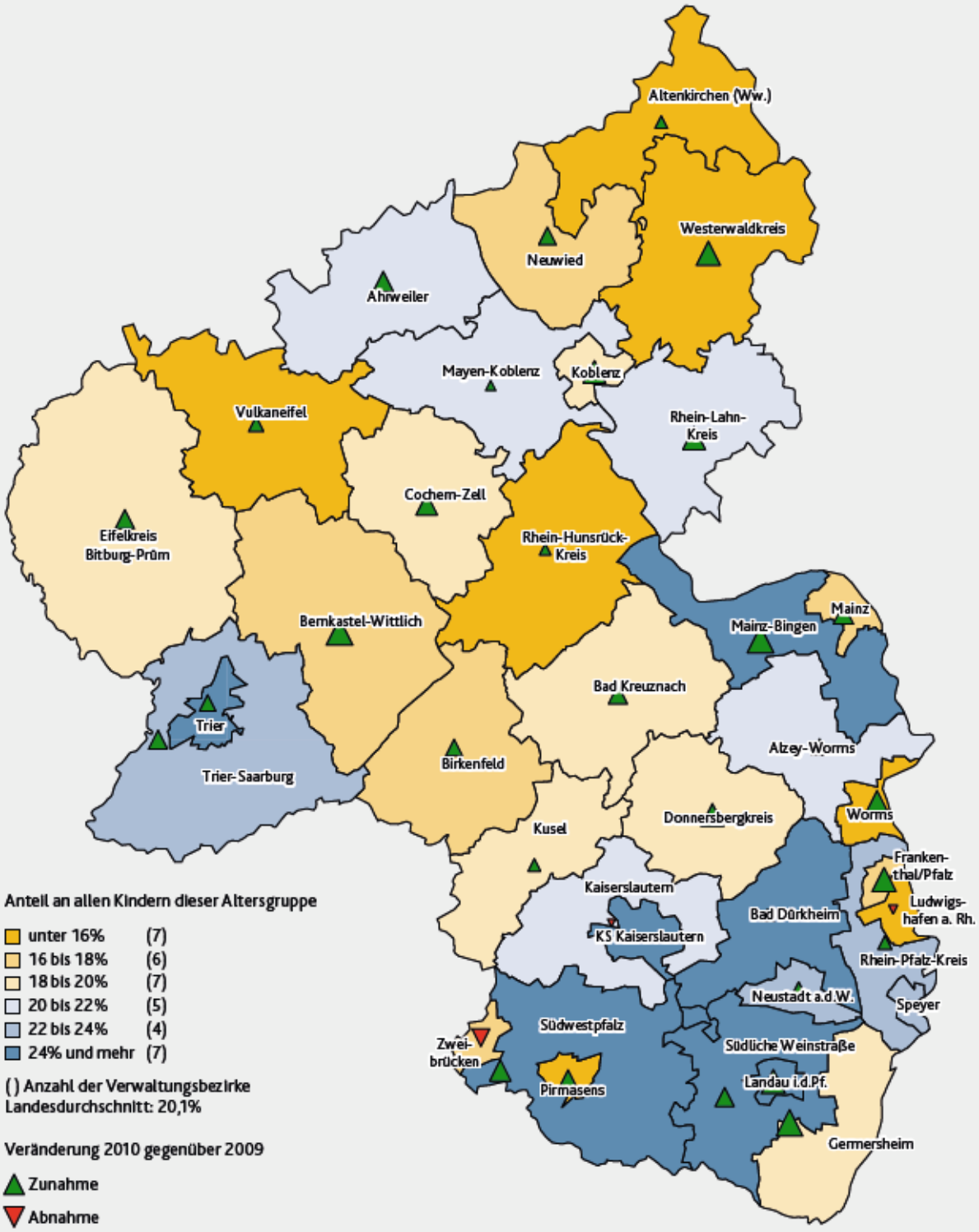
Gut 29% der betreuten Kinder haben Migrationshintergrund

Die Statistik zur Kindertagesbetreuung bietet auch Informationen zum Migrationshintergrund.

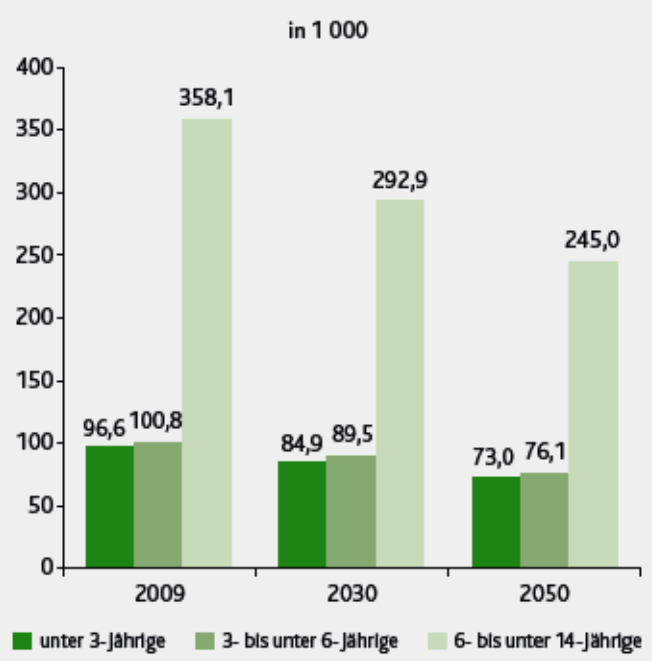
Mindestens ein Elternteil mit ausländischer Herkunft

Von den in Tageseinrichtungen und Tagespflege betreuten Kindern hatten 29,3% mindestens einen Elternteil mit ausländischer Herkunft. Sie zählen somit nach der in der Kinder- und Jugendhilfestatistik geltenden Abgrenzung als Kinder mit Migrationshintergrund. Im Zeitablauf zeigt sich eine kontinuierlich ansteigende Quote von 25,3% im Jahr 2006 auf nunmehr 29,3%. Bei den Kindern unter 3 Jahren ist der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund mit zuletzt 22,8% (2006: 21,0%) geringer als bei den Kindern der älteren Jahrgänge.

G 5 Unter 3-Jährige in Kindertageseinrichtungen und in öffentlich geförderter Kindertagespflege 2010 in den kreisfreien Städten und Landkreisen



G 6 Bevölkerung unter 14 Jahren 2009–2050[1] nach Altersgruppen



1) Mittlere Variante der Bevölkerungsvorausberechnung

Ausblick

Demografischer Wandel

Der demografische Wandel, der sich durch eine stetig zunehmende Zahl älterer Menschen und zugleich geringere Zahl an Kindern auszeichnet, hat bereits Auswirkungen auf die Kindertageseinrichtungen, die in einer rückläufigen Zahl der betreuten 3- bis 6-Jährigen zum Ausdruck kommen. Da sich der Umfang entsprechender Elternjahrgänge in den nächsten Jahren erheblich reduzieren wird, sind deutlich rückläufige Geburtenzahlen vorhersehbar.

Bis 2050 ein Viertel weniger unter 6-Jährige

Nach Modellrechnungen des Statistischen Landesamtes ist davon auszugehen, dass bis 2050 die Zahl der unter 3-Jährigen und die der 3- bis 6-Jährigen um rund ein Viertel zurückgehen wird. Die Zahl der 6- bis 14-Jährigen wird danach sogar um ein Drittel unter der heutigen Zahl liegen.[3] Diese Entwicklung wird auch Auswirkungen auf die Nachfrage nach Tagesbetreuung für die Kinder haben.

Nach den obigen Ausführungen ist aber eine weiterhin steigende Betreuungsquote für die unter 3-Jährigen zu erwarten. Das bedeutet, dass die Zahl der benötigten Plätze langfristig nicht in einem der demografischen Entwicklung entsprechenden Ausmaß zurückgehen wird, sondern eher noch steigen wird.

Dagegen stellt sich die Situation für die 3- bis unter 6-jährigen Kinder anders dar. Bei den bereits sehr hohen Ausgangswerten ist hier in Zukunft mit keinen nennenswert höheren Betreuungsquoten zu rechnen; damit werden die rückläufigen Bevölkerungszahlen in dieser Altersgruppe auch einen sinkenden absoluten Bedarf der Tagesbetreuung nach sich ziehen.

Günter Ickler, Diplom-Ökonom, leitet das Referat „Bevölkerung, Gebiet, Soziale Leistungen, Gesundheit, Rechtspflege". Gerhard Hehl, Verwaltungsfachwirt, leitet in diesem Referat das Sachgebiet „Soziale Leistungen".

3) Vgl. Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz: Statistische Analyse N° 7 „Rheinland-Pfalz 2050 – Zweite regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung (Basisjahr 2006)". Bad Ems 2007.

Das Erntejahr 2010 – durch Wetterextreme geprägt

Vorläufige Getreideernte im langjährigen Durchschnitt

Von Jörg Breitenfeld

Das fast abgeschlossene Erntejahr 2010 ist durch einen schneereichen Winter, mehrere langanhaltende Niederschlagsperioden und eine Trockenperiode mit großer Hitze geprägt. Der durchschnittliche Getreideertrag beläuft sich auf 64 dt/ha und liegt damit leicht über dem langjährigen Mittel (62 dt/ha). Winterraps (38,5 dt/ha) verfehlte den langjährigen Hektarertrag geringfügig. Dagegen überschritt die Kartoffelernte mit 383 dt/ha den Vergleichswert deutlich (+9,6%).

Nachdem die Witterungsbedingungen bereits während der Rebblüte zu Verrieselungs- und Hagelschäden führten, trugen die Niederschläge im September zu einer Ausbreitung der Fäulnis bei. Die Weinmosternte fällt dementsprechend mit knapp 4,6 Mill. hl ausgesprochen klein aus. Auch im Obstbau sind unterdurchschnittliche Mengen herangewachsen.

Wetterextreme prägten das Erntejahr

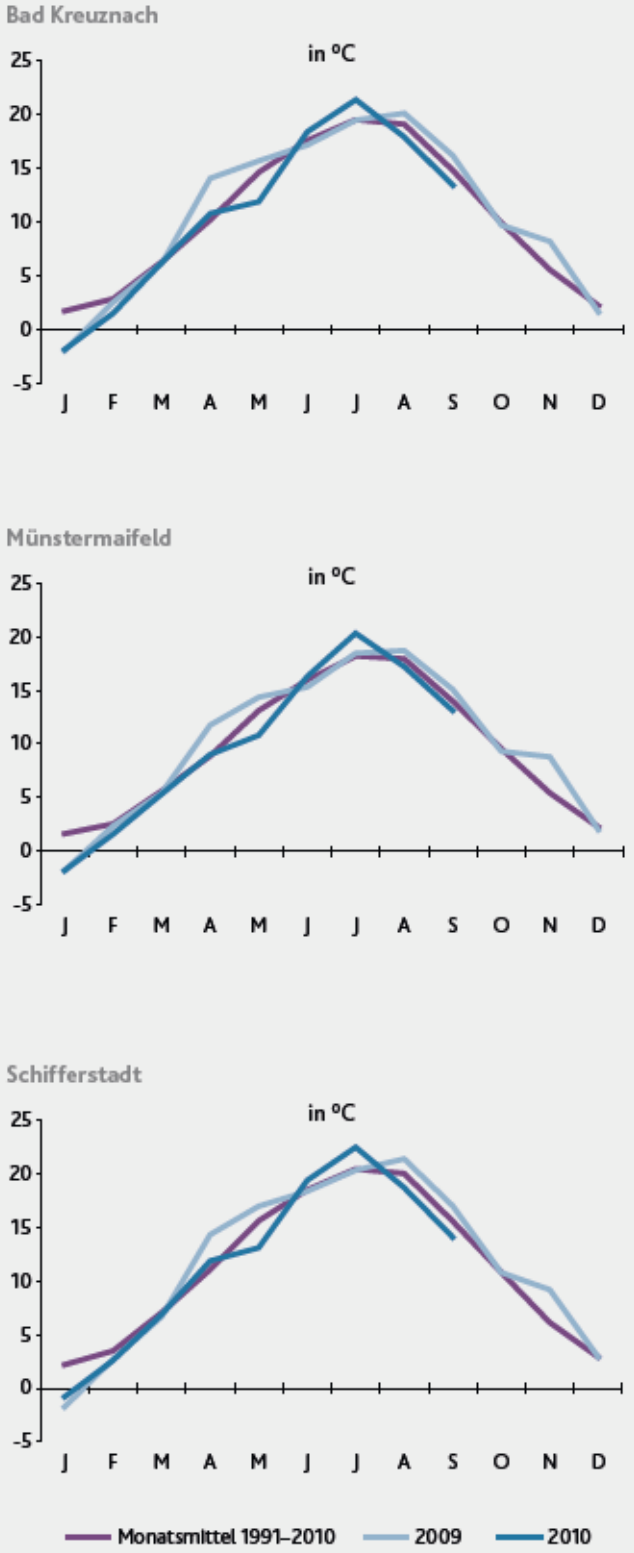
Schneereicher Winter

Die Aussaat von Winterraps erfolgte 2009 unter relativ trockenen Bodenbedingungen. Auch die sich anschließende Aussaat von Wintergetreide, wie Wintergerste und Winterweizen, war ohne größere Probleme möglich. Nachdem sich durch einige Frostnächte in der zweiten Oktoberdekade bereits der bevorstehende Winter angekündigt hatte, wurde es im November noch einmal mild, mit zum Teil ergiebigen Niederschlägen. Vor allem die spät gesäten Bestände konnten sich dadurch noch gut entwickeln. Ab Ende Dezember hatte der Winter dann Deutschland für längere Zeit fest im Griff. Immer wieder fielen ergiebige Schneemengen. Erst Ende Februar, Anfang März wurde es etwas milder. Dennoch bestimmten unterdurchschnittliche Temperaturen und Schneefälle das Wettergeschehen.

Kalter Mai

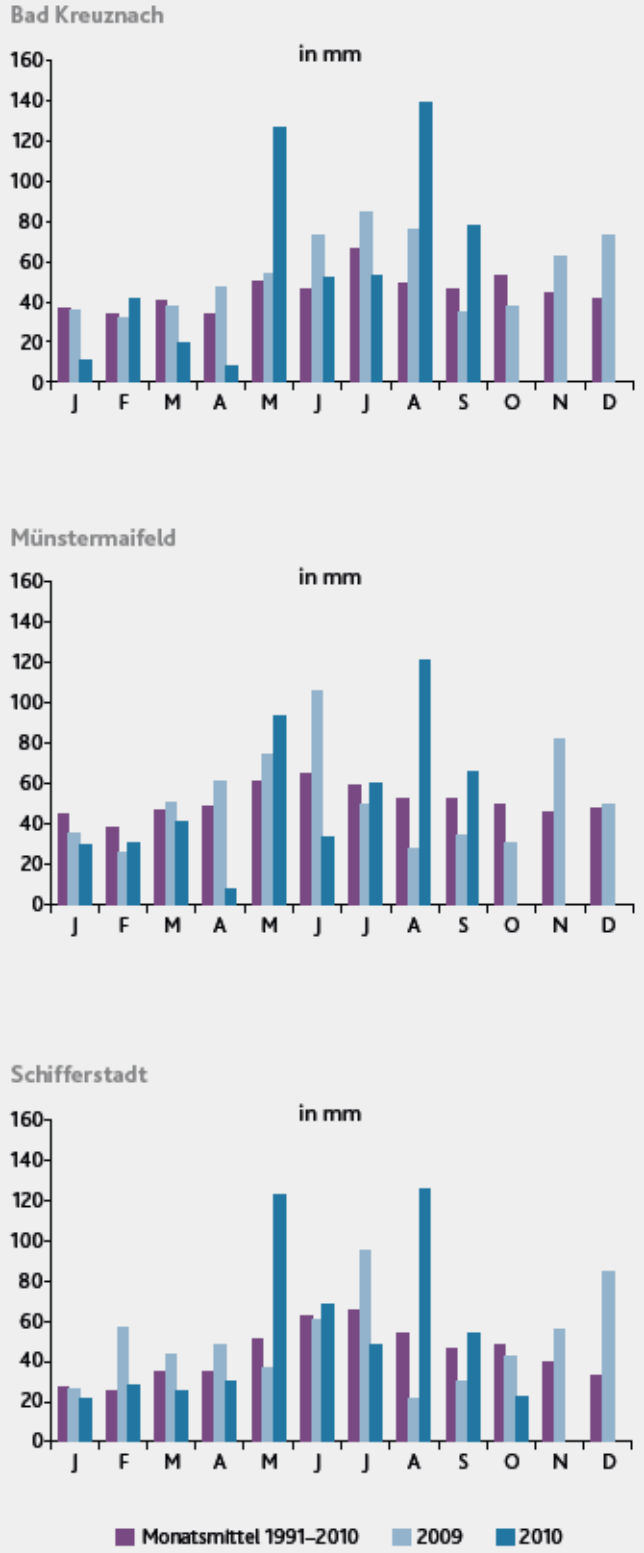
Landwirtschaftliche Arbeiten konnten zumeist erst ab der zweiten Märzhälfte aufgenommen werden, als bei höheren Temperaturen das Pflanzenwachstum wieder einsetzte. Im eher sonnenreichen April kam es zu unterdurchschnittlichen Niederschlägen, sodass der phänologische Entwicklungsrückstand aufgeholt werden konnte. Der Mai war dagegen kühl und nass. Unter diesen Wetterbedingungen litt vor allem der Wärme liebende Mais, der sich vielfach nur zögernd entwickelte. Auch der erste Grünlandschnitt konnte häufig nicht zum optimalen Zeitpunkt erfolgen, sondern

G 1 Durchschnittliche Monatstemperaturen 1991–2010 an ausgewählten Wetterstationen

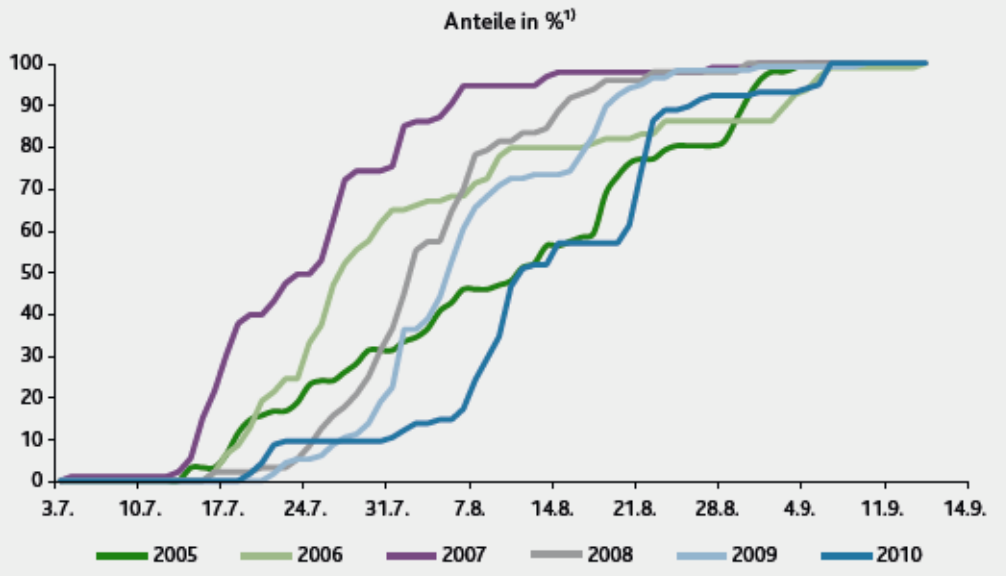


Quelle: Agrarmeteorologie Rheinland-Pfalz

G 2 Monatliche Niederschlagssummen 1991–2010 an ausgewählten Wetterstationen



G 3 Winterweizenproben der Besonderen Ernte- und Qualitätsermittlung 2005–2010 nach Druschterminen



1) Anteil der bis zum jeweiligen Datum geernteten Proben.

musste immer wieder verschoben werden. Laut Deutschem Wetterdienst war der Mai 2010 der sonnenscheinärmste Mai seit den 50er-Jahren.[1)]

Der Juni begann eher mild und wies zum Zeitpunkt der Schafskälte tiefe Temperaturen auf. Ende des Monats wurde es dann aber sommerlich warm und trocken. Auch das Abblühen der Rebstöcke verzögerte sich und die Ernteberichterstatterinnen und -berichterstatter meldeten vielfach Verrieselungsschäden. Am 27. Juni, dem Siebenschläfertag, war es heiß und trocken. Entsprechend der alten Bauernregel hielt diese Witterung die nächsten Wochen an.

Ernteschäden durch Trockenheit und Hitze

Die hohen Temperaturen und die Trockenheit im Juli führten regional zu deutlichen Ertragseinbußen. An trockenen Standorten kam es zur Notreife. Ende Juli schlug die Witterung um und die Erntearbeiten mussten anschließend immer wieder aufgrund von Niederschlägen unterbrochen werden. Die unbeständige Witterung hielt den ganzen August an, sodass immer nur an wenigen aufeinander folgenden Tagen, wie z. B. vom 20. bis 22. August, ein Mähdrusch möglich war. Die Getreideernte konnte deshalb erst Anfang September abgeschlossen werden. Unter diesen Witterungseinflüssen litt auch die Qualität. Insbesondere spätgeernteter Qualitätsweizen kann vielfach nur noch als Futtergetreide vermarktet werden.

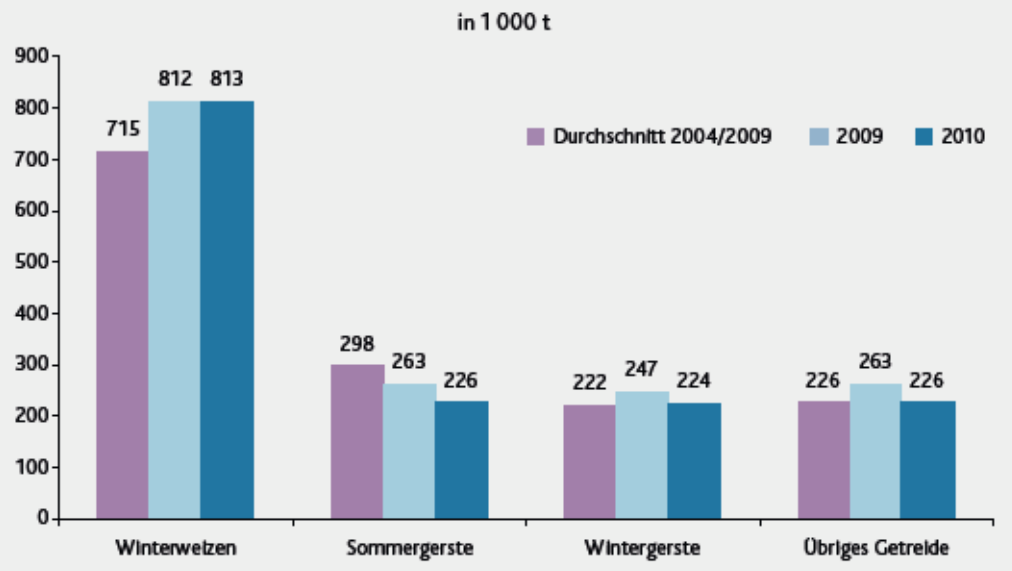
Niederschläge verzögern Mähdruschernte

Winterraps jetzt zweitwichtigste Anbaufrucht

Die mit Abstand wichtigste Getreideart bleibt Winterweizen (116 400 ha). Seine Anbaufläche nahm gegenüber dem Vorjahr nochmals um 7,3% zu. Sein Anteil am Getreideanbau zur Körnergewinnung (ohne Körnermais) beträgt 50%. Insgesamt wurde auf rund 233 000 ha Getreide zur Körnergewinnung angebaut (–2,5%). Das entspricht einem Anteil am Ackerland von 58%.

1) Deutscher Wetterdienst, „Agrarmeteorologischer Rückblick 1. Halbjahr 2010 und die anhaltende Hitze im Juli".

G 4 Getreideernte 2009 und 2010[1)]



1) 2010: Vorläufiges Ergebnis.

Winterraps flächenmäßig erstmals vor Sommergerste

Winterraps war dieses Jahr – nach einer vorläufigen Auswertung der Bodennutzungshaupterhebung – erstmals mit 46700 ha (+5%) die zweitwichtigste Anbaufrucht auf dem rheinland-pfälzischem Ackerland (403 000 ha). Er verdrängte damit Sommergerste von ihrem angestammten Platz. Mit 42 100 ha wuchs Sommergerste (–14%) auf der kleinsten Anbaufläche seit dem Jahr 1950. Der wesentliche Grund für den seit Jahren zu beobachtenden Rückgang des Sommergerstenanbaus ist der geringe Erlös für Braugerste. Damit ist die Wirtschaftlichkeit des Anbaus von Sommergerste im Vergleich zu anderen Fruchtarten nicht mehr gegeben.

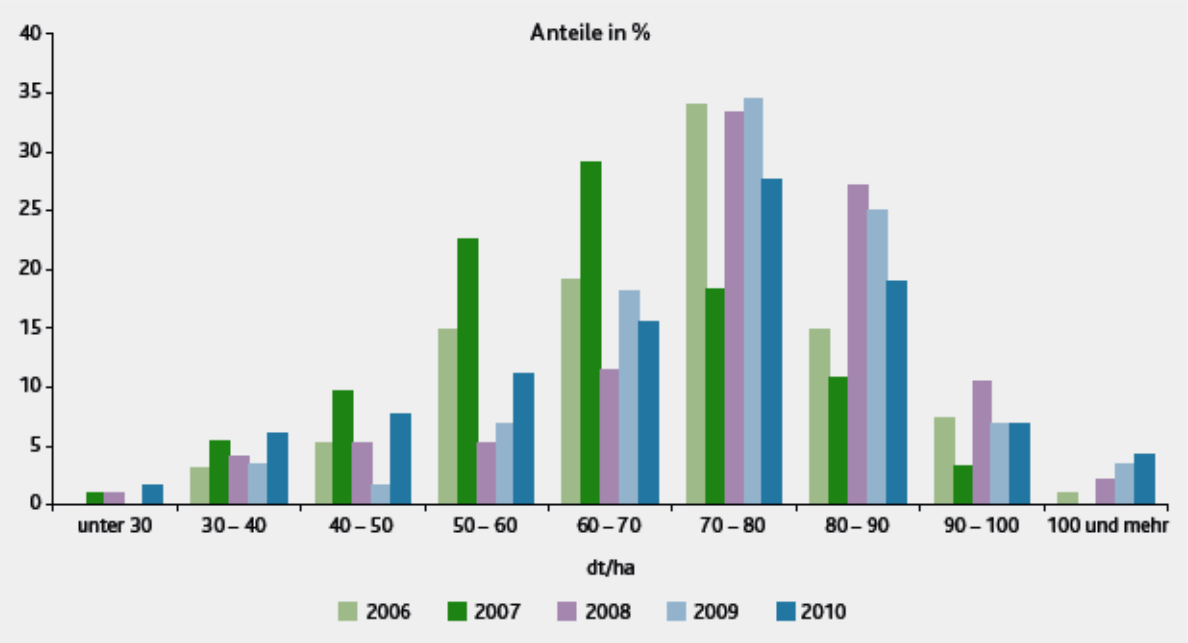
Neben den genannten Getreidearten Winterweizen und Sommergerste kommt noch Wintergerste (34 700 ha; –10%), Triticale (17 500 ha; –3,2%) und Roggen einschließlich Wintermenggetreide (10 600 ha; –24%) eine größere Bedeutung zu.

Silomais wichtigster Rohstoff für Biogasanlagen

In diesem Jahr wurde erstmals auch der Anbau von Getreide zur Ganzpflanzenernte getrennt erfasst. Er erfolgte auf einer Fläche von 3 300 ha. Dieses als ganze Pflanze geerntete Getreide wird siliert und dann überwiegend für die Erzeugung von Biogas eingesetzt. Der wichtigste Rohstoff für Biogasanlagen bleibt aber weiterhin Silomais, dessen Anbaufläche um 8% auf 28 300 ha zunahm. Während der Kartoffelanbau um 4,9% auf 8 300 ha zulegte, nahm der Zuckerrübenanbau mit 18 600 ha im Vergleich zum Vorjahr geringfügig ab.

Bundesweit wurde dieses Jahr auf einer Fläche von knapp 6,2 Mill. ha Getreide zur Körnergewinnung angebaut. Das entspricht einem Anteil am Ackerland von 52%. Der Winterrapsanbau erfolgte auf knapp 1,5 Mill. ha. Der Kartoffelanbau kam auf eine Fläche von 255 200 ha. Von dieser Fläche liegen allein 43% in Niedersachsen.

G 5 Winterweizenproben der Besonderen Ernte- und Qualitätsermittlung 2006–2010 nach Ertragsklassen



Langjähriger Durchschnittsertrag von Getreide geringfügig übertroffen

Trotz der Wetterextreme konnten die Landwirte nach dem vorläufigen Ergebnis der Besonderen Ernte- und Qualitätsermittlung (BEE) mit einem durchschnittlichen Getreideertrag von 64 dt/ha im Vergleich zum sechsjährigen Mittel der Jahre 2004 bis 2009 einen leicht überdurchschnittlichen Ertrag (+3,7%) ernten. Im Vergleich zum sehr guten Vorjahresergebnis fiel der Hektarertrag allerdings 3,6% niedriger aus. Die vorläufige Gesamterntemenge beträgt knapp 1,5 Mill. t Getreide. Das ist gegenüber dem Vorjahr ein Minus von 6% und ein Zuwachs gegenüber dem langjährigen Mittel von 2%.

Rheinland-Pfalz nicht so stark von den Trockenschäden betroffen

Der durchschnittliche Hektarertrag beläuft sich in Deutschland nur auf 65 dt (–7,1% gegenüber dem Vorjahr). Der bundesweit größere Ertragsrückgang ist darauf zurückzuführen, dass in einigen Bundesländern die Auswirkungen der Wetterextreme deutlich größer waren als in Rheinland-Pfalz. Im Vergleich zum Vorjahr nahmen die Erträge am stärksten in Thüringen (–13%), in Nordrhein-Westfalen (–12%) und Brandenburg (–12%) ab. Insgesamt droschen die deutschen Landwirte 40,2 Mill. t (–11%) Getreide ohne Körnermais und Corn-Cob-Mix.

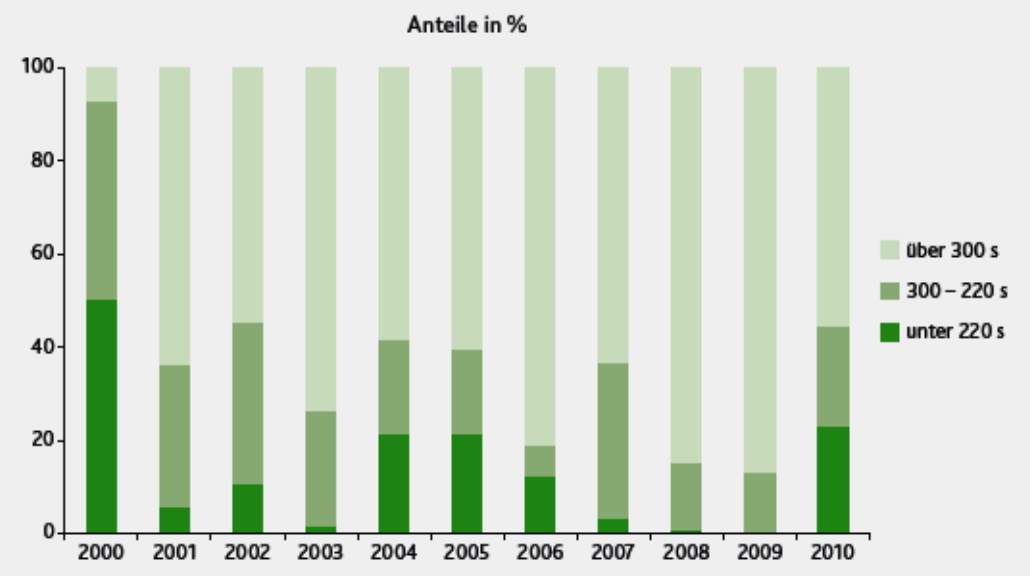
Winterweizenerträge schwanken stärker als sonst

Winterweizen brachte mit 69,8 dt einen Hektarertrag, der knapp das langjährige Mittel von 70,4 dt verfehlte. Aufgrund der Ausweitung der Anbaufläche lag die Erntemenge mit 813 000 t auf dem Vorjahresniveau. Bundesweit brachte Winterweizen 72,7 dt/ha (–7,3%). Insgesamt wurden 23,7 Mill. t geerntet.

Größere Streuung der Hektarerträge

Im Vergleich zu den Vorjahren ist die Streuung über die Ertragsklassen größer. Wie in den beiden Vorjahren liegt der Modalwert

G 6 Winterweizenproben der Besonderen Ernte- und Qualitätsermittlung 2000–2010 nach Fallzahlklassen



für die Erträge der Proben der BEE in der Ertragsklasse „70 bis 80" dt/ha. Mit 28% ist der Anteilswert aber deutlich kleiner. In den beiden Vorjahren waren es mehr als ein Drittel der Proben. Die Ertragsklasse „80 bis 90" dt/ha wies mit 19% ebenfalls einen geringeren Anteil auf. In den Jahren 2008 und 2009 waren es jeweils rund ein Viertel. Zugenommen hat dagegen die Zahl der Proben mit geringeren Erträgen. So wiesen 16% der Proben einen Hektarertrag von weniger als 50 dt auf. Im Jahr 2009 waren es nur 5,2% und im Jahr 2008 rund 10% der Proben. Dies belegt, dass auch in Rheinland-Pfalz die Erträge regional unter den Wetterextremen gelitten haben.

Hektarertrag in jeder sechsten Probe unter 50 dt/ha

Qualität des Winterweizens häufig ungenügend

Da Weizen für die menschliche Ernährung eine größere Bedeutung hat, werden im Rahmen der BEE auch technologische Qualitätsparameter ermittelt. Eine wichtige Kennzahl ist die Fallzahl in Sekunden (s); eine hohe Fallzahl spricht für eine gute Qualität. Wiesen letztes Jahr alle untersuchten Proben Fallzahlen von über 220 s auf, ist die Qualität dieses Jahr deutlich schlechter. Insgesamt erreichten nur 77% der untersuchten Proben Fallzahlen von 220 s und mehr. Vergleichbare Anteile waren zuletzt in den Jahren 2004 und 2005 ermittelt worden.

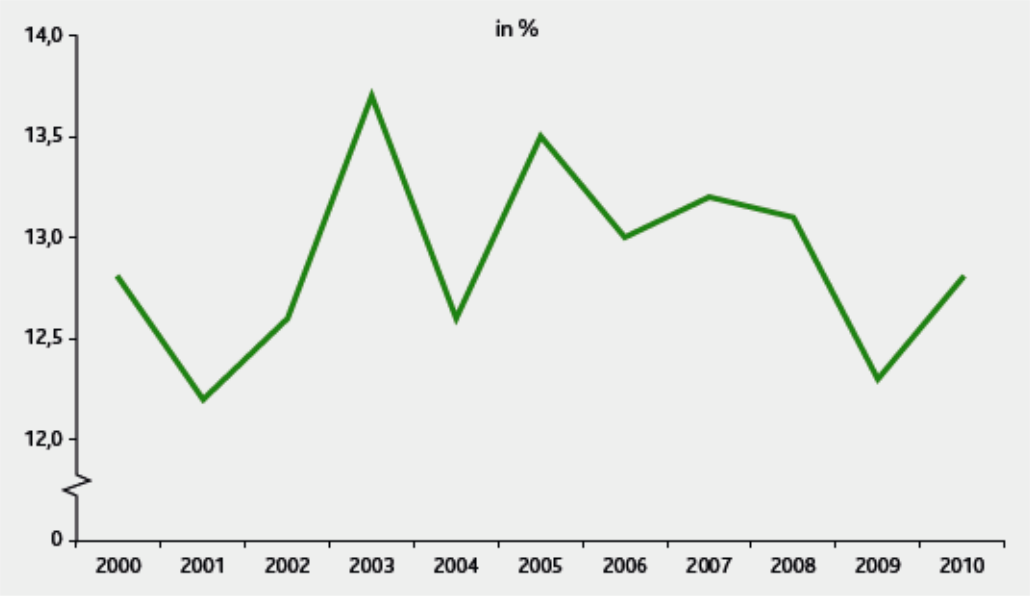
Insbesondere spät gedroschene Winterweizenpartien können aufgrund der Fallzahlen nicht mehr als Qualitätsgetreide vermarktet werden. In Deutschland überschritt nur jede zweite Weizenpartie den Grenzwert von 220 s.

Spät gedroschener Weizen mit geringen Fallzahlen

Ein weiteres Qualitätskennzeichen ist der Proteingehalt. Mit 12,8% liegt er auf dem Vorjahresniveau. Die Grundlage für die Weizenqualität wird mit der Sortenwahl gelegt. Das Sortenspektrum beim Winterweizen bestimmten wie im Vorjahr die drei Sorten Cubus (22%), Dekan (11%) und Tommi (9%). Diese drei Sorten wiesen zusammen einen Anteil von 42% auf. Gegenüber dem letzten Jahr ist er aber rückläufig.

Cubus wichtigste Weizensorte

G 7 Proteingehalt der Winterweizenproben der Besonderen Ernte- und Qualitätsermittlung 2000–2010



Ein Viertel weniger Sommergerste

13% der deutschen Sommergerste aus Rheinland-Pfalz

Sommergerste erreichte mit knapp 54 dt/ha ein ähnliches Ertragsniveau wie im letzten Jahr. Wegen der deutlichen Anbaueinschränkung errechnet sich aber nur eine Erntemenge von 226 000 t. Das ist fast ein Viertel weniger als im langjährigen Durchschnitt. Auch bundesweit wurde ein deutlicher Rückgang der Anbaufläche auf 350 000 ha (–18%) registriert. Geerntet wurden nur noch 1,7 Mill. t (–21%). Die rheinland-pfälzischen Landwirte konnten ihren Anteil an der deutschen Erntemenge um einen Prozentpunkt auf 13% steigern.

Ein Teil der Sommergerstenproben wird auch auf den Eiweißgehalt und den Vollkornanteil untersucht, da dies Qualitätsparameter für die Verwendung von Sommergerste als Braugerste sind. Die arithmetischen Mittelwerte des Eiweißgehalts und des Vollkornanteils betrugen 10,8 bzw. 91%. Im Jahr 2009 waren die Werte etwas besser: Es errechneten sich ein Eiweißgehalt von 10,3% und ein Vollkornanteil von knapp 93%.

Braemer und Marthe bestimmen den Sommergerstenanbau

Die Abnehmer von Braugerste erwarten große, sortenreine Partien, sodass im Sommergerstenanbau nur wenige Sorten angebaut werden. Wie im Vorjahr sind Braemer (49%) und Marthe (41%) die Leitsorten.

Die Trockenheit im Juli konnte der Wintergerste, die als erste Getreideart gedroschen wird, kaum etwas anhaben. Mit 64,5 dt/ha brachte sie einen Ertrag, der geringfügig über dem letztjährigen lag. Da die Anbaufläche eingeschränkt wurde, liegt die Erntemenge mit 244 000 t knapp ein Zehntel unter der des Jahres 2009.

Roggen einschließlich Wintermenggetreide (61 dt/ha; –8,6%) und Triticale (59 dt/ha; –7,7%) konnten dagegen ihre Vorjahreserträge nicht erreichen. Unter Einbeziehung der reduzierten Anbauflächen ergeben sich kleinere Erntemengen. Die Roggenernte betrug nur noch 64 000 t (–31%) und die von Triticale 104 000 t (–11%).

Für Winterraps wurde 2009 eine Rekordernte von 186 000 t ermittelt. Dieser Wert

180 000 t Winterraps

konnte 2010 trotz der Flächenzunahme nicht erreicht werden. Mit fast 180 000 t wird der Rekordwert um 3,1% verfehlt. Die kleinere Menge ist eine Folge der geringeren Erträge. Der Durchschnittsertrag erreichte 2010 nur 39 dt/ha und war damit 3 dt kleiner als im letzten Jahr. Andere Ölfrüchte wie Körnersonnenblumen oder Hülsenfrüchte (z. B. Erbsen, Ackerbohnen) sind nach wie vor statistisch bedeutungslos.

Der Ölgehalt der untersuchten Proben betrug im Durchschnitt 43,1% und liegt damit um 1,4 Prozentpunkte unter dem Vorjahreswert. Fast ein Viertel der Flächen wurde mit der Sorte NK-Flair (24%) bestellt. Deutlich gewinnen konnten die Sorten Visby (19%) und Adriana (9%). Die noch im letzten Jahr verstärkt gesäten Sorten Lorenz und Billy fielen dagegen zurück.

Kartoffelerträge auf Vorjahresniveau

Die Kartoffelproduktion konzentriert sich in Rheinland-Pfalz überwiegend auf die Vorderpfalz. Insgesamt wurden 2010 auf rund 8 300 ha Kartoffeln angebaut. Rund 40% der Fläche dient dem Frühkartoffelanbau. Der Ertrag wurde auf 383 dt/ha geschätzt und entspricht damit dem Vorjahresergebnis. Die geerntete Menge beläuft sich insgesamt auf rund 317 000 t.

Mehr Früh-, weniger Spätkartoffeln

Bei den Spätkartoffeln wurde ein Ertrag von 407 dt/ha ermittelt. Da Frühkartoffeln (347 dt/ha) eine kürzere Vegetationsphase haben als Spätkartoffeln, erreichen sie auch nicht deren Ertragsniveau. Im Vergleich zum Vorjahr betragen die Abweichung –3,2 bzw. +2,7%. Die Erntemenge für mittelfrühe und späte Kartoffeln beläuft sich auf 202 000 t und die für Frühkartoffeln auf 115 000 t. Die bundesweite Kartoffelernte beträgt 10,2 Mill. t, wobei fast die Hälfte in Niedersachsen produziert wird. Damit wurden deutschlandweit deutlich weniger Kartoffeln geerntet als in den Vorjahren.

Kleinste Weinmosternte seit 25 Jahren erwartet

Weinmosternte liegt bei 4,6 Mill. hl

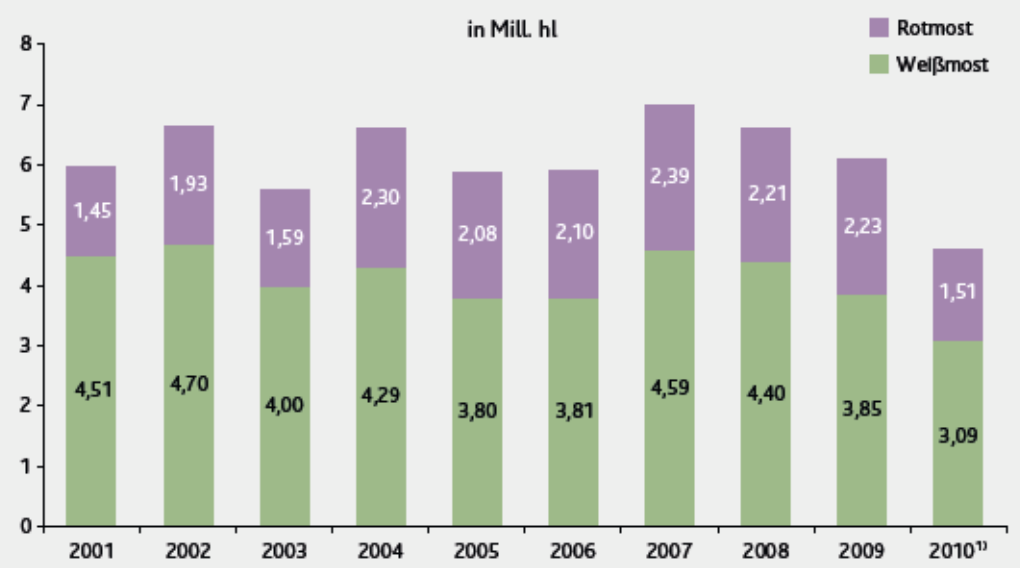
Die diesjährige Weinmosternte schätzten die Ernteberichterstatter Ende Oktober auf knapp 4,6 Mill. hl. Das ist die kleinste Menge seit 1985. Damals waren nur 4,1 Mill. hl geerntet worden. Das diesjährige Leseergebnis ist über 24% kleiner als im letzten Jahr, in dem bereits eine unterdurchschnittliche Erntemenge eingebracht wurde. Gegenüber dem langjährigen Durchschnitt ist das Minus mit 27% noch größer.

Ursächlich für die unterdurchschnittliche Weinmosternte waren die ungünstigen Witterungsbedingungen. Bereits während der Blüte führten die häufigen Niederschläge und die niedrigen Temperaturen zu Verrieselungsschäden. Das bedeutet, dass ein Teil der Blüten nicht befruchtet und von der Rebe abgeworfen wurde. Die nasse und kühle Septemberwitterung begünstigte das Auftreten von Fäulnis und sorgte für eine weitere Mengenreduzierung. In den südlichen Anbaugebieten kamen weitere Schäden in den Weinbergen durch die regional aufgetretenen Hagelunwetter hinzu.

Deutlich weniger Rotmost geerntet

Die Mengenreduktion betrifft im Vergleich zum Vorjahr den Rotmost wesentlich stärker als den Weißmost. Mit einem Minus von fast 33% ist der Rückgang deutlich größer als beim Weißmost (–20%). Auch innerhalb der Rebsorten sind die Rückgänge sehr unterschiedlich. Mit einem Minus von 44% weist der Dornfelder (618 000 hl) unter den wichtigen Rebsorten die größte Abnahme auf. Vom Portugieser (301 000 hl)

G 8 Weinmosternte 2001–2010



1) Vorläufiges Ergebnis.

wurden fast 40% weniger geerntet. Demgegenüber kommt der Riesling, als anbaustärkste Rebsorte, auf ein vergleichsweise niedriges Minus von 20%. Mit fast 1,1 Mill. hl entfällt rund ein Viertel der Erntemenge auf diese Rebsorte.

Kleine Obsternte

Ein Fünftel weniger Obst als im Vorjahr

Während im letzten Jahr eine überdurchschnittliche Obsternte zu verzeichnen war, wuchs aufgrund der diesjährigen Witterungsbedingungen eine Obsternte heran, die etwa ein Fünftel unter dem langjährigen Durchschnitt liegt.

Mit 79 dt lag der Hektarertrag von Sauerkirschen rund 16% unter dem guten Vorjahreswert. Die Erntemenge belief sich auf 6 500 t. Mit 2 700 t wurde die gleiche Menge Süßkirschen wie im Vorjahr geerntet. Die Apfelernte, die 2009 mit 45 300 t ausgesprochen groß ausgefallen war, wird mit 33 900 t um ein Viertel unterschritten. Die Birnenernte erreicht mit knapp 4 000 t ebenfalls nur ein unterdurchschnittliches Ergebnis (–15%).

Weniger Mirabellen und Renekloden

Nachdem bei Pflaumen und Zwetschen sowie Mirabellen und Renekloden im letzten Jahr sehr große Mengen heranwuchsen, ergaben sich dieses Jahr unterdurchschnittliche Erntemengen. Die Pflaumen- und Zwetschenernte beläuft sich auf 12 100 t und die von Mirabellen und Renekloden auf 1 400 t. Im Vergleich zum langjährigen Mittelwert sind das bei Pflaumen und Zwetschen –17% sowie bei Mirabellen und Renekloden –41%.

Für jeden Einwohner 1,2 kg Spargel aus heimischer Produktion

Spargel ist wichtigste Gemüseart in Deutschland

Bundesweit ist Spargel die Gemüseart mit der größten Anbaufläche. Auch in Rheinland-Pfalz ist Spargel mit 1 110 ha eine wichtige Gemüseart. Die Spargelfläche im Ertrag nahm im Jahr 2010 um 9,1% auf 990 ha zu.

Auch die Spargelernte litt unter der kühlen und feuchten Witterung und wird bei rund 5 000 t liegen. Das wären zwar nur rund 5% weniger als die Rekordernte vom Vorjahr, das relativ gute Ergebnis ist aber ausschließlich auf die deutliche Ausdehnung der Fläche zurückzuführen. Der geschätzte Hektarertrag lag bei nur 50,5 dt (2009: 58 dt). Damit standen rechnerisch jedem Einwohner des Landes rund 1,2 kg des „Königsgemüses" aus heimischer Produktion zur Verfügung.

Große Vielfalt an Gemüsearten im Anbau

Neben Spargel werden in Rheinland-Pfalz über 40 weitere Gemüsearten im erwerbsmäßigen Gemüsebau angebaut, deren Flächen zum Teil größer sind als die des Spargels. Radieschen ist mit rund 15% der Anbaufläche (2780 ha) die seit Jahren wichtigste Gemüseart. Möhren und Karotten wachsen auf 1750 ha, Bundzwiebeln und Blumenkohl auf jeweils rund 1310 ha. Danach folgen Speisezwiebeln (1180 ha) und Feldsalat (1080 ha). Auf eine Anbaufläche zwischen 500 und 1000 ha kommen Kopfsalat (710 ha), Porree (650 ha) und Spinat (650 ha). Die genannten zehn Gemüsearten beanspruchen über 69% der gesamten Gemüseanbaufläche im Freiland von rund 18100 ha.

Die endgültigen Ertragsschätzungen liegen bei den meisten Gemüsearten witterungsbedingt unter den Vorjahreswerten. Radieschen bleiben mit 286 dt/ha ebenso wie Möhren und Karotten (473 dt/ha) unter den Vorjahreswerten von 292 dt/ha bzw. 497 dt/ha. Nachdem letztes Jahr ein gutes Zwiebeljahr war, litt das Lauchgewächs dieses Jahr unter der nassen Witterung. Bundzwiebeln bleiben mit 352 dt/ha deutlich unter dem Vorjahresertrag von 492 dt/ha. Auch Speisezwiebeln (499 dt/ha) erreichen nicht den Ertrag von 2009 (550 dt/ha). Dies gilt ebenso für Blumenkohl (320 dt/ha; 2009: 327 dt/ha) und Feldsalat (70 dt/ha; 2009: 89 dt/ha).

Gemüseerträge zumeist schwächer

Bei Erdbeeren (466 ha) wird der Flächenertrag im Landesdurchschnitt auf knapp 97 dt/ha geschätzt. Das entspricht dem Durchschnitt im Zeitraum von 2004 bis 2009 und überschreitet den Wert des letzten Jahres um 2,5%. Die Erntemenge erreicht mit knapp 4500 t fast den langjährigen Durchschnitt (4600 t).

Jörg Breitenfeld, Diplom-Agraringenieur, leitet das Referat Landwirtschaft und Umwelt.

Hochschulen 2009/10

Zahl der Studienanfängerinnen und -anfänger erneut gestiegen

Von Bettina Link

Die Hochschulen sehen sich zurzeit tief greifenden Veränderungen gegenüber. Sie verzeichnen einen spürbaren Anstieg der Studierendenzahlen, der auch in den nächsten Jahren anhalten wird und einen umfangreichen Ausbau der Studienkapazitäten erfordert. Darüber hinaus erfolgt gegenwärtig die Umstellung der meisten Studiengänge auf ein mehrstufiges Bachelor- und Mastersystem. Zudem wurden in den vergangenen Jahren die Entscheidungsspielräume und das Aufgabenspektrum der Hochschulen schrittweise erweitert.

Die größere Unabhängigkeit der Hochschulen, die neue Wettbewerbssituation, aber auch die knapper werdenden Mittel der öffentlichen Hand sorgen dafür, dass sich das Augenmerk verstärkt auf die von den Hochschulen erzielten Ergebnisse in Forschung und Lehre richtet. Hierdurch gewinnen die Daten und Kennzahlen der amtlichen Statistik eine zunehmende Bedeutung.

Anhaltender Anstieg der Studienanfänger- und Studierendenzahlen

Zahl der Studierenden seit 2004 um gut 10,4% gestiegen

Im Wintersemester 2009/10 erreichte die Zahl der Studierenden in Rheinland-Pfalz einen neuen Höchststand. Mehr als 109 000 Personen absolvierten ein Studium an einer der 19 Hochschulen im Land. Das waren gut 10,4% mehr als fünf Jahre zuvor.

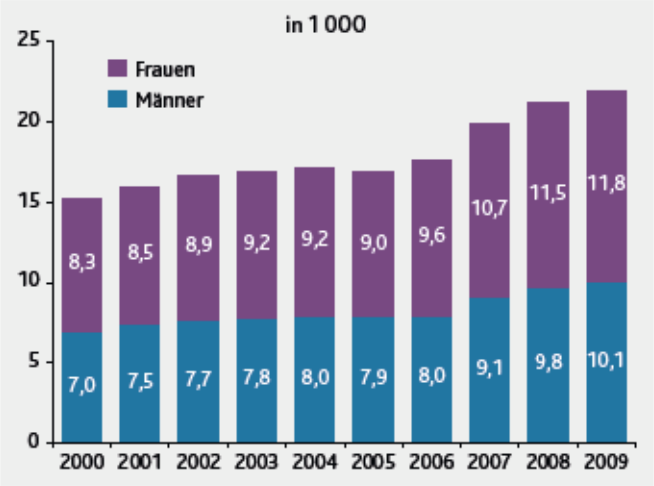
In den nächsten Jahren ist aufgrund der demografischen Entwicklung mit einer weiteren Zunahme der Studierendenzahlen zu rechnen. So verlassen derzeit die Kinder der geburtenstarken Jahrgänge der 60er-Jahre die weiterführenden Schulen. Darüber hinaus zeigen sich die Effekte eines geänderten Bildungsverhaltens. Immer mehr Schülerinnen und Schüler erreichen einen Schulabschluss, der zur Aufnahme eines Hochschulstudiums berechtigt. Die Studienberechtigtenquote, also der Anteil der Schulabgängerinnen und -abgänger mit Hochschulzugangsberechtigung an der 18- bis 20-jährigen Bevölkerung, stieg in den letzten fünf Jahren um 6,8 Prozentpunkte auf 45,4%. Die Zahl der Studienberechtigten erhöhte sich in diesem Zeitraum um 27,3%.

Immer mehr Schülerinnen und Schüler erreichen die Hochschulreife

Infolge der höheren Studienberechtigtenzahlen stieg auch die Zahl der Studienanfänger. So begannen im Jahr 2009 fast 21 000 Personen ein Hochschulstudium in Rheinland-Pfalz. Das waren gut 17% mehr als vor fünf Jahren.

17% mehr Studienanfänger als 2004

G 1 Studienberechtigte 2000–2009 nach Geschlecht



T 1 Studienberechtigte und Studienberechtigtenquote 2000–2009 nach Geschlecht

Jahr	Studienberechtigte			Studienberechtigtenquote		
	Insgesamt	Frauen	Männer	Insgesamt	Frauen	Männer
	Anzahl			%		
2000	15 267	8 259	7 008	34,7	38,3	31,2
2001	15 918	8 451	7 467	35,3	38,3	32,4
2002	16 628	8 936	7 692	36,8	40,6	33,2
2003	16 912	9 162	7 750	37,6	41,6	33,7
2004	17 194	9 231	7 963	38,6	42,4	35,0
2005	16 861	8 985	7 876	37,2	40,5	34,0
2006	17 631	9 635	7 996	38,0	42,4	33,8
2007	19 859	10 728	9 131	41,3	45,4	37,3
2008	21 202	11 451	9 751	43,8	48,1	39,5
2009	21 896	11 800	10 096	44,9	49,6	40,4

Für die Hochschulen bedeuten die zusätzlichen Studierenden zunächst eine Herausforderung. Vor dem Hintergrund einer alternden Gesellschaft und der absehbar wachsenden Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften stellen die zukünftigen Akademiker aber auch eine wichtige Grundlage zur Absicherung des gesellschaftlichen Wohlstandes und der Finanzierbarkeit der sozialen Sicherungssysteme dar. Die Akteure der Bildungspolitik sind sich daher einig, dass die Zahl der Studienberechtigten und der Hochschulabsolventen weiter erhöht werden soll. Der Wissenschaftsrat empfiehlt eine Studienberechtigtenquote von 50%. Für die Studienanfängerquote wurden 40% und für die Absolventenquote 35% angeraten.[1)]

Hochschulpakt 2020

Um die Hochschulen für den erwarteten Studierendenzuwachs zu rüsten, vereinbarten Bund und Länder im Jahr 2007 den Hochschulpakt 2020. In diesem verpflichtete sich das Land Rheinland-Pfalz bis 2010 – ausgehend vom Vergleichsjahr 2005 – 5796 zusätzliche Studienanfänger aufzunehmen. Für den Ausbau der Hochschulen investiert das Land bis zum Jahr 2010 rund 28 Mill. Euro aus Bundesmitteln und ebenso viel aus eigenen Mitteln.

2011 beginnt zweite Phase des Hochschulpaktes

Im Jahr 2011 startet die zweite Phase des Hochschulpaktes. Sie zielt darauf, in den Jahren 2011 bis 2015 rund 20 000 zusätzliche Studienanfängerinnen und -anfänger an rheinland-pfälzischen Hochschulen aufzunehmen. Auch hier gilt das Bezugsjahr 2005. Dabei soll der Anteil der Studienanfängerinnen und -anfänger an Fachhochschulen und in naturwissenschaftlich-technischen Fächern erhöht werden. Zudem wird mit der zweiten Phase des Hochschulpaktes eine qualitative Weiterentwicklung in den Hochschulen angestrebt. Dies betrifft unter anderem die Sicherung und Entwicklung der Qualität von Studium und Lehre sowie die Förderung von Frauen und der sozialen Vielfalt und Attraktivität der Hochschulen. Für die zweite Hälfte des Hochschulpaktes stehen voraussichtlich insgesamt 200 Mill. Euro aus Bundes- und ebenso viel aus Landesmitteln zur Verfügung.[2)]

1) Wissenschaftsrat: Empfehlungen zum arbeitsmarkt- und demographiegerechten Ausbau des Hochschulsystems, Berlin 2006.

2) Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur, „Hochschulpakt sichert gute Studienbedingungen – Bologna-Prozess erfolgreich weiterentwickelt", Pressemitteilung vom 28.10.2010.

T 2 Eckdaten zu Studierenden und Studienanfängern 2000–2009[1] nach Geschlecht

Jahr[2]	Hochschulstandort Rheinland-Pfalz						Studienanfängerquote					
	Studierende			Studienanfänger			am Hochschulstandort Rheinland-Pfalz			der rheinland-pfälzischen Studierenden in Deutschland		
	insgesamt	Frauen	Männer	insgesamt	Frauen	Männer	insgesamt	Frauen	Männer	insgesamt	Frauen	Männer
	Anzahl						%					
2000	82 008	39 595	42 413	14 652	7 596	7 056	33,5	35,3	31,7	27,1	26,2	28,0
2001	85 881	42 284	43 597	16 355	8 623	7 732	36,6	39,1	34,4	29,1	28,5	29,7
2002	91 123	45 522	45 601	17 841	9 484	8 357	39,2	42,4	36,3	31,0	31,7	30,5
2003	96 139	47 821	48 318	18 030	9 033	8 997	39,4	40,2	38,7	31,8	30,5	33,1
2004	99 138	49 431	49 707	17 807	8 979	8 828	39,0	40,0	38,1	30,6	29,6	31,6
2005	101 845	50 770	51 075	17 535	8 931	8 604	38,4	39,8	37,1	30,5	29,8	31,2
2006	103 156	51 723	51 433	17 725	9 404	8 321	38,4	41,3	35,7	30,0	30,7	29,3
2007	105 630	53 396	52 234	19 222	10 158	9 064	40,7	43,4	38,1	31,4	31,8	31,1
2008	107 116	54 181	52 935	20 004	10 427	9 577	41,7	43,9	39,7	34,4	34,1	34,7
2009	109 478	55 438	54 040	20 842	10 926	9 916	.	.	.	.	.	.

1) Daten zur Studienanfängerquote des Jahres 2009 liegen noch nicht vor.
2) Studienanfänger: Jahr; Studierende: Wintersemester.

Studienanfängerquote gestiegen

Studienanfängerquote auf 41,7 % gestiegen

Die Studienanfängerquote am Hochschulstandort Rheinland-Pfalz, also der Anteil der Studienanfänger an rheinland-pfälzischen Hochschulen an der gleichaltrigen Bevölkerung des Landes, lag im Jahr 2008[3] bei 41,7% und damit 2,7 Prozentpunkte höher als 2004. Der Wert liegt leicht über der von der Bundesregierung angestrebten Quote von 40%.

Dieser für Rheinland-Pfalz im Bundesvergleich überdurchschnittliche Wert geht allerdings zu einem wesentlichen Teil auf die Abiturientinnen und Abiturienten anderer Bundesländer zurück, die zum Studium ins studiengebührenfreie Rheinland-Pfalz kommen.

Dies zeigt auch die nach dem Land des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung ermittelte Studienanfängerquote. Für die Berechnung dieses Wertes werden die Studienanfängerinnen und -anfänger in Deutschland, die ihre Studienberechtigung in Rheinland-Pfalz erlangt haben, auf die gleichaltrige rheinland-pfälzische Bevölkerung bezogen. Die Studienanfängerquote nach dem Land des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung lag für das Jahr 2008 lediglich bei 34,4%.

Die Differenz zwischen den beiden Quoten ist einerseits ein Indiz für die überregionale Attraktivität der rheinland-pfälzischen Hochschulen. Sie offenbart aber auch ein Potenzial, die Studierneigung der eigenen Landeskinder zu erhöhen.

Absolventen werden jünger

Rund 13 000 Studierende schlossen Erststudium erfolgreich ab

Die Zahl der Absolventen der rheinland-pfälzischen Hochschulen ist in den vergangenen Jahren ebenfalls merklich gestiegen. Im Jahr 2009 schlossen 12 898 Studierende ein erstes Studium erfolgreich ab. Gegenüber 2004 ist das ein Anstieg um 45%.

Die Absolventenquote stieg seit dem Jahr 2004 um 6,3 Prozentpunkte auf 25,9% im Jahr 2008[3].

Ein wichtiges Thema in der hochschulpolitischen Diskussion ist neben den Absolventenzahlen die Studiendauer, da von ihr unter anderem auch der finanzielle Aufwand für ein Studium abhängt.

3) Daten für das Jahr 2009 liegen noch nicht vor.

Erläuterungen

Studienberechtigtenquote

Die Studienberechtigtenquote gibt den Anteil der Abgängerinnen und Abgänger berufsbildender und allgemeinbildender Schulen mit Hochschulreife an der Bevölkerung im Alter zwischen 18 und 20 Jahren an.

Studienanfängerquote

Die Studienanfängerquote gibt an, wie hoch der Anteil der Studienanfängerinnen und -anfänger an der altersspezifischen Bevölkerung ist. Als regionale Bezugsgröße kann entweder das Land, in dem die Studienberechtigung erworben wurde, oder das Land des Studienortes gewählt werden. Die Berechnung erfolgt nach dem sogenannten Quotensummenverfahren.

Absolventenquote

Die Absolventenquote gibt an, wie hoch der Anteil der Absolventinnen und Absolventen eines Erststudiums an der altersspezifischen Bevölkerung ist. Die Berechnung erfolgt wie bei der Studienanfängerquote nach dem sogenannten Quotensummenverfahren.

Fach- und Gesamtstudiendauer

Die Fachstudiendauer gibt die durchschnittliche Zahl der Ausbildungssemester an, die in einem bestimmten Studiengang bis zum Abschluss benötigt werden. Die Gesamtstudiendauer bezieht sich auf die Zahl der Semester, die insgesamt im Hochschulsystem verbracht werden.

Bologna-Reform

In der sogenannten Bologna-Erklärung aus dem Jahr 1999 brachten 29 europäische Staaten ihren Willen zum Ausdruck, bis zum Jahr 2010 einen einheitlichen europäischen Hochschulraum zu schaffen. Zu den Zielen gehörte die Etablierung eines einheitlichen Systems gestufter Studiengänge, dessen erste Stufe der berufsqualifizierende Bachelorabschluss ist, an den sich ein Masterstudium anschließen kann.

Wanderungssaldo

Der Wanderungssaldo errechnet sich aus dem Verhältnis der ab- und zuwandernden Studierenden. Er gibt an, in welchem Ausmaß die Länder Bildungsleistungen für Studierende erbringen, die ihre Hochschulreife in einem anderen Bundesland erworben haben.

Vollzeitäquivalente

Vollzeitäquivalente sind standardisierte Vergleichsgrößen, auf deren Grundlage Personalkapazitäten beurteilt werden können. Bei der Berechnung der Vollzeitäquivalente an Hochschulen wird das vollzeitbeschäftigte hauptberufliche Personal mit dem Faktor 1, das teilzeitbeschäftigte mit 0,5 und das nebenberufliche Personal mit 0,2 gewichtet.

Betreuungsrelation

Diese Kennzahl beschreibt das zahlenmäßige Verhältnis der Studierenden zum wissenschaftlich/künstlerischen Personal in Vollzeitäquivalenten. Nicht berücksichtigt wird hierbei das drittmittelfinanzierte Personal. Die Berechnung erfolgt zudem ohne Verwaltungsfachhochschulen.

Laufende Grundmittel

In die Berechnung der laufenden Grundmittel werden diejenigen Mittel einbezogen, die der Hochschulträger den Hochschulen für laufende Zwecke zur Verfügung stellt. Diese werden ermittelt, indem von den Ausgaben der Hochschulen für laufende Zwecke (z. B. für Personal und sächliche Verwaltungsausgaben) die Verwaltungs- und Drittmitteleinnahmen abgezogen werden.

Weitere Informationen und Erläuterungen zum Bereich der Hochschulstatistik finden Sie in den statistischen Berichten zu:

- Studienanfängern,
- Studierenden und Gasthörern,
- Abschlussprüfungen,
- Personal- und Personalstellen sowie Habilitationen und Hochschulfinanzen

Diese stehen im Internet unter www.statistik.rlp.de/no_cache/staat-undgesellschaft/bildung zum kostenfreien Download zur Verfügung.

T 3 Eckdaten zu Absolventen 2000–2009[1] nach Geschlecht

Jahr[2]	Absolventen[3]			Absolventenquote[3]			Durchschnittsalter bei Erstabschluss			Mittlere Fachstudiendauer[3] (Median)		
	Insgesamt	Frauen	Männer	Insgesamt	Frauen	Männer	Insgesamt	Frauen	Männer	Insgesamt	Frauen	Männer
	Anzahl			%			Jahre			Fachsemester		
2000	8 824	4 321	4 503	18,0	18,5	17,4	28,1	27,5	28,6	10,1	9,8	10,4
2001	8 531	4 199	4 332	18,2	18,7	17,6	28,0	27,3	28,7	9,8	9,6	10,1
2002	7 909	4 072	3 837	17,2	18,3	16,2	28,0	27,4	28,6	9,9	9,9	10,1
2003	8 374	4 464	3 910	18,3	19,9	16,7	28,1	27,5	28,7	9,8	9,7	9,9
2004	8 893	4 813	4 080	19,6	21,3	17,8	27,7	27,2	28,3	9,5	9,3	9,8
2005	10 008	5 391	4 617	21,9	23,7	20,2	27,6	27,1	28,1	9,5	9,4	9,6
2006	9 937	5 500	4 437	21,5	23,8	19,3	27,6	27,2	28,0	9,5	9,4	9,7
2007	11 198	6 183	5 015	24,0	26,5	21,6	27,5	27,2	27,9	9,4	9,3	9,5
2008	12 077	6 669	5 408	25,9	28,6	23,2	27,5	27,2	27,9	9,5	9,5	9,6
2009	12 898	6 877	6 021	.	.	.	27,2	26,9	27,6	9,4	9,3	9,4

1) Daten zur Absolventenquote des Jahres 2009 liegen noch nicht vor. – 2) Absolventen: Prüfungsjahr. – 3) Erstabsolventen.

Absolventen im Durchschnitt 27,2 Jahre

Für den erfolgreichen Berufseinstieg der Absolventen spielt zudem das Alter bei Erreichen des Studienabschlusses eine wichtige Rolle. Die Absolventen des Jahrganges 2009 erreichten ihren Erstabschluss nach einer mittleren Fachstudiendauer von 9,4 Semestern im Alter von 27,2 Jahren und damit etwas früher als in der Vergangenheit.

Mit der zunehmenden Etablierung der neuen Bachelorabschlüsse ist mit einer weiteren Verringerung der mittleren Studiendauer und des Alters der Erstabsolventen zu rechnen.

Umsetzung der Bologna-Reform schreitet voran

Die infolge der Bologna-Erklärung begonnene Umstellung der Studiengänge auf ein zweistufiges System aus Bachelor- und Master-Studiengängen schreitet voran und führt zu einem anhaltenden Anstieg des Anteils dieser neuen Studiengänge. Im Sommersemester 2010 waren nach Angaben der Hochschulrektorenkonferenz bereits 91,8% aller Studiengänge in Rheinland-Pfalz auf das neue Bachelor- und Mastersystem umgestellt (Deutschland: 80,5%).[4]

Umstellung auf Bachelor- und Master an Fachhochschulen am weitesten

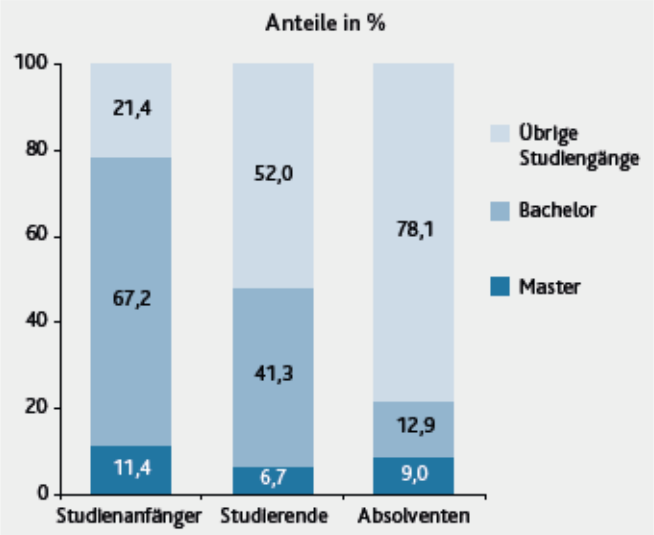
Im Jahr 2009 begannen etwa acht von zehn Studierenden im ersten Fachsemester ein auf die Erlangung des Bachelor- oder Masterabschlusses ausgerichtetes Studium (78,6%). Unter den Absolventen lag der Anteil der Bachelor- und Masterabschlüsse im Prüfungsjahr 2009 bei 21,9%. Deutliche Unterschiede bezüglich der Umstellung gab es zwischen den verschiedenen Hochschularten. An den Fachhochschulen war die Umstellung am weitesten vorangeschritten. Hier befanden sich im Jahr 2009 bereits 91,1% aller Studierenden im ersten Fachsemester in einem Bachelor- oder Masterstudiengang. An den Universitäten betrug dieser Anteil 71,5%.

MINT-Fächer – noch immer Männerdomäne

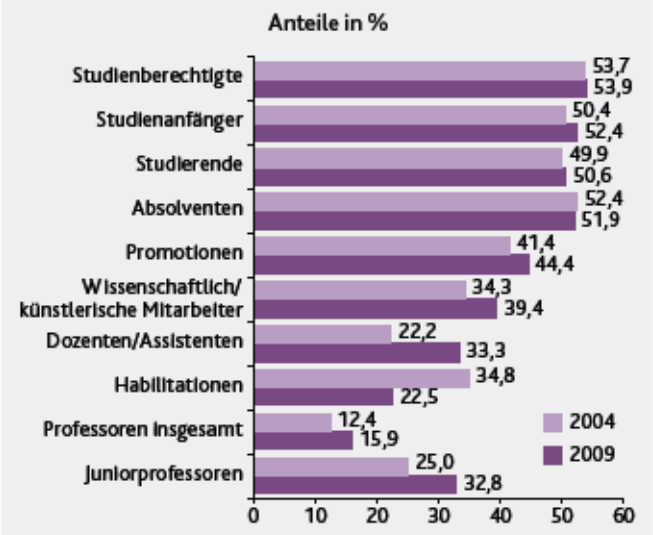
In der bildungspolitischen Diskussion nehmen die sogenannten MINT-Fächer, also die Fächer Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik eine besondere Stellung ein. Absolventen dieser Fachrich-

4) Hochschulrektorenkonferenz, Statistische Daten zur Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen. Sommersemester 2010, Bonn 2010.

G 2 Fachstudienanfänger, Studierende und Absolventen 2009 nach angestrebtem Abschluss



G 3 Frauen an Hochschulen 2004 und 2009



tungen gelten als besonders wichtig für die Sicherung des Bedarfs an qualifizierten Fachkräften.

Ein Drittel aller Studierenden belegen MINT-Fächer

In der amtlichen Statistik entsprechen die MINT-Fächer den Fächergruppen Ingenieurwissenschaften und Mathematik/Naturwissenschaften. Im Wintersemester 2009/10 absolvierten in Rheinland-Pfalz 36781 Personen und damit etwa ein Drittel aller Studierenden ein Studium in einem der MINT-Fächer.

Zu den beliebtesten naturwissenschaftlich-technischen Studienbereichen zählten Informatik, Maschinenbau/Verfahrenstechnik und Mathematik.

Studentinnen im MINT-Bereich unterrepräsentiert

Frauen entschieden sich nur relativ selten für ein MINT-Fach. Lediglich 22,5% der Studentinnen des Wintersemesters 2009/10 waren in einem entsprechenden Studiengang eingeschrieben. Bei den Männern lag dieser Anteil mit 45% doppelt so hoch. Insgesamt stellten die Frauen in den MINT-Fächern etwa ein Drittel der Studierendenschaft (33,9%). Ihr Anteil variierte in den verschiedenen MINT-Studienbereichen allerdings erheblich. Relativ hoch war er in den klassischen Lehramtsfächern Biologie, Mathematik und Geografie, in den Fächern Architektur/Innenarchitektur und Raumplanung sowie im pharmazeutischen Bereich. In den eher technischen Fächern Elektrotechnik, Maschinenbau oder Informatik waren die Männer dagegen weitgehend unter sich.

Mit zahlreichen Initiativen versuchen Politik und Wirtschaft den Anteil der Studierenden in MINT-Fächern zu erhöhen und insbesondere mehr Frauen für ein Studium in diesem Bereich zu gewinnen. Ein Beispiel hierfür ist der 2008 im Rahmen der Qualifizierungsinitiative der Bundesregierung verabschiedete „Nationale Pakt für Frauen in MINT-Berufen". Ziel dieses Paktes zwischen Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Medien ist es, eine Veränderung des Bildes der MINT-Berufe in der Gesellschaft zu erreichen und hierdurch die Zahl der „MINT-Studentinnen" zu erhöhen und zudem mehr Hochschulabsolventinnen für eine Karriere in der Wirtschaft zu gewinnen.

T 4 Eckdaten zu MINT-Fächern[1] 2000–2009

Einheit[2]	Studienanfänger			Studierende			Absolventen		
	Insgesamt	Frauen		Insgesamt	Frauen		Insgesamt	Frauen	
	Anzahl		%	Anzahl		%	Anzahl		%
2000	4 799	1 652	34,4	24 920	8 019	32,2	3 184	985	30,9
2001	5 186	1 704	32,9	25 764	8 367	32,5	2 960	949	32,1
2002	5 621	2 013	35,8	27 227	9 105	33,4	2 727	917	33,6
2003	6 259	2 122	33,9	29 350	9 937	33,9	2 728	891	32,7
2004	5 989	2 029	33,9	30 622	10 438	34,1	2 940	1 057	36,0
2005	6 197	2 092	33,8	31 870	10 814	33,9	3 351	1 176	35,1
2006	6 195	2 211	35,7	32 314	10 997	34,0	3 354	1 229	36,6
2007	7 074	2 583	36,5	33 919	11 613	34,2	3 674	1 370	37,3
2008	7 141	2 452	34,3	34 751	11 822	34,0	4 020	1 511	37,6
2009	7 581	2 686	35,4	36 781	12 462	33,9	4 608	1 578	34,2

1) Fächergruppen Mathematik/Naturwissenschaften und Ingenieurwissenschaften. – 2) Studienanfänger: Jahr; Studierende: Wintersemester; Absolventen: Prüfungsjahr.

T 5 Studierende in MINT-Fächern im Wintersemester 2009/10 nach Studienbereichen und Geschlecht

Studienbereich	Insgesamt	Frauen		Männer	
		Anzahl	%	Anzahl	%
Informatik	6 149	990	16,1	5 159	83,9
Maschinenbau/Verfahrenstechnik	5 431	812	15,0	4 619	85,0
Mathematik	3 810	1 961	51,5	1 849	48,5
Biologie	3 200	2 048	64,0	1 152	36,0
Geografie	2 462	1 246	50,6	1 216	49,4
Chemie	2 224	1 028	46,2	1 196	53,8
Elektrotechnik	2 168	169	7,8	1 999	92,2
Architektur, Innenarchitektur	2 166	1 340	61,9	826	38,1
Bauingenieurwesen	1 730	366	21,2	1 364	78,8
Ingenieurwesen allgemein	1 531	329	21,5	1 202	78,5
Physik, Astronomie	1 530	325	21,2	1 205	78,8
Raumplanung	1 427	684	47,9	743	52,1
Wirtschaftsingenieurwesen[1]	1 055	181	17,2	874	82,8
Geowissenschaften	677	296	43,7	381	56,3
Pharmazie	515	366	71,1	149	28,9
Mathematik, Naturwissenschaften allgemein	501	295	58,9	206	41,1
Vermessungswesen	169	25	14,8	144	85,2
Verkehrstechnik, Nautik	36	1	2,8	35	97,2
Insgesamt	36 781	12 462	33,9	24 319	66,1

1) Mit ingenieurwissenschaftlichem Schwerpunkt.

Nur jede sechste Professur von einer Frau besetzt

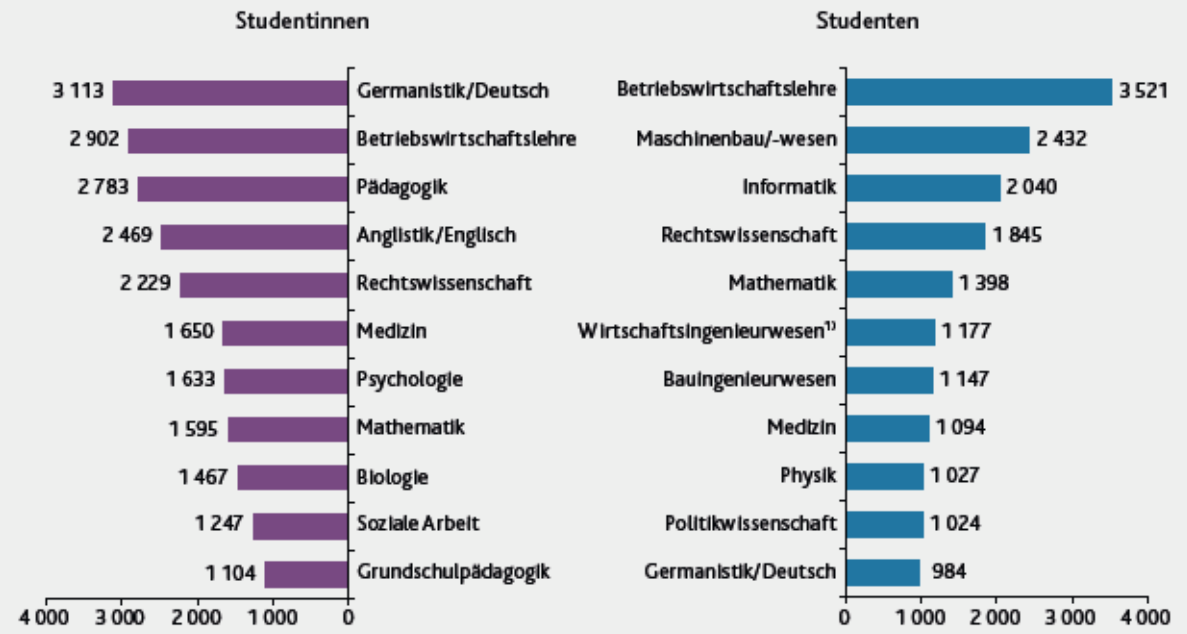
Über die Hälfte aller Absolventen sind Frauen

Der Frauenanteil an den Hochschulen ist in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen. Mittlerweile stellen die Frauen innerhalb der Studierendenschaft (50,6%), bei den Studienanfängern (52,4%) und auch bei den Absolventen (51,9%) die Mehrheit.

Trotz ihrer starken Präsenz unter den Studierenden gilt für die akademische Laufbahn noch immer: je höher die „Statusgruppe", desto geringer der Anteil der Frauen.

Relativ ausgeglichen ist die Geschlechterrelation bei den erfolgreich abgeschlossenen Promotionen – dem Ausgangspunkt einer Hochschulkarriere. Hier stieg der Frauen-

G 4 Beliebteste Studienfächer im Wintersemester 2009/10 nach Geschlecht



1) Mit wirtschaftswissenschaftlichem Schwerpunkt.

anteil in den vergangenen fünf Jahren um drei Prozentpunkte auf 44,4%. Insgesamt schlossen im vergangenen Prüfungsjahr 455 Frauen und 570 Männer ein Promotionsverfahren erfolgreich ab.

2009 wurden nur 9 von 40 Habilitationen von Frauen abgelegt

Bei den Habilitationen schwankte die Gesamtzahl wie auch der Frauenanteil in den vergangenen Jahren recht stark. Im Jahr 2009 wurden nur 9 der insgesamt 40 Habilitationen von Frauen abgeschlossen. Im Jahr 2004 waren es 23 von insgesamt 66.

Unter den wissenschaftlich/künstlerisch Beschäftigten an den Hochschulen konnten die Frauen in den vergangenen Jahren merklich aufholen. Weiterhin gering ist der Frauenanteil allerdings in der Professorenschaft. Lediglich jede sechste Professur wird derzeit mit einer Frau besetzt.

Die Gründe hierfür sind vielfältig. So sind beispielsweise starre Altersfristen und die häufig zeitlich befristeten Beschäftigungsverhältnisse im Hochschulbereich insbesondere für Frauen in der Familiengründungsphase wenig attraktiv.

Ein Drittel aller Juniorprofessuren von Frauen besetzt

Als faktisches Gleichstellungsinstrument erwies sich die 2002 eingeführte sogenannte Juniorprofessur. Diese eröffnet jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern einen Weg zur Professur, ohne hierfür eine Habilitation vorauszusetzen. Im Jahr 2009 waren 32,8% der Juniorprofessuren mit Frauen besetzt. Dieser Anteil ist doppelt so hoch, wie der in der gesamten Professorenschaft.

Zurzeit vollzieht sich an den Hochschulen ein Generationenwechsel – gut die Hälfte der Professorinnen und Professoren wird in den nächsten zehn Jahren das Ruhestandsalter erreichen. Durch diesen Generationenwechsel kann sich der Frauenanteil in wissenschaftlichen Spitzenpositionen erhöhen.

T 6 Studierende im Wintersemester 2009/10 nach dem Land des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung (HZB)[1] und dem Land des Studienortes

Land	Aus Rheinland-Pfalz studieren in ...		In Rheinland-Pfalz studieren aus ...		Wanderungs-überschuss (+)/ -defizit (-)
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl
Innerhalb des Bundesgebietes	93 063	100	100 977	92,2	7 914
Baden-Württemberg	12 477	13,4	9 089	8,3	- 3 388
Bayern	2 504	2,7	2 678	2,4	174
Berlin	1 533	1,6	872	0,8	- 661
Brandenburg	284	0,3	588	0,5	304
Bremen	208	0,2	197	0,2	- 11
Hamburg	801	0,9	430	0,4	- 371
Hessen	8 776	9,4	14 228	13,0	5 452
Mecklenburg-Vorpommern	269	0,3	407	0,4	138
Niedersachsen	1 057	1,1	2 370	2,2	1 313
Nordrhein-Westfalen	11 571	12,4	9 451	8,6	- 2 120
Rheinland-Pfalz	49 588	53,3	49 588	45,3	-
Saarland	2 346	2,5	8 116	7,4	5 770
Sachsen	656	0,7	920	0,8	264
Sachsen-Anhalt	262	0,3	550	0,5	288
Schleswig-Holstein	336	0,4	682	0,6	346
Thüringen	395	0,4	811	0,7	416
Außerhalb des Bundesgebietes und ohne Angaben[2]	-	-	8 501	7,8	8 501
Insgesamt	93 063	100	109 478	100	16 415

1) Einschließlich Feststellungsprüfung an einem deutschen Studienkolleg. – 2) Angaben zu deutschen Studierenden im Ausland werden nicht erfasst.

Fast 55% aller Studierenden sind keine „Landeskinder"

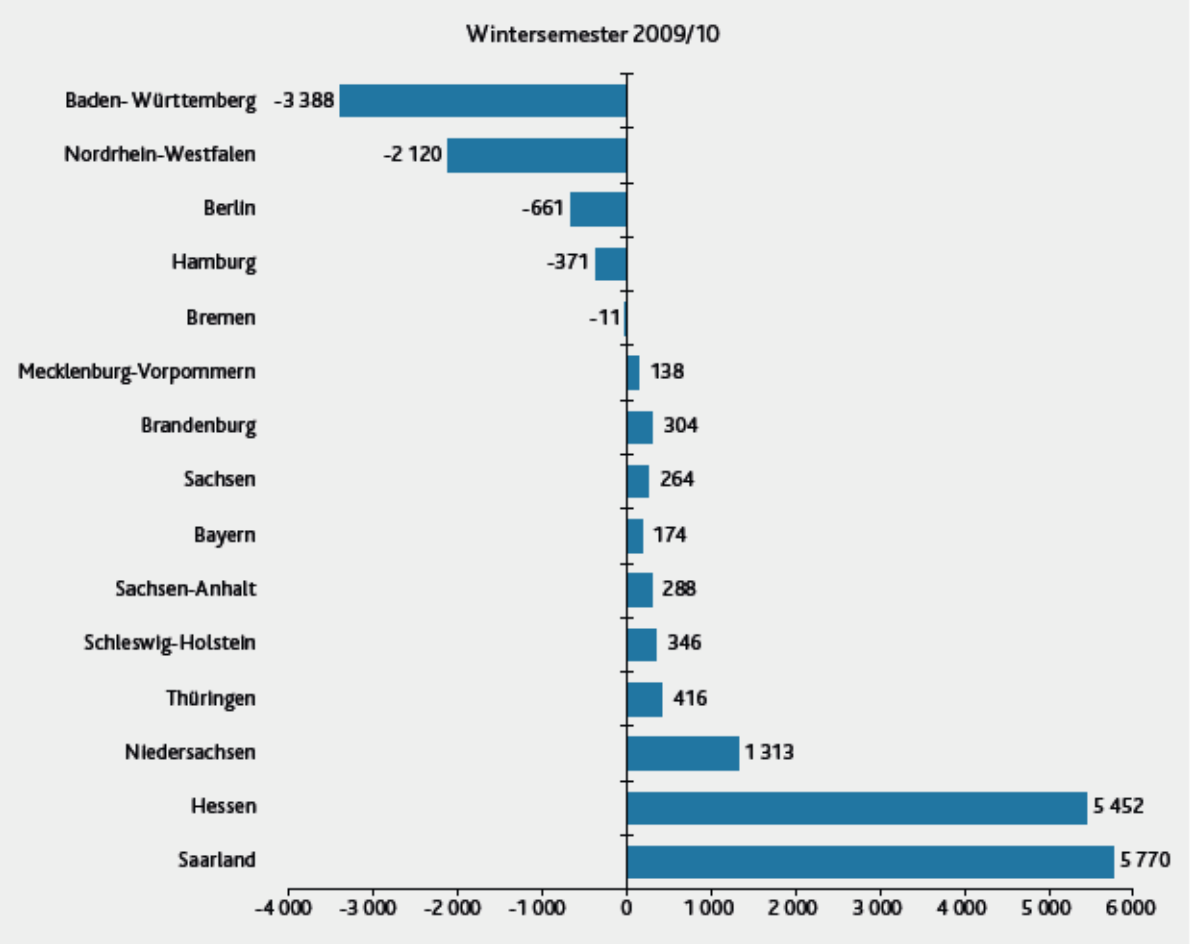
Die Hochschulen in Rheinland-Pfalz sind auch für Abiturientinnen und Abiturienten anderer Bundesländer attraktiv. Im Wintersemester 2009/10 waren etwa 54,7% aller Studierenden keine „Landeskinder". Unter den „Zugewanderten" stellten neben den Studierenden aus dem Ausland (7,8%) die Studierenden, die ihre Hochschulreife in Hessen (13%), Nordrhein-Westfalen (8,6%) und Baden-Württemberg (8,3%) erlangt hatten, die größten Anteile.

Bei den rheinland-pfälzischen Studienberechtigten, die ihr Studium in einem anderen Bundesland aufnahmen, waren die Hochschulen in Baden-Württemberg am beliebtesten. Hier studierten 13,4% der Studienberechtigten aus Rheinland-Pfalz. Ebenfalls viele Studienberechtigte hatten sich für Hochschulen in Nordrhein-Westfalen (12,4%) und Hessen (9,4%) entschieden. Nicht berücksichtigt sind Wanderungen in das Ausland, da diese von der Hochschulstatistik nicht erfasst werden.

Wanderungssaldo: +7 914 Studierende

Aus der Gegenüberstellung der aus dem Bundesgebiet nach Rheinland-Pfalz zugewanderten Studierenden und den rheinland-pfälzischen Studienberechtigten, die zum Studium in andere Bundesländer abgewandert sind, ergibt sich der rheinland-pfälzische Wanderungssaldo. Dieser lag im Jahr 2009 bei +7 914 Studierenden. Das heißt, dass die Zahl derer, die aus anderen Bundesländern zum Studium nach Rheinland-Pfalz kommen, deutlich höher ist, als die Zahl derjenigen, die für das Studium in ein anderes Bundesland wechseln.

G 5 Rheinland-pfälzischer Studierendenwanderungssaldo mit anderen Bundesländern



Im Wintersemester 2009/10 verzeichnete Rheinland-Pfalz nach Nordrhein-Westfalen (+13 861) die höchsten Zuwanderungsgewinne unter allen Flächenländern. Diese Bilanz kann als Zeichen der Attraktivität des Hochschulstandortes Rheinland-Pfalz in Deutschland interpretiert werden. Sie ist aber sicherlich durch die bundesweit unterschiedliche Praxis bei der Erhebung von Studiengebühren beeinflusst. So fordern beispielsweise die rheinland-pfälzischen Nachbarländer Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und das Saarland Studiengebühren, die bis zu 500 Euro pro Semester betragen können. In Rheinland-Pfalz ist das Erststudium dagegen gebührenfrei.

Anteil der Bildungsausländer in Rheinland-Pfalz bei 8,2%

Studierende mit ausländischer Staatsangehörigkeit, die ihre Hochschulreife außerhalb Deutschlands erlangt und gegebenenfalls an einem deutschen Studienkolleg ergänzt haben, werden als „Bildungsausländer" bezeichnet. Ihr Anteil gibt einen Hinweis auf die Attraktivität der rheinland-pfälzischen Hochschulen für Studierende aus dem Ausland. Der Anteil der „Bildungsausländer" lag im Wintersemester 2009/10 bei 8,2% und damit 0,7 Prozentpunkte unter dem Wert des Wintersemesters 2004/05. Im Gegensatz zu früheren Jahren gab es bezüglich der

T 7 Bildungsinländer und -ausländer in den Wintersemestern 2000/01–2009/10

Wintersemester	Bildungsausländer				Bildungsinländer			
	Insgesamt	Anteil an allen Studierenden	Anteil an ...		Insgesamt	Anteil an allen Studierenden	Anteil an ...	
			Universitäten[1]	Fachhochschulen			Universitäten[1]	Fachhochschulen
	Anzahl	%			Anzahl	%		
2000/01	6 138	7,5	8,8	4,5	2 432	3,0	2,8	3,4
2001/02	6 930	8,1	9,5	4,9	2 520	2,9	2,8	3,2
2002/03	7 758	8,5	10,1	5,1	2 589	2,8	2,7	3,2
2003/04	8 454	8,8	10,2	5,8	2 671	2,8	2,6	3,1
2004/05	8 816	8,9	10,1	6,3	2 714	2,7	2,6	3,0
2005/06	8 972	8,8	9,6	7,1	2 712	2,7	2,6	2,9
2006/07	9 154	8,9	9,5	7,5	2 748	2,7	2,5	3,0
2007/08	9 373	8,9	9,1	8,5	2 837	2,7	2,5	3,1
2008/09	9 417	8,8	8,8	8,8	2 865	2,7	2,5	3,1
2009/10	8 939	8,2	8,1	8,3	3 037	2,8	2,6	3,2

1) Einschließlich sonstiger wissenschaftlicher und theologischer Hochschulen.

Anteilswerte kaum einen Unterschied zwischen Fachhochschulen und Universitäten.

Chinesen stellen größte Gruppe unter den Bildungsausländern

Unter den „Bildungsausländerinnen und -ausländern" stellten im Jahr 2009 die Studierenden mit chinesischer Staatsangehörigkeit die größte Gruppe (859), gefolgt von Studentinnen und Studenten aus Luxemburg (804) und Kamerun (631).

Bildungsinländer

Studierende mit ausländischer Staatsangehörigkeit, die ihre Hochschulzugangsberechtigung in Deutschland erlangt haben, werden als „Bildungsinländer" bezeichnet.

T 8 Bildungsausländer im Wintersemester 2009/10 nach Herkunftsland

Land der Staatsangehörigkeit	Anzahl
China	859
Luxemburg	804
Kamerun	631
Marokko	588
Polen	465
Russische Föderation	443
Ukraine	429
Bulgarien	424
Türkei	220
Frankreich	207
Übrige	3 869
Insgesamt	8 939

Bei ihnen handelt es sich häufig um Angehörige der zweiten und dritten Generation von Zuwandererfamilien, die in den 50er-, 60er- und 70er-Jahren als „Gastarbeiter" nach Deutschland kamen. Unter den „Bildungsinländern" waren im Wintersemester 2009/10 daher vor allem Personen mit türkischer (724), italienischer (275), kroatischer (172) und griechischer (150) Staatsangehörigkeit stark vertreten.

Der Anteil der „Bildungsinländer" an den Hochschulen in Rheinland-Pfalz lag im Wintersemester 2009/10 bei 2,8% und damit leicht über dem Wert des Wintersemesters 2004/05 (2,7%).

Mehr Beschäftigte an Hochschulen des Landes

Die Hochschulen des Landes Rheinland-Pfalz sowie die Universitätsmedizin der Johannes Gutenberg-Universität in Mainz beschäftigten im Jahr 2009 insgesamt 21 824 Personen und damit 2 230 mehr als 2004. Von den Beschäftigten waren 11 175 dem wissenschaftlich/künstlerischen und 10 649 dem Verwaltungspersonal zugeordnet.

T 9 Wissenschaftliches und künstlerisches Hochschulpersonal 2004 und 2009

Beschäftigte	2004				2009				Veränderung VZÄ[1] 2009 gegenüber 2004 in %
	Insgesamt	Teilzeit		VZÄ[1]	Insgesamt	Teilzeit		VZÄ[1]	
		Anzahl	%			Anzahl	%		
Hauptberufliches Personal	6 554	1 973	30,1	5 567,5	7 696	2 827	36,7	6 282,5	12,8
Professoren	1 699	67	3,9	1 665,5	1 789	118	6,6	1 730,0	3,9
Dozenten und Assistenten	257	24	9,3	245,0	42	14	33,3	35,0	-85,7
wissenschaftliche und künstlerische Mitarbeiter	4 182	1 752	41,9	3 306,0	5 016	2 249	44,8	3 891,5	17,7
Lehrkräfte für besondere Aufgaben	416	130	31,3	351,0	849	446	52,5	626,0	78,3
Nebenberufliches Personal	2 844	2 844	100	568,8	3 479	3 479	100	695,8	22,3
Gastprofessoren, Emeriti	11	11	100	2,2	49	49	100	9,8	345,5
Lehrbeauftragte	2 490	2 490	100	498,0	2 803	2 803	100	560,6	12,6
wissenschaftliche Hilfskräfte (ohne studentische Hilfskräfte)	343	343	100	68,6	627	627	100	125,4	82,8
Insgesamt	9 398	4 817	51,3	6 136,3	11 175	6 306	56,4	6 978,3	13,7

1) VZÄ (Vollzeitäquivalente): Bei der Berechnung wird das vollzeitbeschäftigte hauptberufliche Personal mit dem Faktor 1, das teilzeitbeschäftigte mit 0,5 und das nebenberufliche Personal mit 0,2 gewichtet.

18,9% mehr wissenschaftlich/künstlerisches Personal

Seit 2004 verzeichnen die Hochschulen einen deutlichen Zuwachs des wissenschaftlich/künstlerischen Personals (+18,9%). Dieser fiel allerdings in den einzelnen Personalgruppen sehr unterschiedlich aus. So wuchs die Zahl der Professorinnen und Professoren (+5,3%), die der wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiter (+19,9%) sowie die der Lehrkräfte für besondere Aufgaben (+104,1%). Deutlich zurückgegangen ist dagegen die Zahl der Assistenten und Dozenten (–83,7%). Der generelle Anstieg der Beschäftigtenzahlen ist nicht zuletzt auf die seit Jahren wachsende Teilzeitquote zurückzuführen. Diese ist in den vergangenen fünf Jahren um 5,1 Prozentpunkte auf nunmehr 56,4% gestiegen.

56,4% des wissenschaftlich/künstlerischen Personals sind teilzeitbeschäftigt

Berechnung von Vollzeitäquivalenten ermöglichen Vergleiche

Um die Personalkapazitäten der Hochschulen trotz dieser „Teilzeiteffekte" vergleichen zu können, lassen sich sogenannte Vollzeitäquivalente berechnen. Hierfür wird das Personal in fiktive Vollzeitkräfte umgerechnet.

Für das wissenschaftlich/künstlerische Personal ergibt sich nach dieser Berechnung eine Personalkapazität von 6 978,3 Vollzeitäquivalenten im Jahr 2009. Gegenüber 2004 war ein Anstieg von 13,7% zu verzeichnen. Zudem zeigt sich, dass die Personalkapazitäten der Professorinnen und Professoren, der wissenschaftlich/künstlerischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie der Lehrkräfte für besondere Aufgaben aufgestockt wurden.

Der gegenüber dem Jahr 2004 deutliche Rückgang der in Vollzeitäquivalente umgerechneten Zahl an Dozenten und Assistenten (–85,7%) und der nahezu gleichstarke Anstieg der Personalkapazitäten der wissenschaftlichen Hilfskräfte (+82,8%) ist Folge des 2003 in Kraft getretenen rheinland-pfälzischen Hochschulgesetzes. Entsprechend dieser Regelung ist die Neubegründung von Dozenten- und Assistentendienstverhältnissen nicht mehr zulässig.

T 10 Betreuungsrelationen 2009 nach Fächergruppen und Hochschularten

Fächergruppe	Hochschulen insgesamt[1]		Wissenschaftliche Hochschulen		Fachhochschulen[1]	
	Studierende[2] je					
	Lehrperson[3]	Professor	Lehrperson[3]	Professor	Lehrperson[3]	Professor
Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften	15,9	21,3	-	-	15,9	21,3
Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften	3,7	56,8	3,2	52,1	81,0	124,2
Ingenieurwissenschaften	25,5	46,2	20,4	66,8	28,2	41,5
Kunst,Kunstwissenschaft	15,9	35,8	15,0	41,2	17,8	29,2
Mathematik, Naturwissenschaften	19,9	55,4	18,6	59,7	26,7	43,2
Rechts-,Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	28,9	68,5	29,7	98,5	27,9	49,7
Sport	39,5	166,2	39,5	166,2	-	-
Sprach- und Kulturwissenschaften	28,0	95,9	28,1	96,4	19,1	43,3
Insgesamt (einschließlich zentrale Einrichtungen)	18,6	62,7	16,4	77,3	26,6	43,8

1) Ohne Verwaltungsfachhochschulen. – 2) Studierende im Wintersemester 2009/10. – 3) Wissenschaftliches Hochschulpersonal in Vollzeitäquivalenten (ohne drittmittelfinanziertes Personal) nach der organisatorischen Zugehörigkeit.

Eine Lehrkraft betreut 18,6 Studierende

Um das Verhältnis des Lehrpersonals zur Studierendenentwicklung abzubilden, lassen sich verschiedene Betreuungsrelationen (siehe Textkasten) errechnen. Rein rechnerisch betreute im Jahr 2009 eine Lehrkraft 18,6 Studierende.[5] Auf einen Professor kamen im Schnitt 62,7 Studierende. Im Vergleich zum Jahr 2004 hat sich damit das Verhältnis von Studierenden pro Lehrkraft leicht verbessert (–0,1), die Relation von Studierenden je Professorin bzw. Professor jedoch etwas verschlechtert (+4,3). Deutliche Unterschiede finden sich zwischen den Hochschularten. So entfielen im Jahr 2009 an den wissenschaftlichen Hochschulen wesentlich mehr Studierende (77,3) auf eine Professorin bzw. einen Professor als an den Fachhochschulen (43,8). Hier spiegelt sich unter anderem die unterschiedliche Ausrichtung der Universitäten und der Fachhochschulen wider. Letztere beschäftigen aufgrund des geringeren Forschungsanteils üblicherweise weniger sonstiges wissenschaftlich/künstlerisches Personal. Fachhochschulprofessorinnen und -professoren unterrichten zudem etwa doppelt so viele Stunden wie ihre Kolleginnen und Kollegen an wissenschaftlichen Hochschulen.

Besseres Betreuungsverhältnis an Fachhochschulen

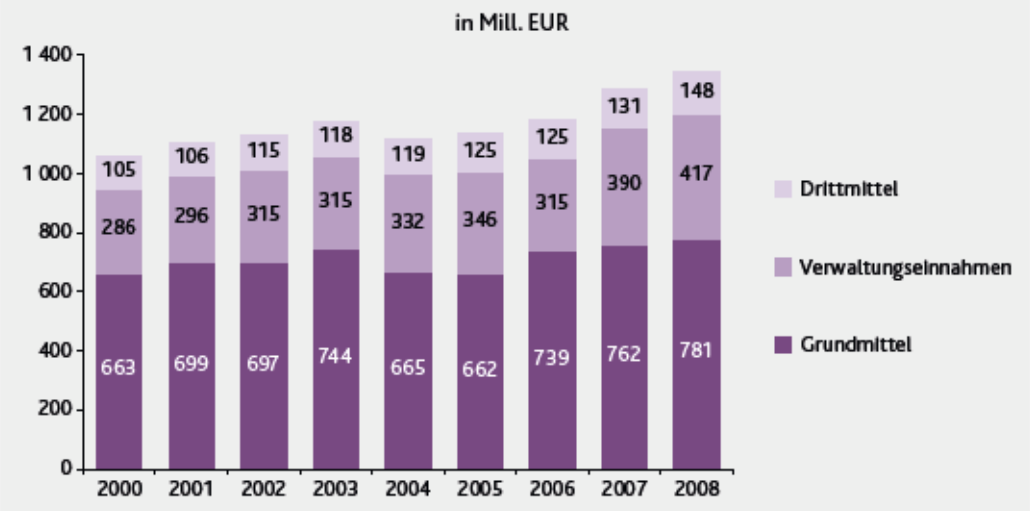
Auch zwischen den Fächergruppen gibt es große Unterschiede der Betreuungsrelationen. So gehört beispielsweise der Bereich Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften mit 3,7 Studierenden pro Lehrkraft zu den betreuungsintensivsten. In der Fächergruppe Sport werden dagegen durchschnittlich fast 39,5 Studierende von einer Lehrperson betreut.

Hochschulen gaben rund 1,3 Mrd. Euro aus

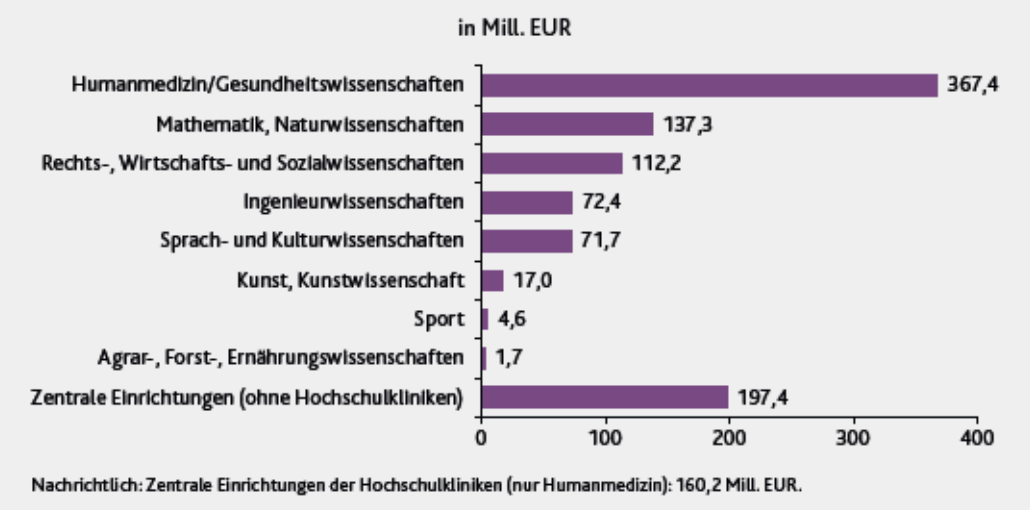
Im Jahr 2008 gaben die rheinland-pfälzischen Hochschulen rund 1,3 Mrd. Euro für Lehre, Forschung und Krankenbehandlung aus, das waren knapp 14,4% mehr als fünf Jahre zuvor. Die Ausgaben der Hochschulen werden im Wesentlichen aus drei Quellen bestritten und zwar aus Grundmitteln, aus Verwaltungseinnahmen und aus Drittmitteln.

5) Ohne Drittmittelfinanzierung und ohne Verwaltungsfachhochschulen.

G 6 Einnahmen der Hochschulen 2000–2008 nach Einnahmearten



G 7 Laufende Ausgaben der staatlichen Hochschulen 2008 nach Fächergruppen



Grundmittel stellen 58%

Hierbei stellen die Grundmittel, also jene Mittel, die den Hochschulen vom Hochschulträger zur Verfügung gestellt werden, mit 58% den größten Anteil (781 Mill. Euro).

Verwaltungseinnahmen tragen 31% bei

Die Verwaltungseinnahmen beliefen sich im Jahr 2008 auf 417 Mill. Euro (Anteil 31%). Ein großer Teil dieser Einnahmen wurde, wie auch in den Vorjahren, an den medizinischen Einrichtungen der Universitätsmedizin der Johannes Gutenberg-Universität in Mainz erzielt.

Drittmittel belaufen sich auf 11%

Zudem konnten die Hochschulen 148 Mill. Euro an Drittmitteleinnahmen einwerben (Anteil 11%). Die wichtigsten Drittmittelgeber waren die Deutsche Forschungsgemeinschaft (49,5 Mill. Euro), die gewerbliche Wirtschaft (36,8 Mill. Euro) und der Bund (23,2 Mill. Euro).

T 11 Hochschulen 2009[1)]

Hochschule	Studienanfänger 1. Hochschulsemester		Studierende		Absolventen		Wissenschaftliches und künstlerisches Personal	
	Anzahl	Vorjahresvergleich in %	Anzahl	Vorjahresvergleich in %	Anzahl	Vorjahresvergleich in %	Anzahl	Vorjahresvergleich in %
Johannes Gutenberg-Universität Mainz	5 198	5,3	34 224	-0,1	4 154	10,4	2 737	-15,0
Universitätsmedizin der Johannes Gutenberg-Universität Mainz	-	-	-	-	-	-	1 712	32,5
Technische Universität Kaiserslautern	2 202	-4,5	11 978	7,0	1 456	4,1	1 332	12,8
Universität Trier	2 576	-18,0	14 226	-0,1	1 336	-11,3	1 284	1,7
Universität Koblenz-Landau	2 534	49,1	12 486	4,4	1 894	14,4	1 035	-0,1
Theologische Fakultät Trier	52	-29,7	419	-3,5	18	12,5	34	-
Phil.-Theol. Hochschule Vallendar	9	-40,0	217	5,9	40	5,3	30	-14,3
Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften, Speyer	7	-12,5	329	-9,9	51	27,5	160	-11,1
Wissenschaftliche Hochschule für Unternehmensführung, Vallendar	187	33,6	613	36,8	187	-12,6	228	16,3
Fachhochschule Bingen	552	0,4	2 440	3,3	323	17,9	134	25,2
Fachhochschule Kaiserslautern	1 091	0,1	5 402	1,0	807	10,9	405	16,7
Fachhochschule Koblenz	1 557	-0,6	6 685	5,5	1 134	3,0	475	0,4
Fachhochschule Ludwigshafen	930	5,9	4 016	6,6	832	19,9	301	-0,3
Fachhochschule Mainz	897	12,1	4 209	-0,9	952	25,3	320	-0,9
Fachhochschule Trier	1 551	12,3	6 334	1,9	1 215	29,3	471	12,1
Fachhochschule Worms	586	-2,3	2 740	-0,5	500	14,4	189	3,8
Katholische Fachhochschule, Mainz	225	11,9	961	6,2	170	9,7	109	-1,8
Fachhochschule der Deutschen Bundesbank, Hachenburg	89	43,5	236	12,4	70	34,6	68	-
Fachhochschule für öffentliche Verwaltung Rheinland-Pfalz	449	12,3	1 496	5,9	428	0,9	121	6,1
Fachhochschule für Finanzen, Edenkoben	150	-4,5	467	5,4	115	-0,9	30	-
Sonstige deutsche Hochschule[2)]	-	-	-	-	92	100	-	-
Hochschule im Ausland[2)]	-	-	-	-	23	228,6	-	-
Insgesamt	20 842	4,2	109 478	2,2	15 797	9,2	11 175	2,4

1) Studienanfänger: Kalenderjahr 2009; Studierende: Wintersemester 2009/10; Absolventen: Prüfungsjahr 2009; Personal: Wintersemester 2009/10. – 2) In der Prüfungsstatistik wird die Hochschule der Letztimmatrikulation erhoben.

Anteil der Grundmittel rückläufig

Die Struktur der Hochschulfinanzierung hat sich in den vergangenen fünf Jahren leicht verändert. So sind ein Wachstum des Anteils der Verwaltungseinnahmen und eine leichte Zunahme des Drittmittelanteils zu beobachten, während der Anteil der Grundmittel rückläufig ist.

Zurzeit erweitern die Exzellenzinitiative und der Hochschulpakt 2020 den finanziellen Rahmen der Hochschulen. Daneben sorgt die Einführung von Globalhaushalten für eine größere Flexibilität des Mitteleinsatzes. Die Vergabe von Forschungsmitteln im Wettbewerb ermöglicht zudem die Einwerbung zusätzlicher Gelder. In der Folge ist in den nächsten Jahren mit einem weiteren Rückgang des Anteils der Grundfinanzierung und einer Zunahme der Drittmittelquote sowie des Anteils der Verwaltungseinnahmen zu rechnen.

Großteil des Geldes fließt in medizinische Einrichtungen

Nach Fächergruppen differenziert floss an den staatlichen Hochschulen das meiste Geld (laufende Ausgaben) in die medizinischen Einrichtungen. Insgesamt 367,4 Mill. Euro gingen im Jahr 2008 in diesen Bereich. Mit weitem Abstand folgten die Fächergruppen Mathematik und Naturwissenschaften (137,3 Mill. Euro) sowie Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (112,2 Mill. Euro).

Der Mitteleinsatz je Studierendem im Jahr 2008 ist im Vergleich zum Jahr 2003 trotz der deutlichen Zunahme der Studierendenzahlen nahezu unverändert. Die laufenden Grundmittel für Lehre und Forschung je Studierenden an staatlichen und privaten Hochschulen betrugen 2008 rund 6 050 Euro und lagen damit leicht über dem Wert des Jahres 2003 (5 910 Euro). Im Vergleich mit dem Bundesdurchschnitt von 7 310 Euro waren die rheinland-pfälzischen Hochschulausgaben je Studierenden noch immer relativ gering. Lediglich in Brandenburg wurde im Jahr 2008 weniger Geld je Studierenden ausgegeben (5 170 Euro).

Der geringe Mittelaufwand je Studierendem resultiert auch aus der rheinland-pfälzischen Fächerstruktur. Diese ist geprägt durch einen vergleichsweise hohen Anteil sozial-, rechts- und wirtschaftswissenschaftlicher Fächer. Diese Ausbildungsgänge weisen traditionell einen geringeren Mitteleinsatz je Studierendem auf, als beispielsweise die betreuungsintensiveren MINT-Fächer, die in Rheinland-Pfalz eher einen geringen Anteil haben.

Bettina Link, Diplom Soziologin, Mag. rer. publ., leitet das Referat Bildung.

Wirtschaft in Rheinland-Pfalz

Von Dr. Ludwig Böckmann und Thomas Kirschey

ifo Geschäftsklima erreicht im November Rekordwert

Ifo Geschäftsklimaindex steigt zum sechsten Mal in Folge

Die deutsche Wirtschaft ist weiterhin in bester Stimmung. Daran hat auch die schwelende Schuldenkrise in der Euro-Zone nichts geändert. Der ifo Geschäftsklimaindex ist weiter gestiegen, und zwar von 107,7 auf 109,3 Punkte. Das ist der höchste Stand seit der Wiedervereinigung. Starke Impulse kommen nach wie vor aus dem Ausland, zunehmend aber auch aus dem Inland.

Geschäftslage und Geschäftserwartungen günstiger beurteilt

Bei den Unternehmen hat sich sowohl die Beurteilung der gegenwärtigen Geschäftslage als auch die Einschätzung der Aussichten für die kommenden sechs Monate verbessert. Der Lageindex stieg von 110,2 auf 112,3 Punkte. Der Erwartungsindex erhöhte sich von 105,2 auf 106,3 Punkte.

Geschäftsklima verbessert sich in allen vier Bereichen der gewerblichen Wirtschaft

Gute Stimmung herrscht in allen vier Bereichen der gewerblichen Wirtschaft. In der Industrie und im Großhandel verbesserten sich sowohl die Lagebeurteilungen als auch die Geschäftsaussichten. Im Bauhauptgewerbe gab es eine günstigere Lageeinschätzung, dafür haben sich jedoch die Erwartungen für die kommenden Monate etwas eingetrübt. Im Einzelhandel ist die Lagebeurteilung leicht gesunken, während die Geschäftserwartungen optimistischer ausgefallen sind.

Deutlicher Anstieg der Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe

Für Rheinland-Pfalz zeigt sich die weitere Erholung der konjunkturellen Lage auch anhand harter Indikatoren. Im Berichtsmonat September 2010 lagen die Auftragseingänge um 24% über dem Vorjahresniveau, das infolge der Wirtschaftskrise allerdings sehr schwach war. Gegenüber dem Vormonat gab es ein Plus von 14%. Der Wert des gleitenden Drei-Monats-Durchschnitts für August 2010 (in den die Originalwerte der Berichtsmonate Juli bis September 2010 einfließen) übertraf mit +23% zum zehnten Mal in Folge den Vorjahreswert und erreichte das Niveau vom September 2008. Im Juli 2010 hatte es ebenfalls einen Auftragszuwachs um 23% gegeben, nach einer Verbesserung um 24% im Juni.

Auftragseingänge des verarbeitenden Gewerbes: +23%

Stand: November 2010

ifo Geschäftsklima Deutschland
ifo Konjunkturtest Gewerbliche Wirtschaft[1)]

1) Verarbeitendes Gewerbe, Bauhauptgewerbe, Groß- und Einzelhandel (saisonbereinigt).
Quelle: Ifo Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München

Auslandsnachfrage zieht stärker an

Im Berichtsmonat September 2010 verbesserten sich im Vormonatsvergleich die Auftragseingänge sowohl aus dem Inland (+7,2%) als auch aus dem Ausland (+20%). Gegenüber September 2009 wiesen die Inlandsaufträge ein Plus von 15% auf, die Auslandsaufträge zogen in diesem Zeitraum sogar um 32% an. Im gleitenden Drei-Monats-Durchschnitt stieg die heimische Nachfrage im August 2010 um 17% (Juli: +18%), das Ordervolumen aus dem Ausland erhöhte sich wie schon im Juli um 28%.

Auftragseingänge in der chemischen Industrie: +16%

Im Wirtschaftszweig „Herstellung von chemischen Erzeugnissen" (Anteil am Umsatz des verarbeitenden Gewerbes 2009: 29%) hat sich im Berichtsmonat September 2010 die Auftragslage im Vormonatsvergleich deutlich verbessert (+21%). Gegenüber September 2009 wurde sogar ein Zuwachs von 29% registriert. Im gleitenden Drei-Monats-Durchschnitt gab es im August ein Auftragsplus von 16%, nach einer Verbesserung um 14% im Juli. Während die Bestellungen aus dem Inland (+6,9%) nicht mehr so stark stiegen wie in den Vormonaten, zog die ausländische Nachfrage mit einem Plus von 22% wieder stärker an.

Fahrzeugbau: Kräftig steigende Auftragseingänge

Im Wirtschaftszweig „Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen" (Anteil am Umsatz des verarbeitenden Gewerbes 2009: 11%) stiegen die Auftragseingänge im August 2010 im gleitenden Drei-Monats-Durchschnitt mit +61% ähnlich stark wie in den Vormonaten. Bei der Beurteilung dieser Verbesserung ist zu berücksichtigen, dass der Vergleich zur besonders schwachen Nachfrage des Jahres 2009 die aktuelle Lage positiver erscheinen lässt, als sie tatsächlich ist. Im Berichtsmonat September 2010 lag das Auftragsvolumen um 8,8% über dem Vormonatswert und sogar um 34% höher als im September 2009. Die inländische Nachfrage nach Fahrzeugen und Komponenten verbesserte sich im Drei-Monats-Durchschnitt um 36%. Nach den besonders kräftigen Einbrüchen im Vorjahr zogen vor allem die Auslandsaufträge mit einer Zunahme um 87% sprunghaft an.

Deutliches Plus bei Auftragseingängen im Maschinenbau

Im Maschinenbau (Anteil am Umsatz des verarbeitenden Gewerbes 2009: 9%) kam es im Berichtsmonat September 2010 zu einer Verbesserung um 5% gegenüber dem Vormonat. Im Vergleich zum auftragsschwachen September 2009 stieg die Nachfrage sogar um 27%. Im gleitenden Drei-Monats-Durchschnitt übertrafen im August 2010 die Bestellungen mit +35% zum zehnten Mal in Folge den Vorjahreswert, nach einem Plus von 38% im Juli. Nachdem im Februar die heimische Nachfrage erstmals nach 16 Monaten wieder gestiegen war, fiel die Verbesserung auch im August (+32%) wieder deutlich aus. Bei der Auslandsnachfrage gab es einen weiteren kräftigen Anstieg um 37%.

Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe gestiegen

Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe: +5,9%

Im Bauhauptgewerbe sind die Auftragseingänge im August 2010 gegenüber August 2009 „geglättet" um 5,9% gestiegen, nachdem es im Juni und Juli zu einer Verbesserung um 3,6 bzw. 1,7% gekommen war. Im Tiefbau kam es im Drei-Monats-Durchschnitt zu einem leichten Anstieg um 0,9%, nach einem Minus von 3,7% im Juli. Dagegen war im Hochbau auch im August ein deutliches Plus von 14% festzustellen. Zuvor hatte es hier bereits seit April 2010 ebenfalls zweistellige Zuwachsraten gegeben. Zu berücksichtigen ist dabei, dass gerade im Bauhauptgewerbe selbst die gleitenden Durchschnittswerte häufig noch durch Großaufträge in einzel-

nen Berichtsmonaten geprägt werden. Der Anteil des Tiefbaus am gesamten baugewerblichen Umsatz lag 2009 bei 52%, der des Hochbaus bei 48%.

Zahl der Baugenehmigungen steigt leicht

Die Zahl der Baugenehmigungen im Wohnungsbau, einem Frühindikator für die Baukonjunktur, ist im August 2010 im Drei-Monats-Durchschnitt um 2,5% gestiegen. Bereits seit Mai war eine Zunahme der Genehmigungszahlen registriert worden. Im Juli hatte der Anstieg sogar 32% betragen.

Umsatzsteigerungen im Handel – Umsatzeinbußen im Gastgewerbe und im Kfz-Handel

Rotation der Berichtsbetriebe und Anpassung an neue Wirtschaftszweigklassifikation

Die Ergebnisse der Statistiken im Handel und Gastgewerbe basieren seit dem Berichtsmonat Juni 2010 auf einem neuen Berichtskreis, da ein Teil der Unternehmen in der Erhebung ausgetauscht wurde. Der Berichtskreis ist damit repräsentativer geworden und verbessert die Konjunkturbeobachtung am aktuellen Rand. Weiterhin wurde die Zusammensetzung des Berichtskreises auf die Strukturen der neuen Wirtschaftszweigklassifikation 2008 umgestellt.

Umsatz im Einzelhandel zieht weiter an

Die Einzelhandelsumsätze (ohne Kraftfahrzeughandel) wiesen im August 2010 im gleitenden Drei-Monats-Durchschnitt einen realen Anstieg um 1,9% gegenüber dem Vorjahr auf. Im Juli war sogar ein Umsatzplus von 2,8% festgestellt worden.

Weiterhin Umsatzrückgang im Kfz-Handel

Im Kraftfahrzeughandel gehen die Umsätze seit November 2009 zurück. Die starken Einbrüche zum Jahresbeginn 2010 waren dabei in erster Linie auf die Wirkung der „Abwrackprämie" für Altautos zurückzuführen. Im Drei-Monats-Durchschnitt kam es im August zu einem realen Minus von 2,2%, nach einem Rückgang von 2,4% im Juli.

Erläuterungen

Der **ifo Geschäftsklimaindex** für die gewerbliche Wirtschaft gilt als wichtiger qualitativer Frühindikator für die Konjunktur in Deutschland. Für seine Ermittlung befragt das Münchener ifo Institut monatlich etwa 7 000 Unternehmen.

Die **Auftragseingänge** sind quantitative Frühindikatoren der Konjunkturentwicklung; sie laufen der Konjunktur um mehrere Monate voraus. Die Beobachtung der Frühindikatoren ermöglicht einen gewissen Ausblick auf die künftige konjunkturelle Entwicklung.

Da die Auftragseingänge des verarbeitenden Gewerbes, etwa aufgrund von Großaufträgen, von Monat zu Monat stark schwanken können, wird zur Konjunkturbeurteilung üblicherweise der gleitende Drei-Monats-Durchschnitt herangezogen.

Die **Handelsumsätze** – vor allem die Einzelhandelsumsätze – gelten als Einzelindikatoren, die fast zeitgleich mit der Konjunktur laufen. Auch hier wird üblicherweise zur Konjunkturbeobachtung mit gleitenden Drei-Monats-Durchschnitten gearbeitet, um starke monatliche Schwankungen zu glätten.

Preisindizes – insbesondere der Index der Verbraucherpreise – gelten als Spannungsindikatoren, welche die „Erhitzung" oder „Entspannung" der Konjunktur anzeigen.

Die **Zahl der Arbeitslosen** ist in Deutschland ein nachlaufender Indikator, der weniger über die künftige konjunkturelle Entwicklung aussagt, dafür aber einen wichtigen Gesamtindikator für die Wirtschaftspolitik darstellt.

Umsatzsteigerung im Großhandel

Die Umsätze im Großhandel stiegen im August 2010 gegenüber August 2009 real um 1,5%. Im Juli war es noch zu einer Verbesserung des gleitenden Drei-Monats-Durchschnitts um 3,4% gekommen.

Sinkende Umsätze im Gastgewerbe

Im Gastgewerbe lagen die Umsätze der Hotels, Pensionen, Gaststätten usw. im August 2010 preisbereinigt um 1,8% unter dem Vorjahreswert (Veränderung der geglätteten Monatsumsätze). Davor war im Juli ein leichter Umsatzrückgang von 0,4% festgestellt worden.

Jahresteuerungsrate im November bei 1,4%

Höhere Preise für Heizöl und Kraftstoffe tragen zum Preisanstieg bei

Der rheinland-pfälzische Verbraucherpreisindex ist im November 2010 im Vergleich zum Vormonat unverändert geblieben. Gegenüber dem November des Vorjahres hat sich der Index um 1,4% erhöht. Damit setzte sich der moderate Preisanstieg der letzten Monate fort. Von März bis Oktober war eine Erhöhung des Preisindex zwischen 1 und 1,3% registriert worden. Zu dem Anstieg im November 2010 trugen insbesondere die im Vorjahresvergleich kräftigen Preiserhöhungen für Heizöl und Kraftstoffe (+21 bzw. +7,5%) bei.

Preisentwicklung in den Waren- und Dienstleistungsgruppen uneinheitlich

Den höchsten Preisanstieg im Vorjahresvergleich gab es im November 2010 in der Indexhauptgruppe „Verkehr" (+2,9%). Außerdem kam es unter anderem in den Bereichen „Bildungswesen" (+2,7%), „Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke" sowie „Bekleidung und Schuhe" (jeweils +2,4%) zu überdurchschnittlichen Preissteigerungen. In den Hauptgruppen „Freizeit, Unterhaltung und Kultur" (–0,2%) sowie „Nachrichtenübermittlung" (–2,1%) wurden niedrigere Preise als im Vorjahr festgestellt.

Arbeitslosigkeit im November leicht rückläufig

Zahl der Arbeitslosen nimmt weiter ab

Entgegen dem üblichen saisonalen Trend ist die Arbeitslosigkeit im November leicht gesunken. Insgesamt waren im Berichtsmonat 108 300 Frauen und Männer arbeitslos gemeldet; das waren 100 weniger als im Vormonat. Gegenüber November 2009 nahm die Zahl der registrierten Arbeitslosen um 8 400 bzw. 7,2% ab.

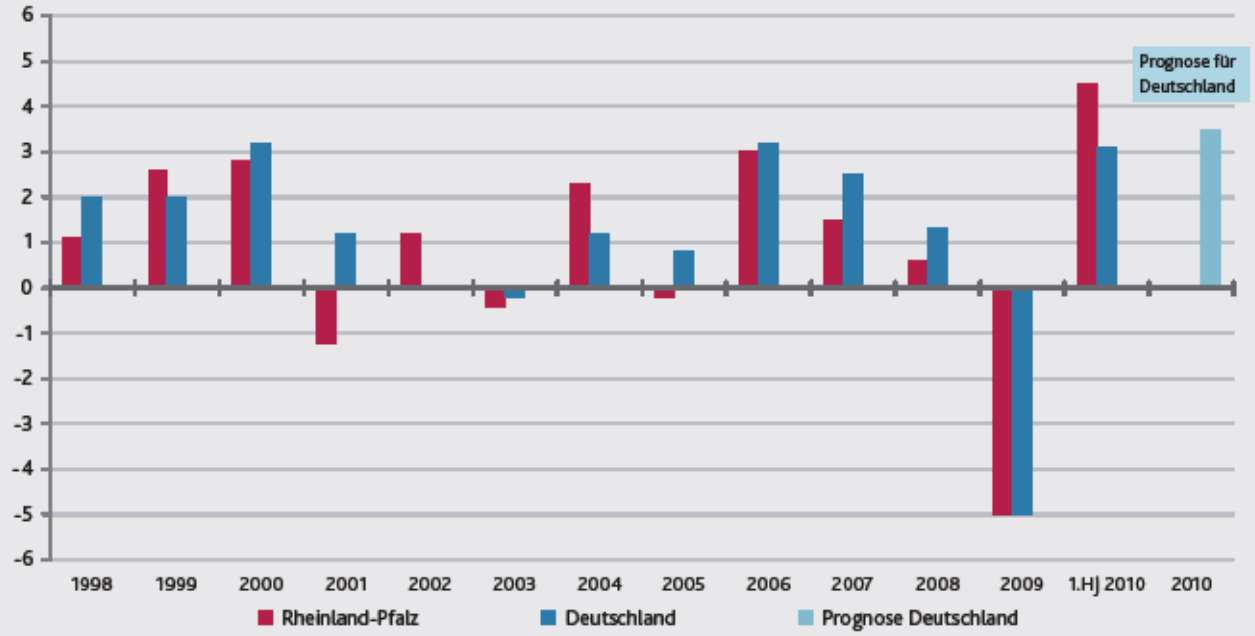
Arbeitslosenquote 5,2%

Die Arbeitslosenquote, d. h. der Anteil der Arbeitslosen an allen zivilen Erwerbspersonen, belief sich im November auf 5,2%. Sie blieb damit im Vergleich zum Oktober unverändert; gegenüber November 2009 ergab sich ein Rückgang um 0,4 Prozentpunkte.

Ursache für die weiterhin günstige Arbeitsmarktentwicklung ist nach Einschätzung der Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland der Bundesagentur für Arbeit die gute wirtschaftliche Lage und die daraus resultierende hohe Einstellungsbereitschaft der Unternehmen.

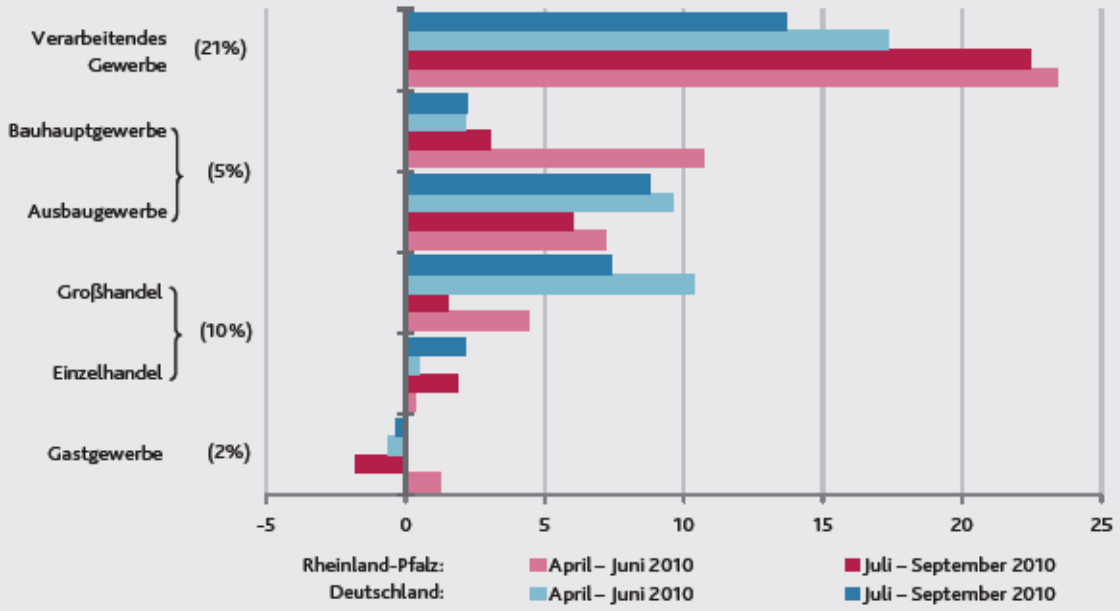
Dr. Ludwig Böckmann leitet das Referat Analysen, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Veröffentlichungen, Forschungsdatenzentrum; Thomas Kirschey, Diplom-Volkswirt, ist dort als Referent tätig.

Bruttoinlandsprodukt in Rheinland-Pfalz[1] und in Deutschland
– Preisbereinigt –
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Nächster Fortschreibungstermin im März 2011.
Quelle Prognosewert: Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose – Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2010

Umsatz nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen [1]
in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
3-Monats-Durchschnitte[2][3] – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

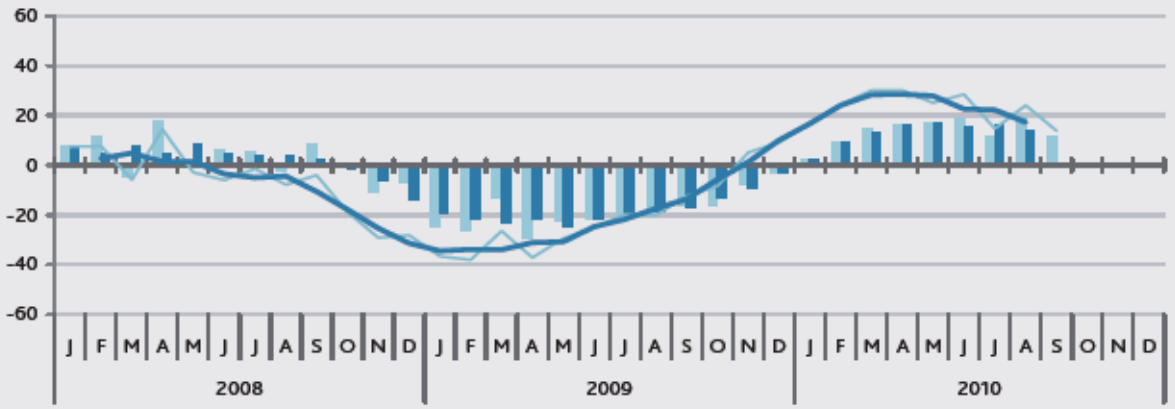


1) Anteil der Wirtschaftsbereiche an der Bruttowertschöpfung in Rheinland-Pfalz 2009. – 2) Ausbaugewerbe: Quartale. –
3) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

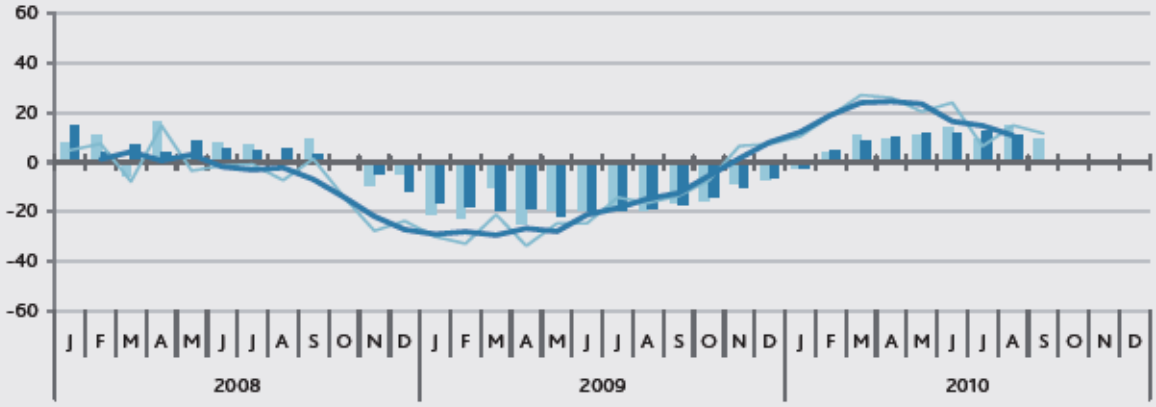
Auftragseingang (Volumenindex) und Umsatz (nominal) im verarbeitenden Gewerbe in Deutschland

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte[1)] und Monatswerte – Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %

Insgesamt



Inland



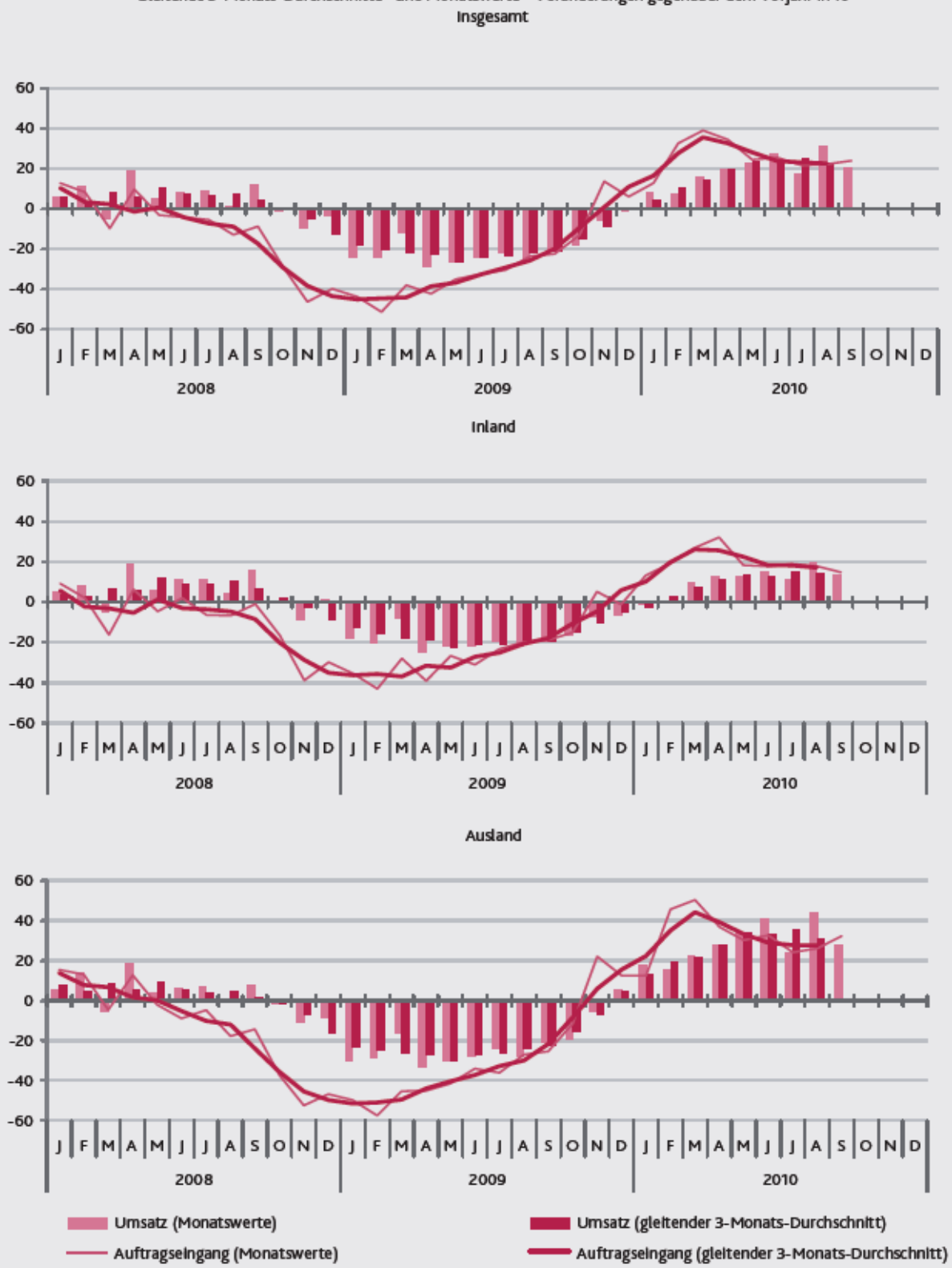
Ausland

Umsatz (Monatswerte)
Umsatz (gleitender 3-Monats-Durchschnitt)
Auftragseingang (Monatswerte)
Auftragseingang (gleitender 3-Monats-Durchschnitt)

1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

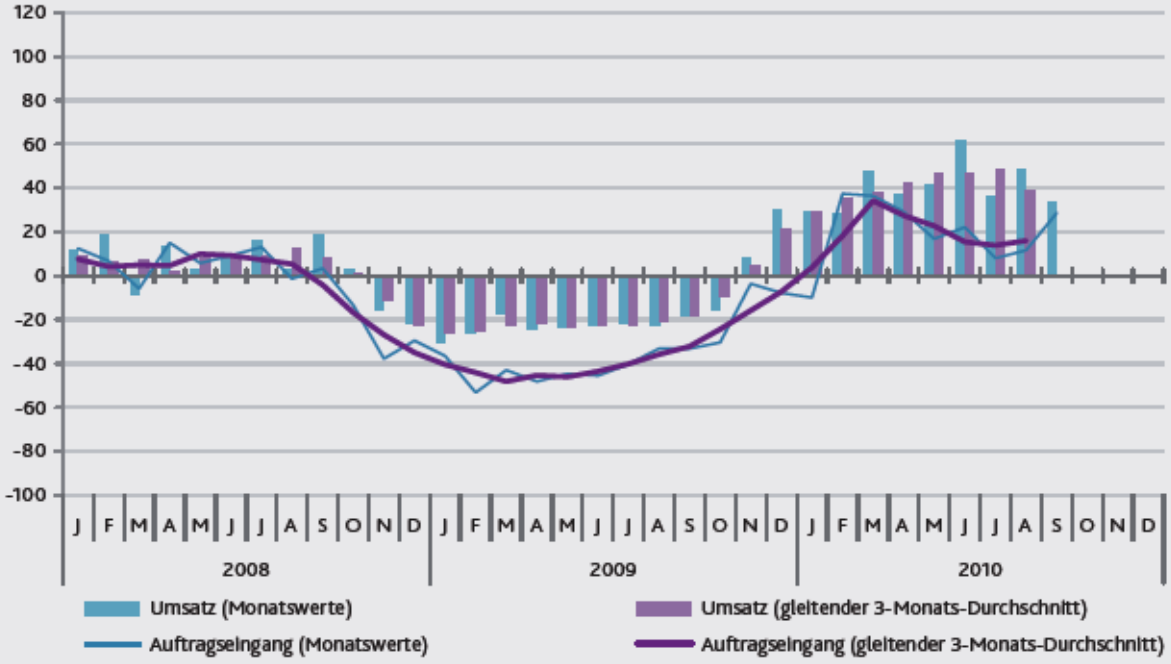
Auftragseingang (Volumenindex) und Umsatz (nominal) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte[1] und Monatswerte – Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %



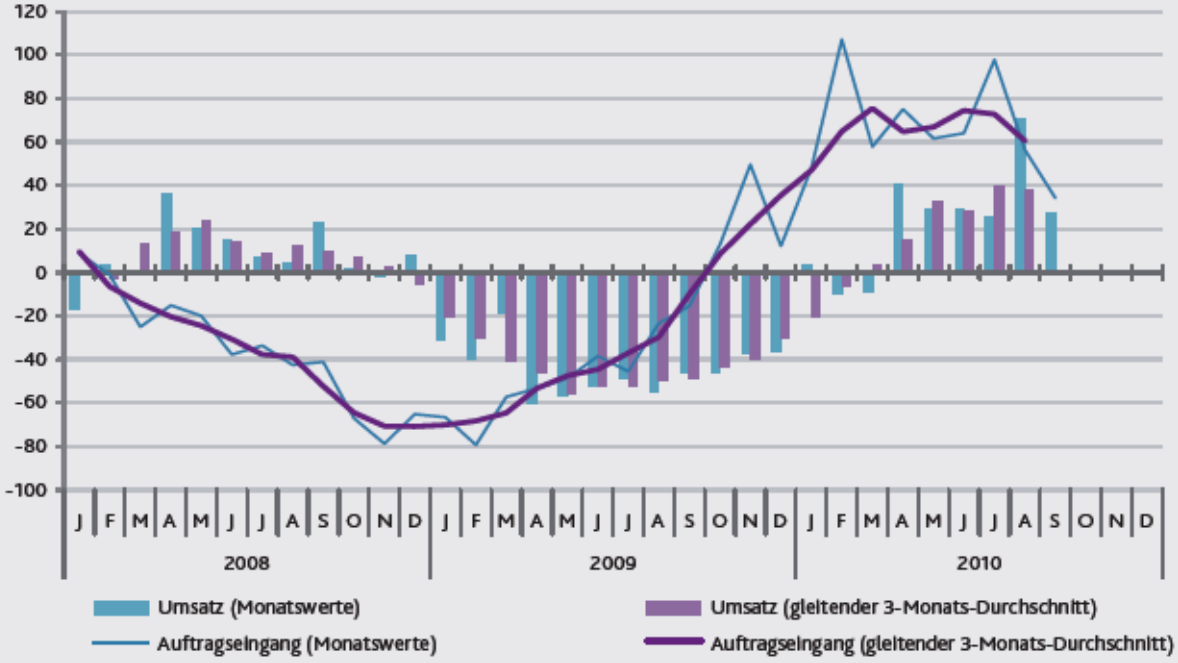
1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Auftragseingang (Volumenindex) und Umsatz (nominal)
Herstellung von chemischen Erzeugnissen
Anteil am Gesamtumsatz 2009: 29%
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte[1] – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



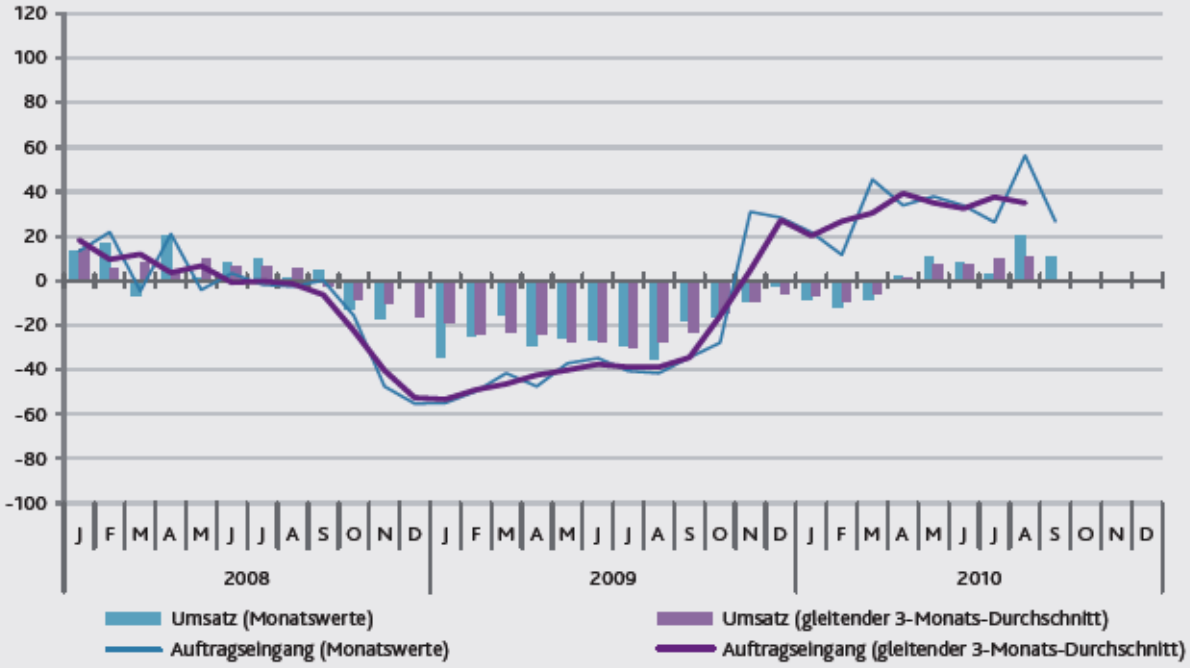
1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Auftragseingang (Volumenindex) und Umsatz (nominal)
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen
Anteil am Gesamtumsatz 2009: 11%
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte[1] – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



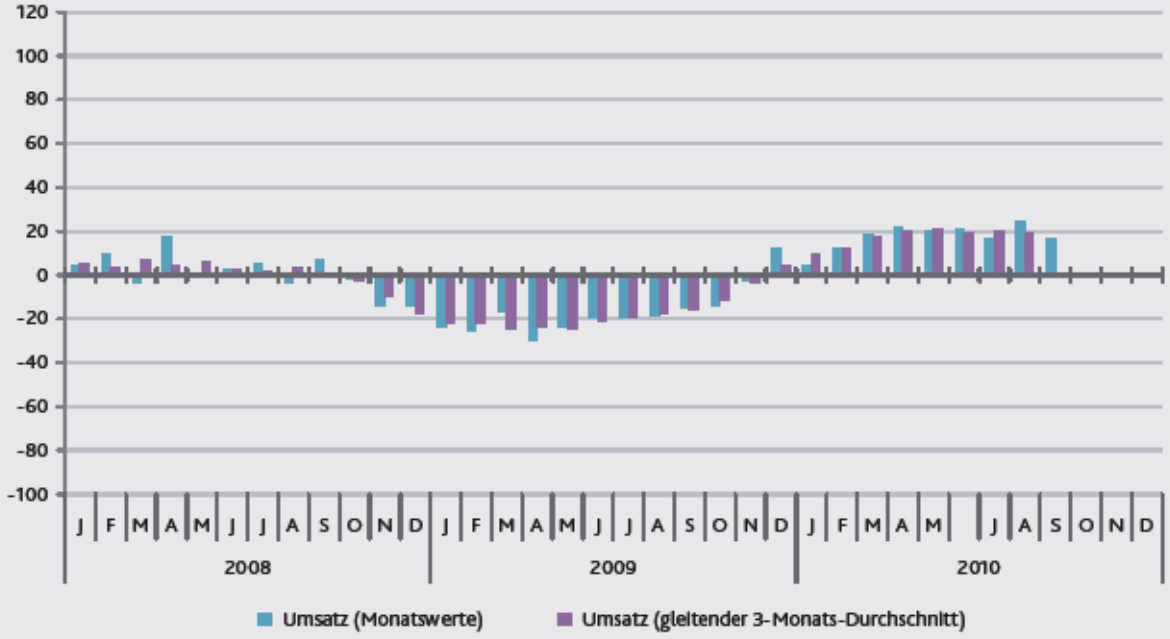
1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Auftragseingang (Volumenindex) und Umsatz (nominal)
Maschinenbau
Anteil am Gesamtumsatz 2009: 9%
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte[1] – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



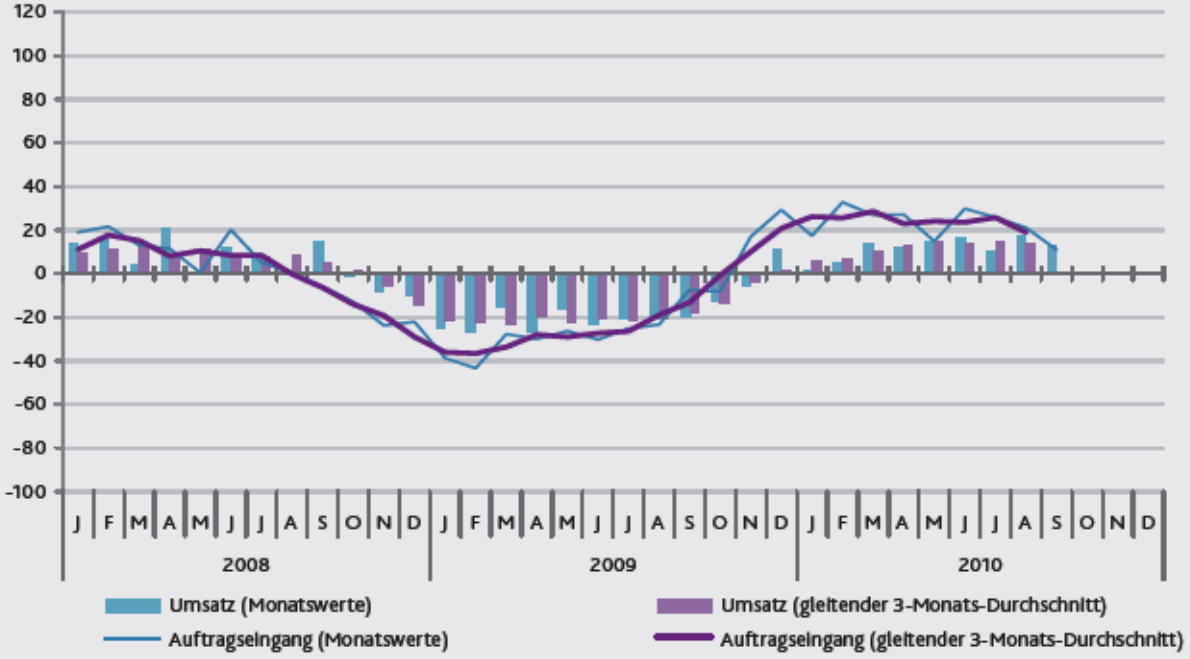
1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Umsatz (nominal)
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren[1]
Anteil am Gesamtumsatz 2009: 6%
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte[2] – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



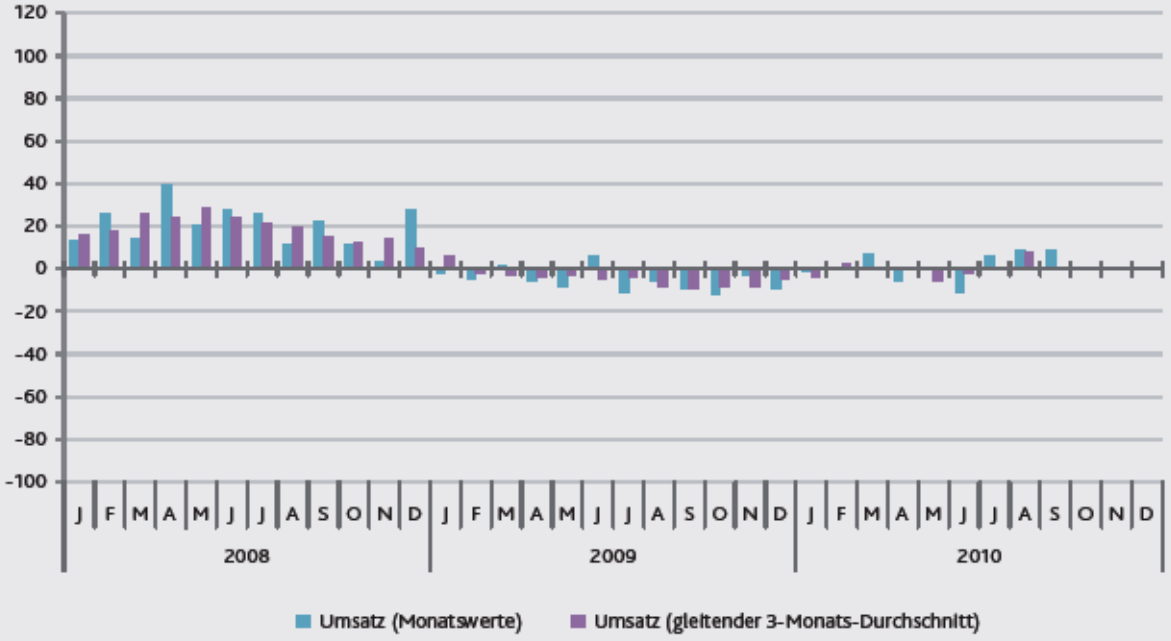
1) Der Auftragseingang wird nicht veröffentlicht. – 2) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Auftragseingang (Volumenindex) und Umsatz (nominal)
Herstellung von Metallerzeugnissen
Anteil am Gesamtumsatz 2009: 6%
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte[1] – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



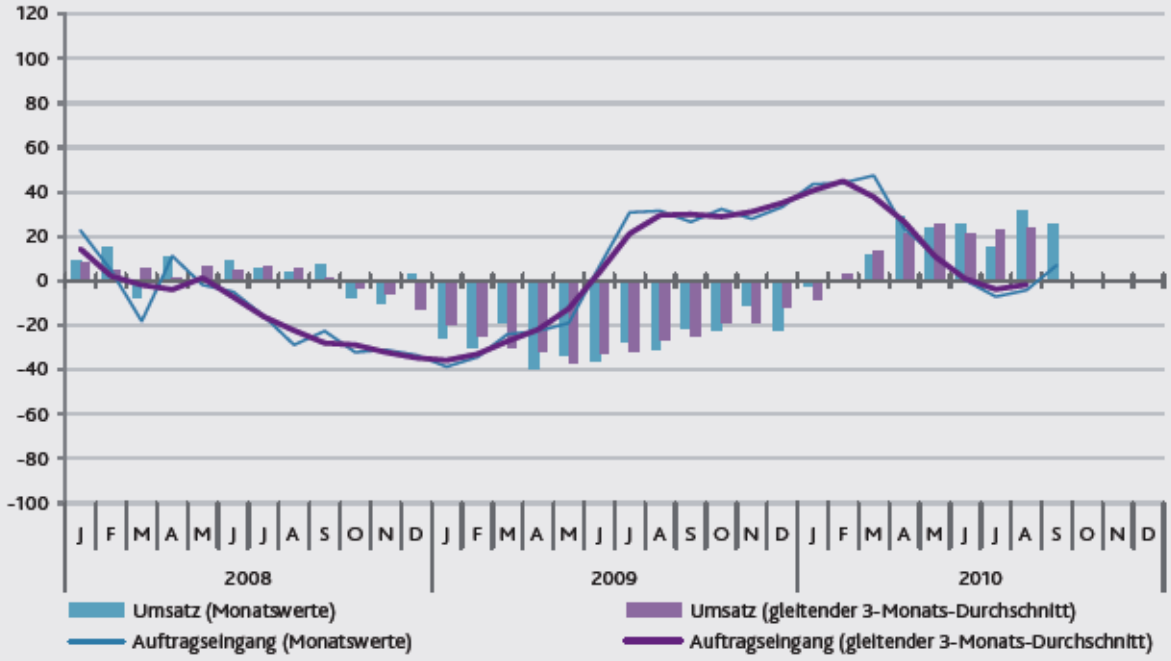
1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Umsatz (nominal)
Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln[1]
Anteil am Gesamtumsatz 2009: 6%
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte[2] – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



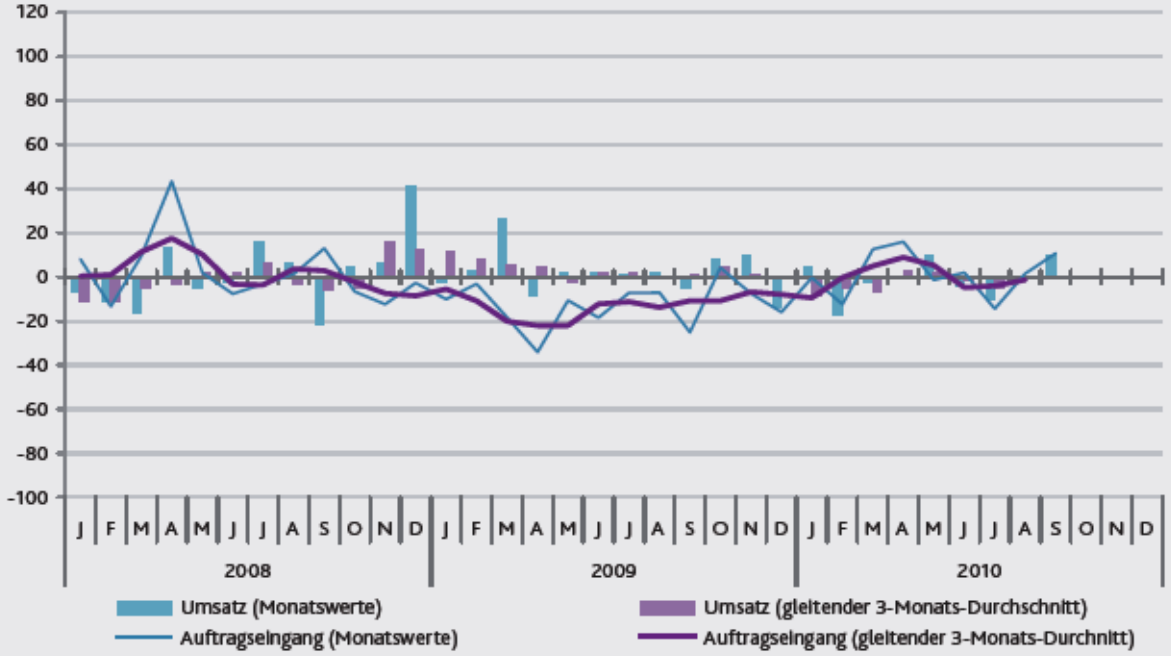
1) Der Auftragseingang wird nicht veröffentlicht. – 2) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Auftragseingang (Volumenindex) und Umsatz (nominal)
Metallerzeugung und -bearbeitung
Anteil am Gesamtumsatz 2009: 4%
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte[1] – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



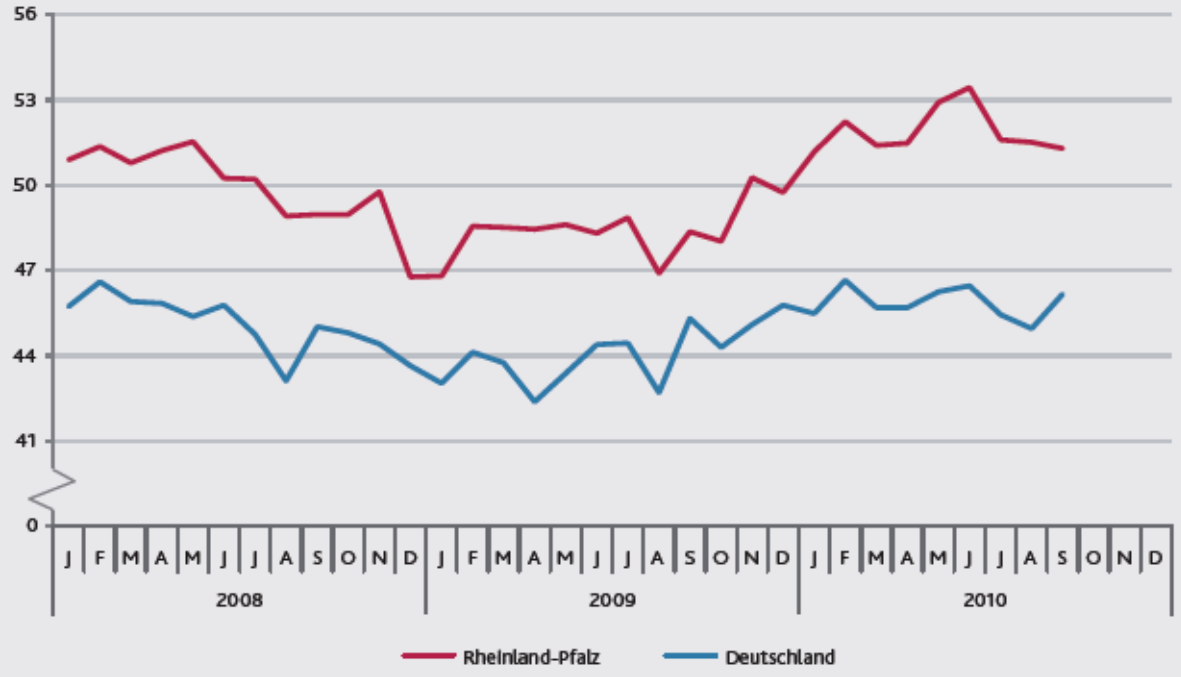
1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Auftragseingang (Volumenindex) und Umsatz (nominal)
Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen
Anteil am Gesamtumsatz 2009: 5%
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte[1] – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Exportquote im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz in %

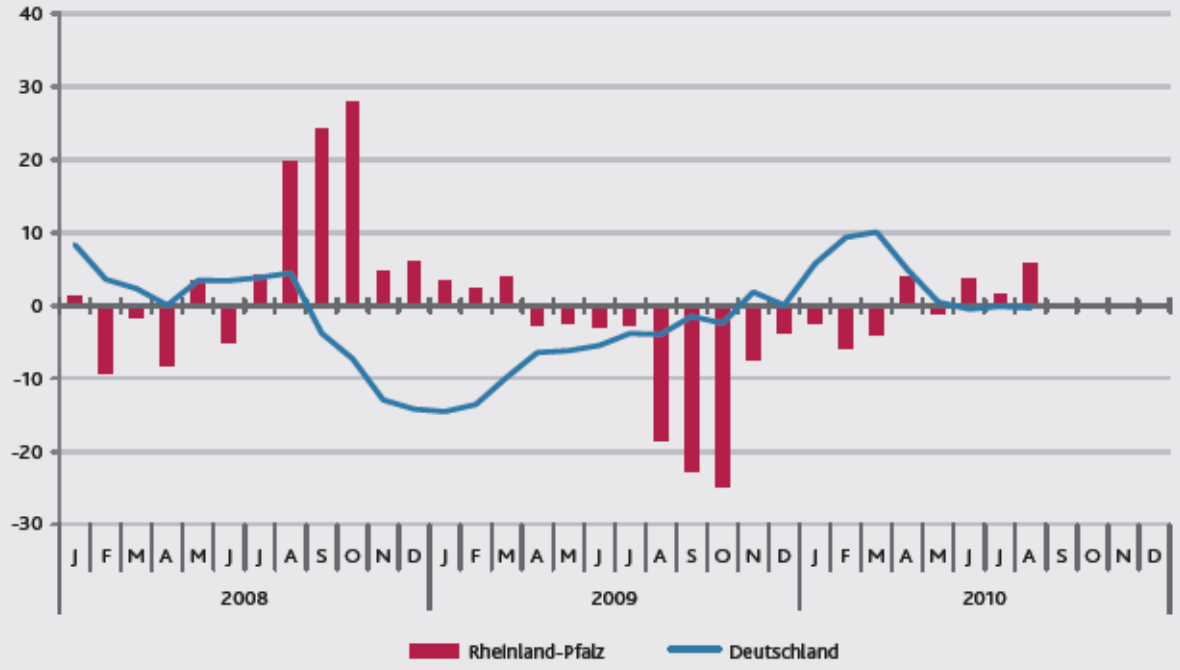


Beschäftigte, Umsatz (nominal) und Produktivität[1] im verarbeitenden Gewerbe
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte[2] – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

1) Umsatz je Beschäftigten. – 2) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Auftragseingang im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

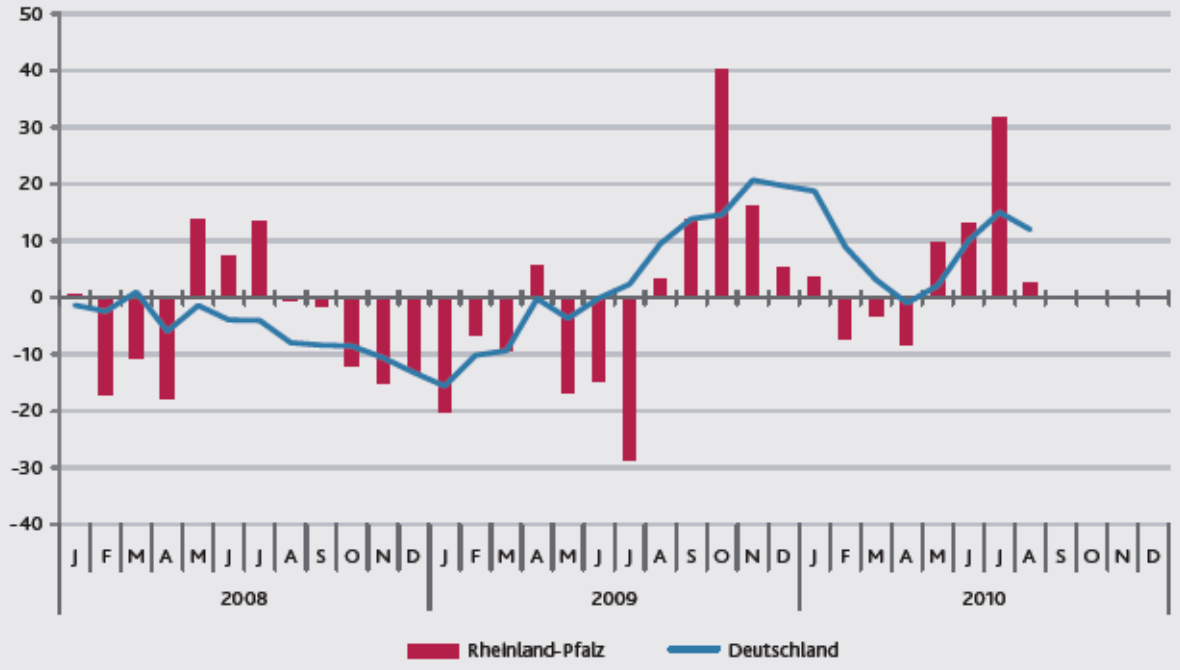
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte[1] – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Baugenehmigungen[1] in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

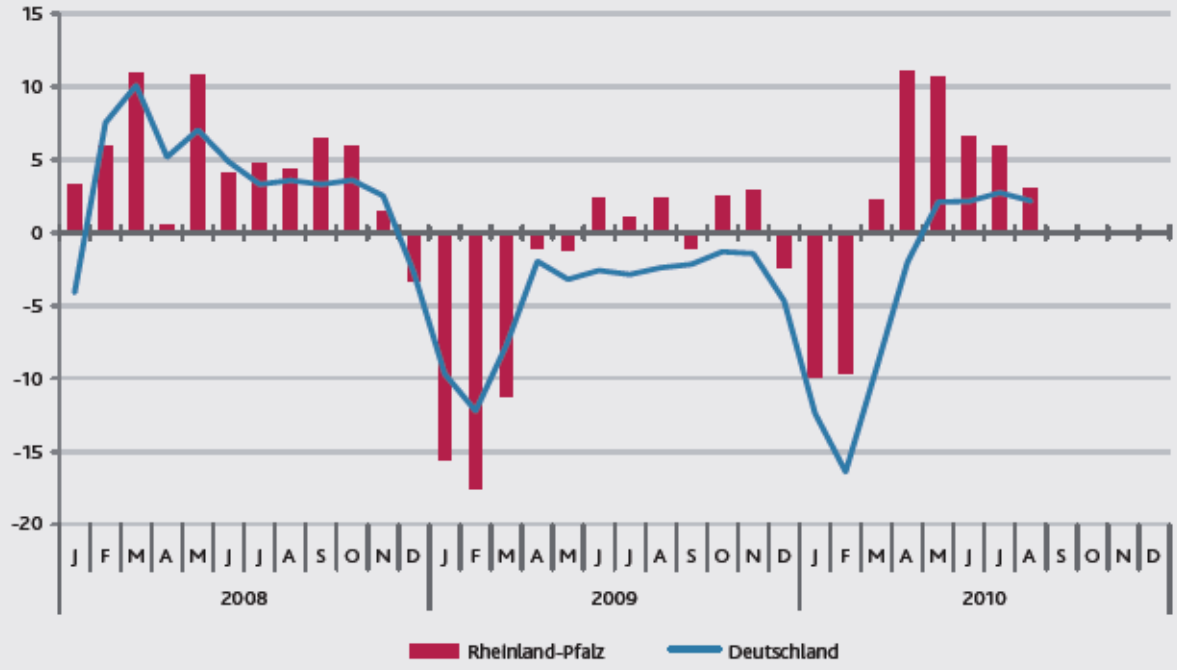
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte[2] – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Baugenehmigungen für neue Wohngebäude, Anzahl der Wohnungen. – 2) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Baugewerblicher Umsatz (nominal) im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte[1] – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

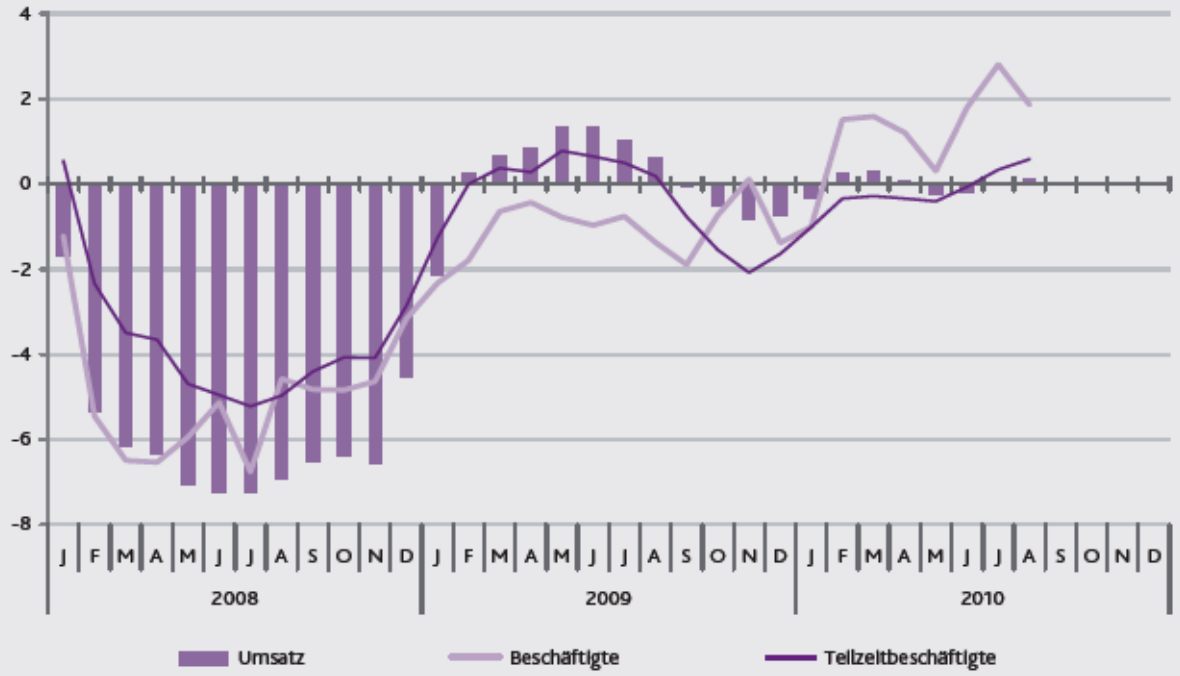
Beschäftigte, Umsatz (nominal) und Produktivität[1] im Bauhauptgewerbe

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte[2] – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

1) Baugewerblicher Umsatz je Beschäftigten. – 2) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Umsatz und Beschäftigte im Einzelhandel

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte[1] – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Umsatz und Beschäftigte im Gastgewerbe

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte[1] – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

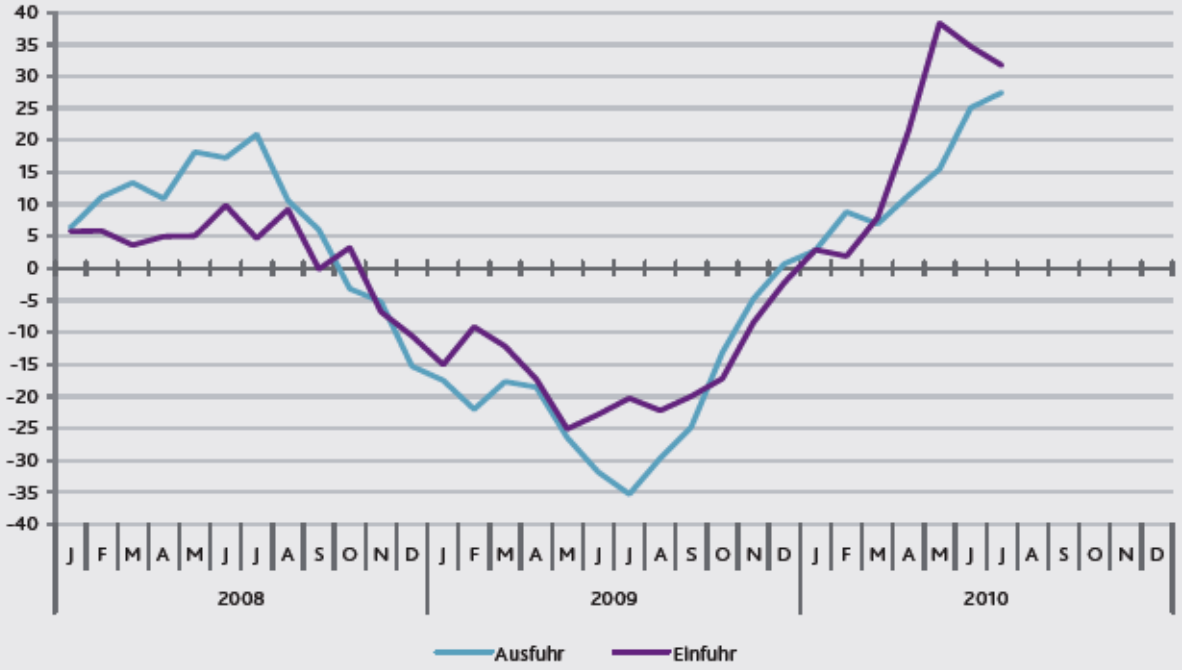
Gästeübernachtungen

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte[1] – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

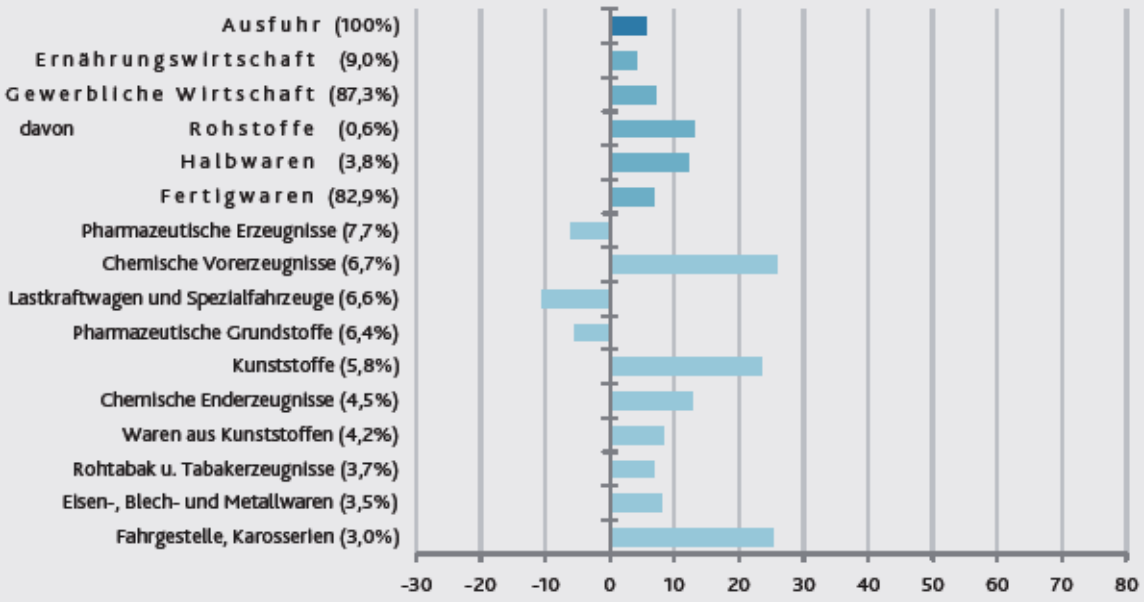
Außenhandel[1] in Rheinland-Pfalz

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte[2] - Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



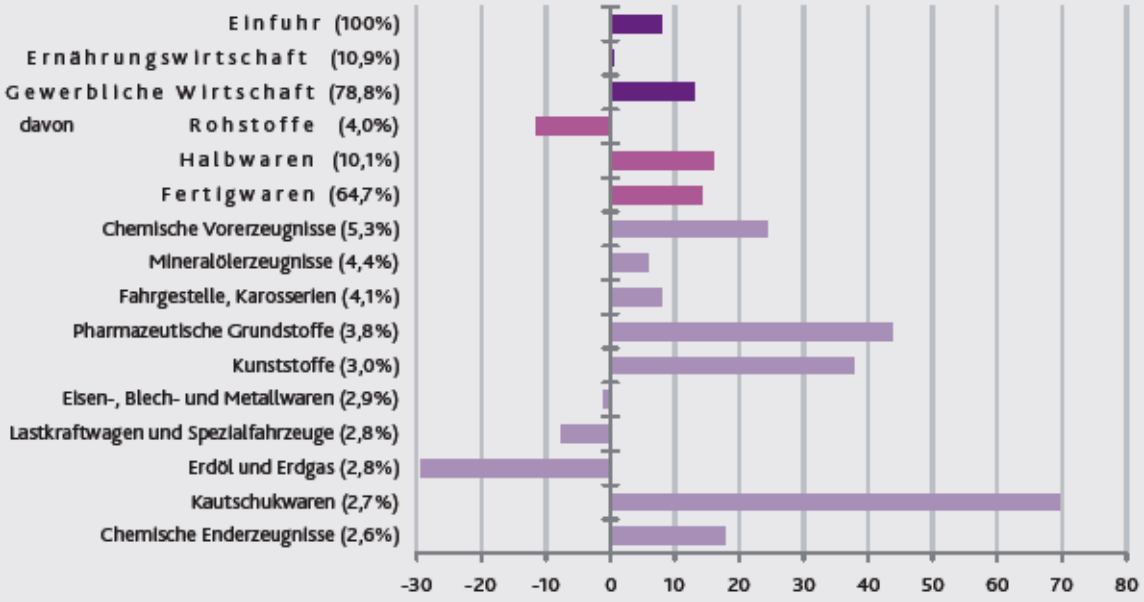
1) Grenzüberschreitender Warenverkehr der Bundesrepublik Deutschland. - 2) Der Durchschnitt wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Ausfuhr aus Rheinland-Pfalz September 2009 bis August 2010 nach Warengruppen[1)]
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



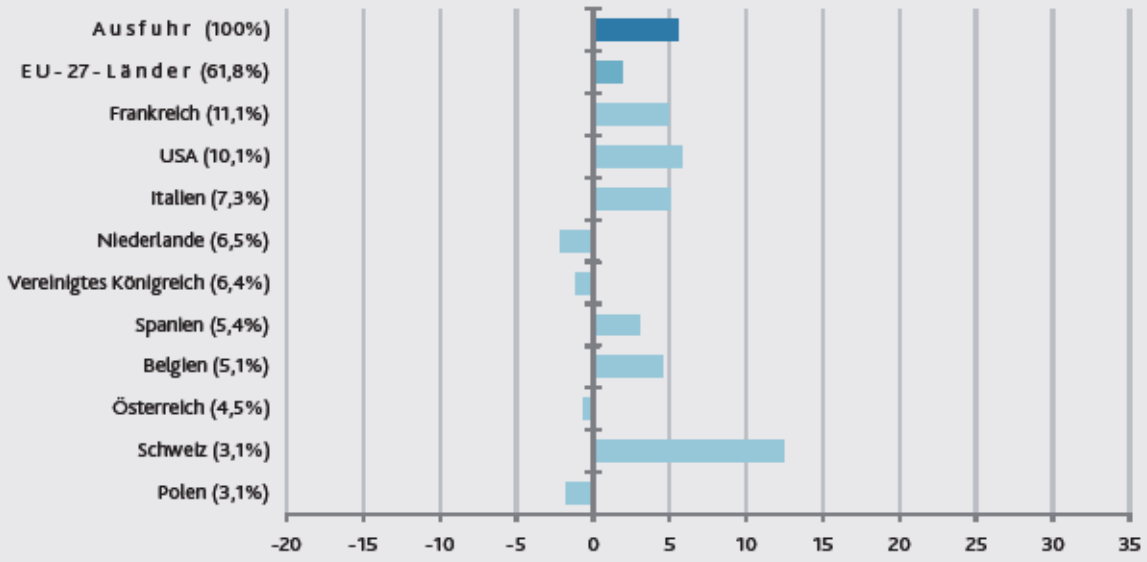
1) Die Rangfolge der zehn wichtigsten Warenuntergruppen ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2009.

Einfuhr nach Rheinland-Pfalz September 2009 bis August 2010 nach Warengruppen[1)]
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



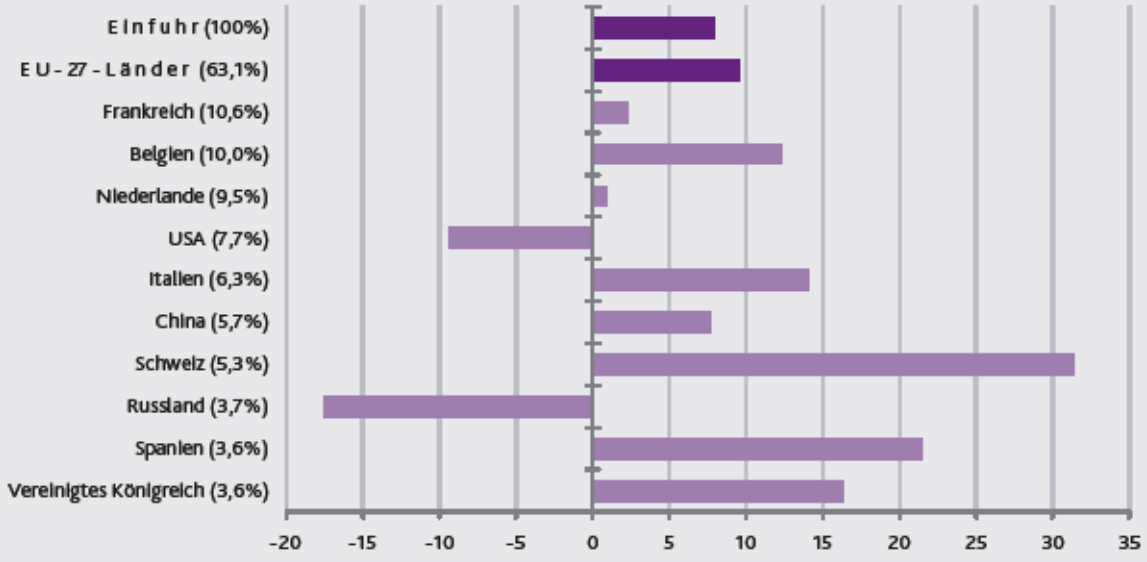
1) Die Rangfolge der zehn wichtigsten Warenuntergruppen ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2009.

Ausfuhr aus Rheinland-Pfalz September 2009 bis August 2010 nach Bestimmungsländern[1)]
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

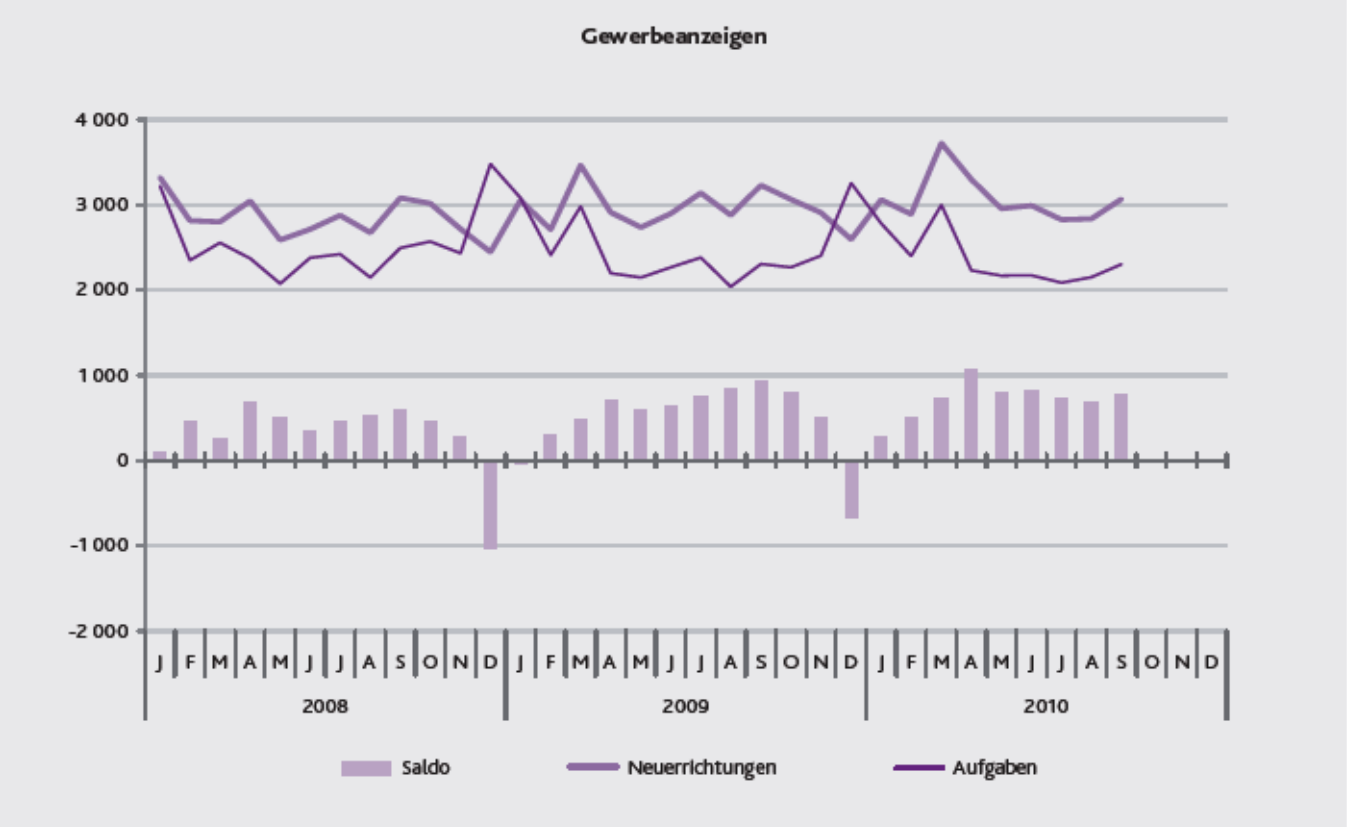


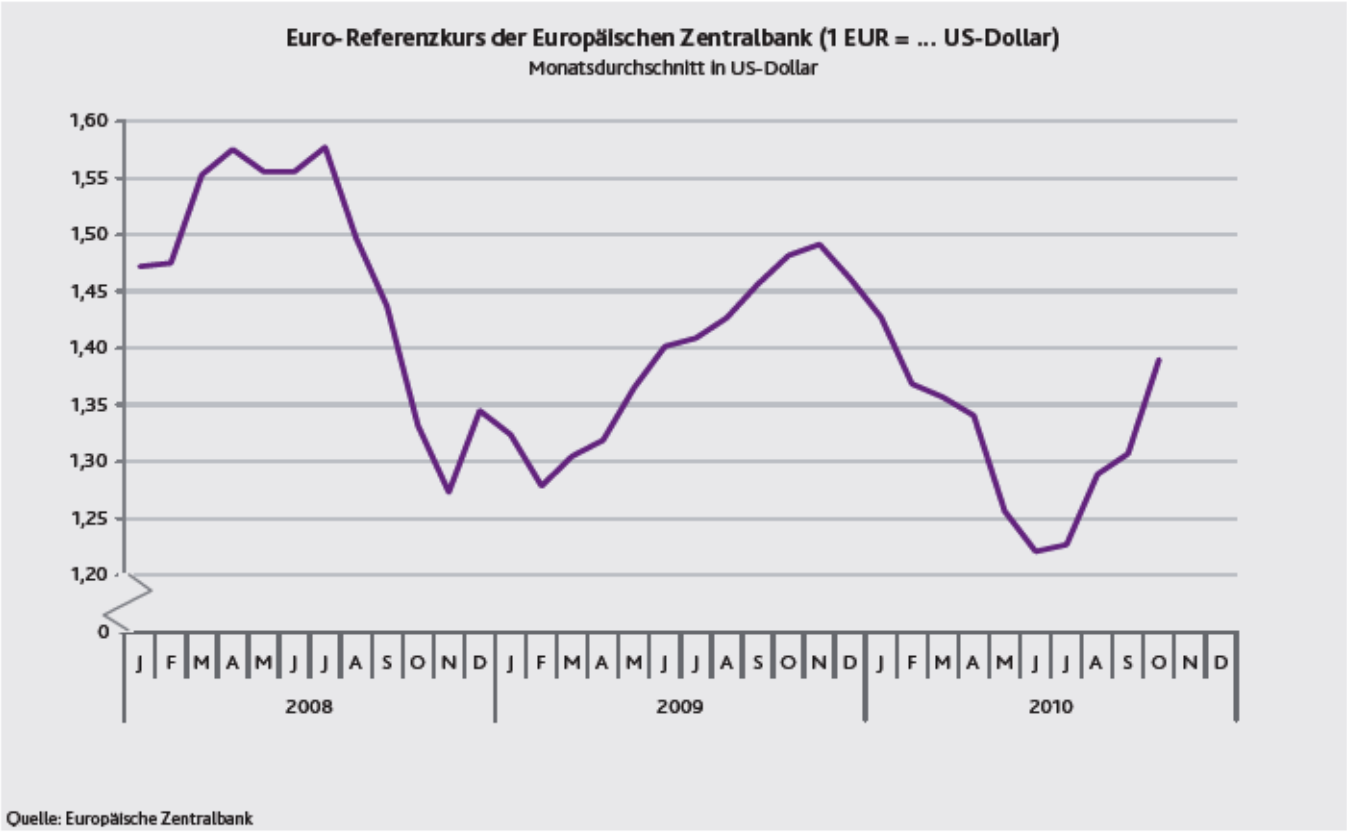
1) Die Rangfolge der zehn wichtigsten Länder ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2009.

Einfuhr nach Rheinland-Pfalz September 2009 bis August 2010 nach Herkunftsländern[1)]
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



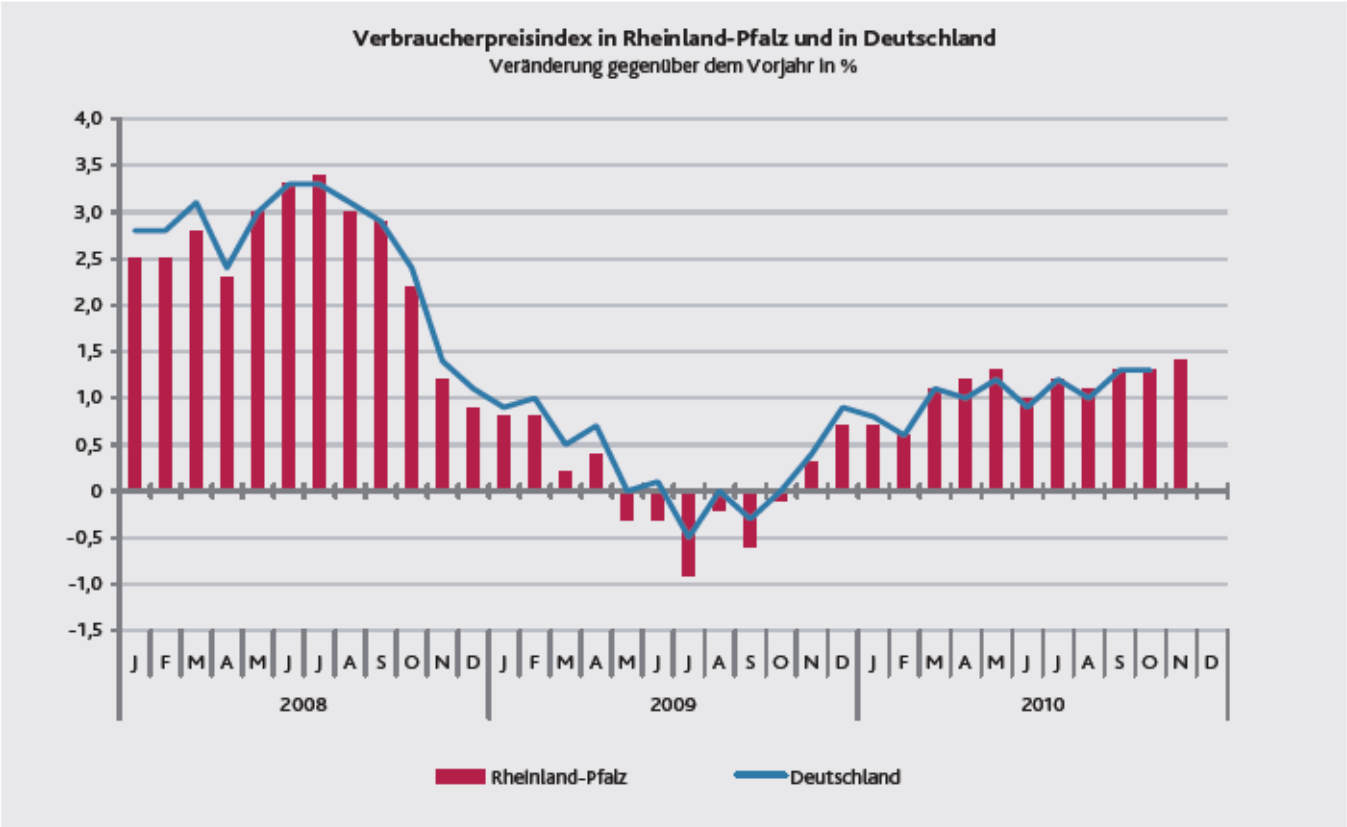
1) Die Rangfolge der zehn wichtigsten Länder ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2009.



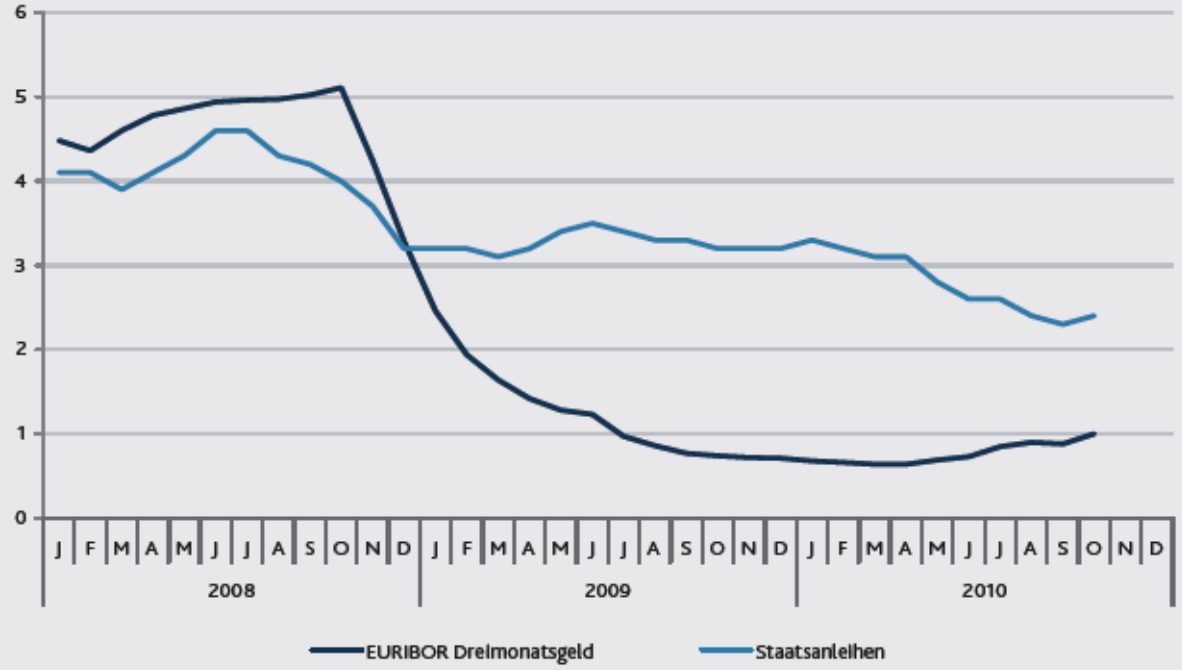


Quelle: Europäische Zentralbank

Unternehmensinsolvenzen
160
150
140
130
120
110
100
90
80
0
J F M A M J J A S O N D J F M A M J J A S O N D J F M A M J J A S O N D
2008
2009
2010

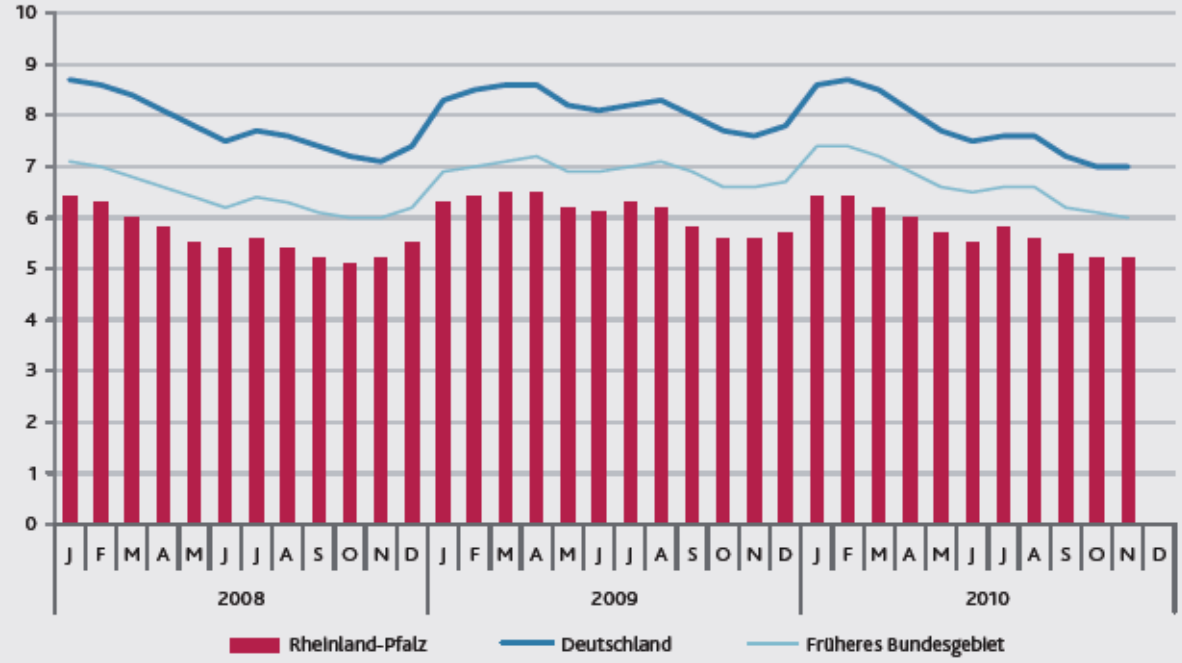

Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %
4,0
3,5
3,0
2,5
2,0
1,5
1,0
0,5
0
-0,5
-1,0
-1,5
J F M A M J J A S O N D J F M A M J J A S O N D J F M A M J J A S O N D
2008
2009
2010
Rheinland-Pfalz
Deutschland

Geldmarktsätze EURIBOR und Umlaufrenditen von Staatsanleihen mit 10-jähriger Restlaufzeit
Monatsdurchschnitt in %



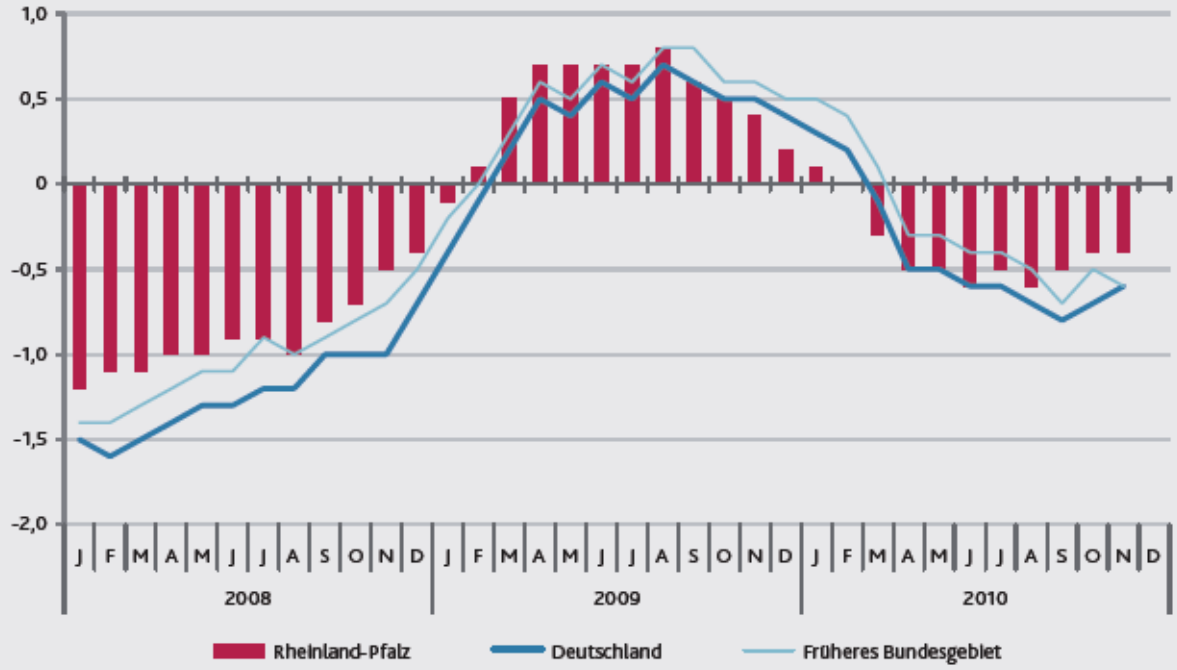
Quelle: Deutsche Bundesbank

Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz, Deutschland und im früheren Bundesgebiet
Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen



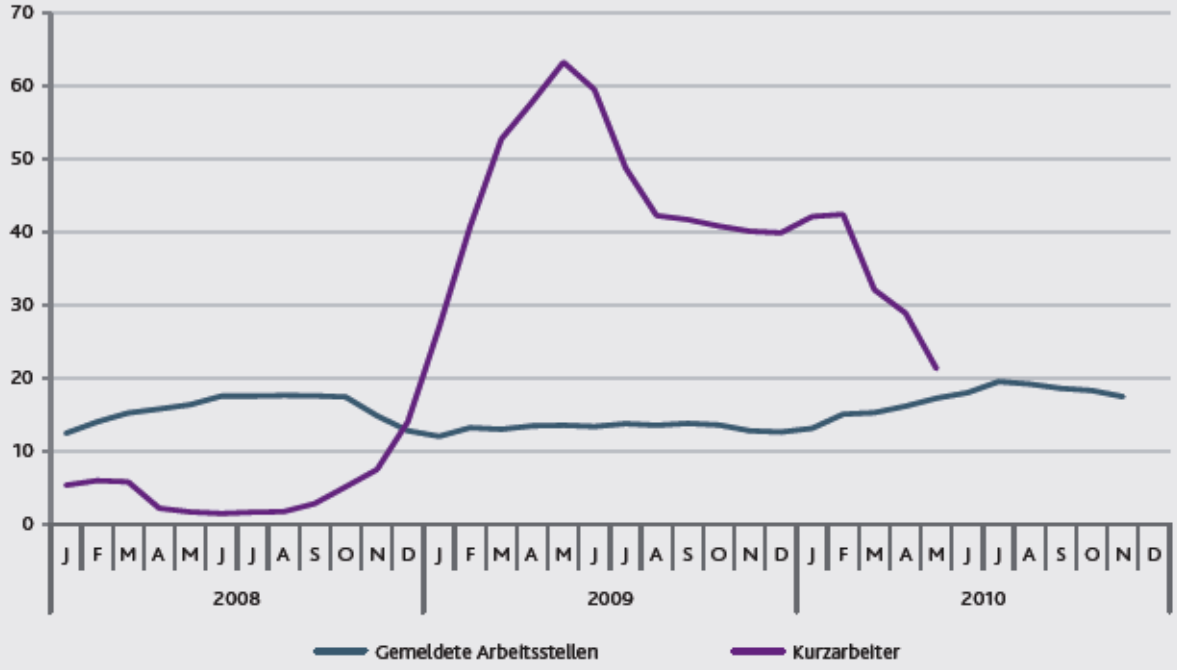
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Veränderung der Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz, Deutschland und im früheren Bundesgebiet
Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat in %

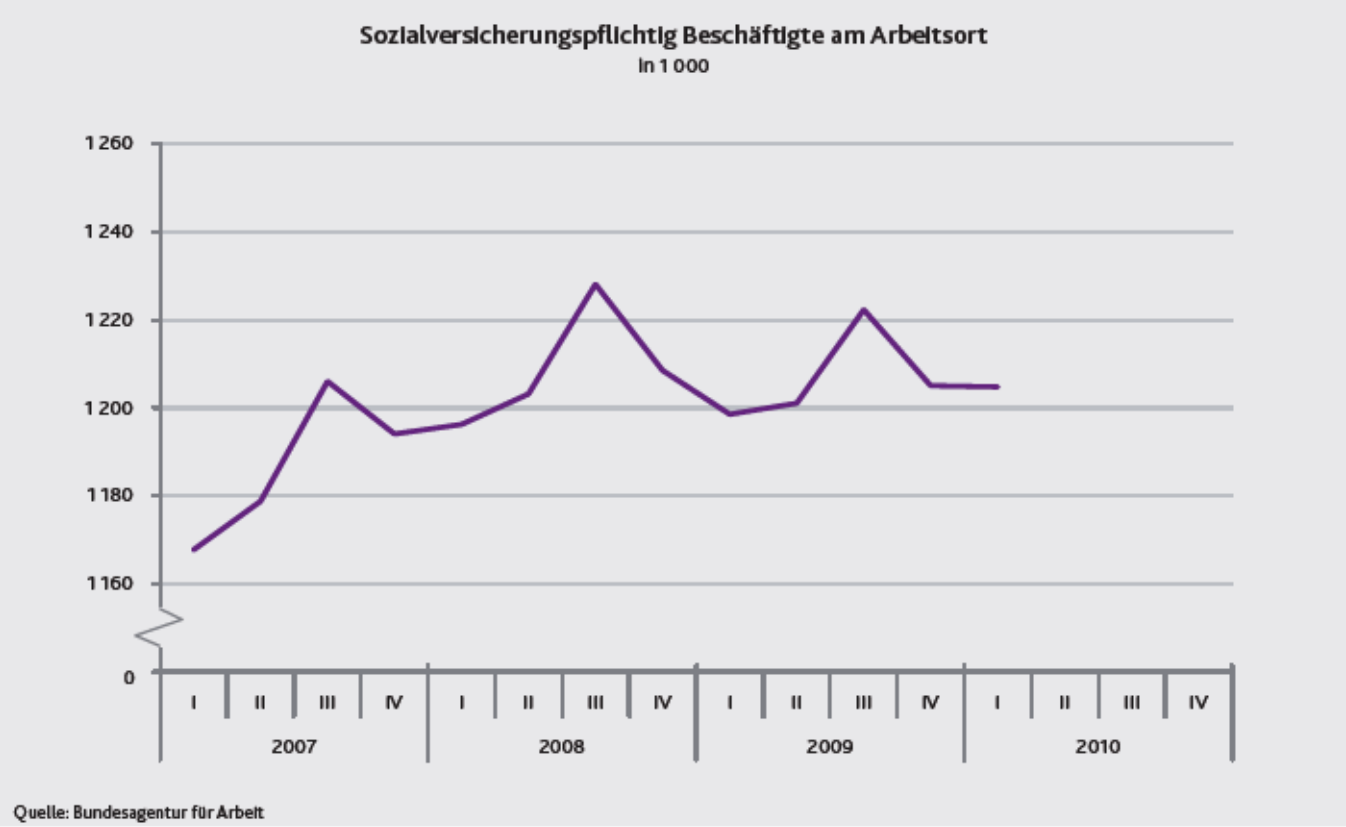


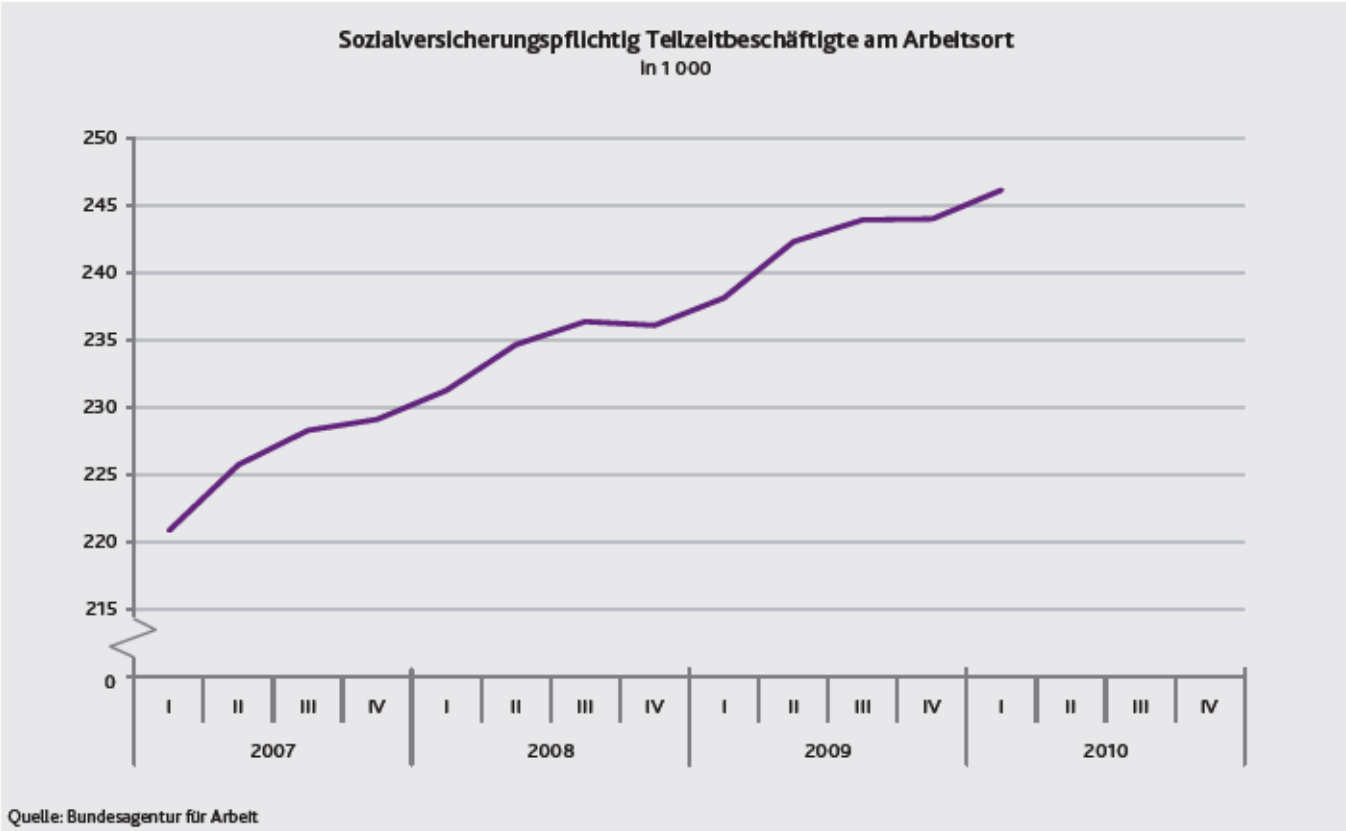
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Gemeldete Arbeitsstellen und Kurzarbeiter
in 1 000

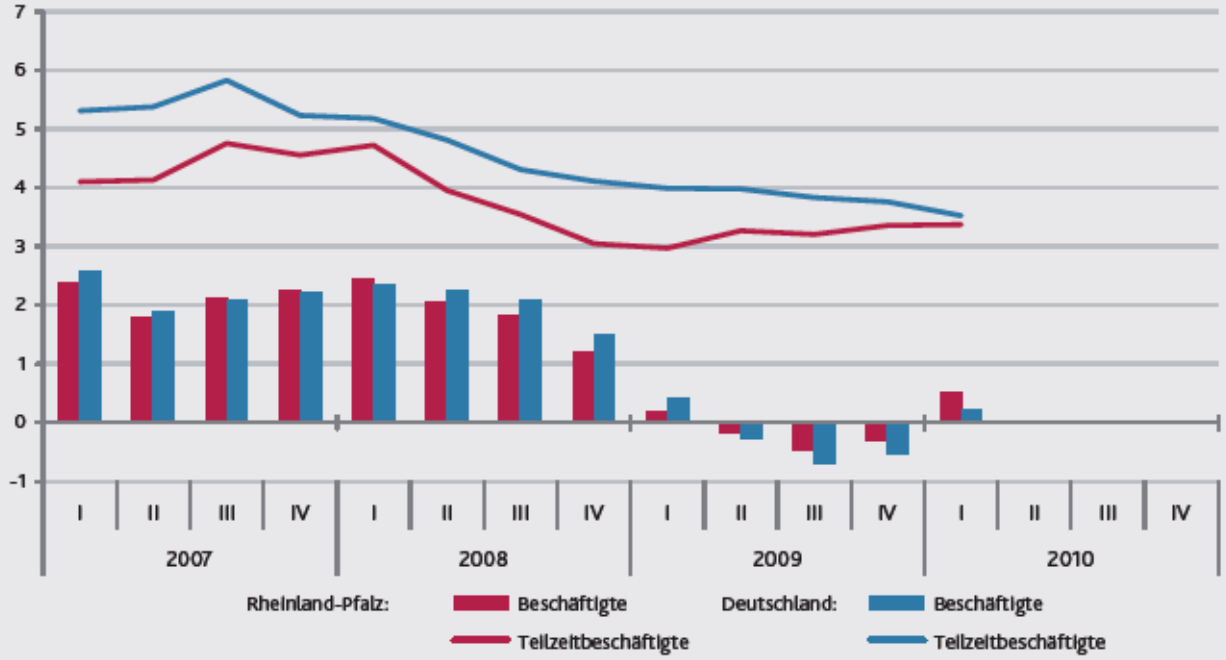


Quelle: Bundesagentur für Arbeit


Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort
in 1 000
1 260
1 240
1 220
1 200
1 180
1 160
0
I
II
III
IV
2007
2008
2009
2010
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

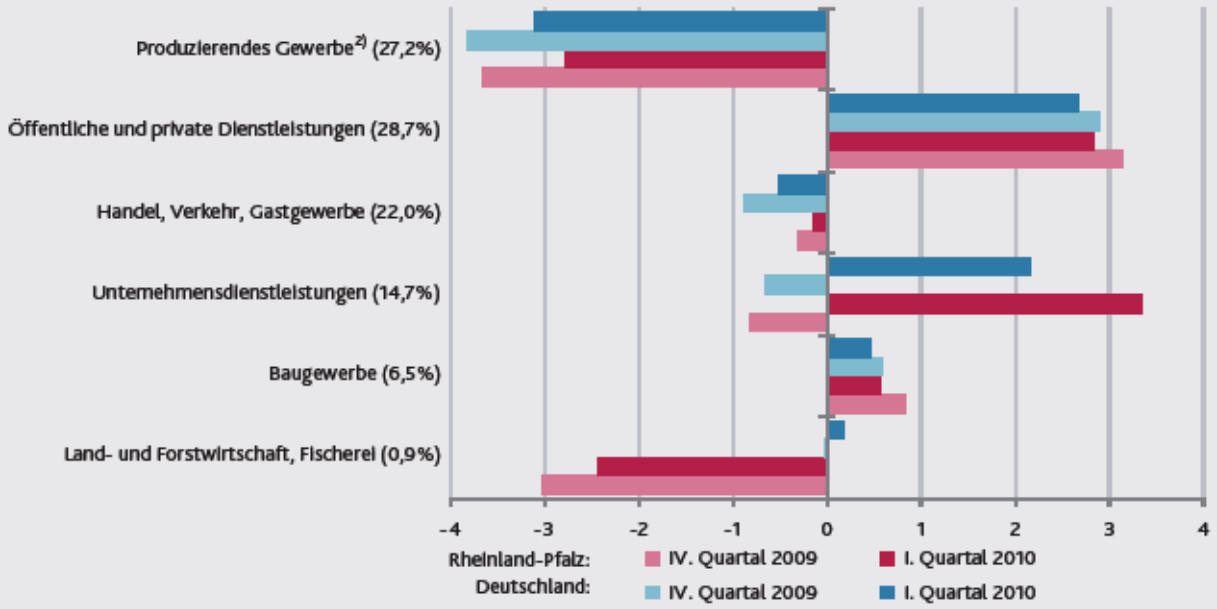

Sozialversicherungspflichtig Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsort
in 1 000
250
245
240
235
230
225
220
215
0
I
II
III
IV
2007
2008
2009
2010
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



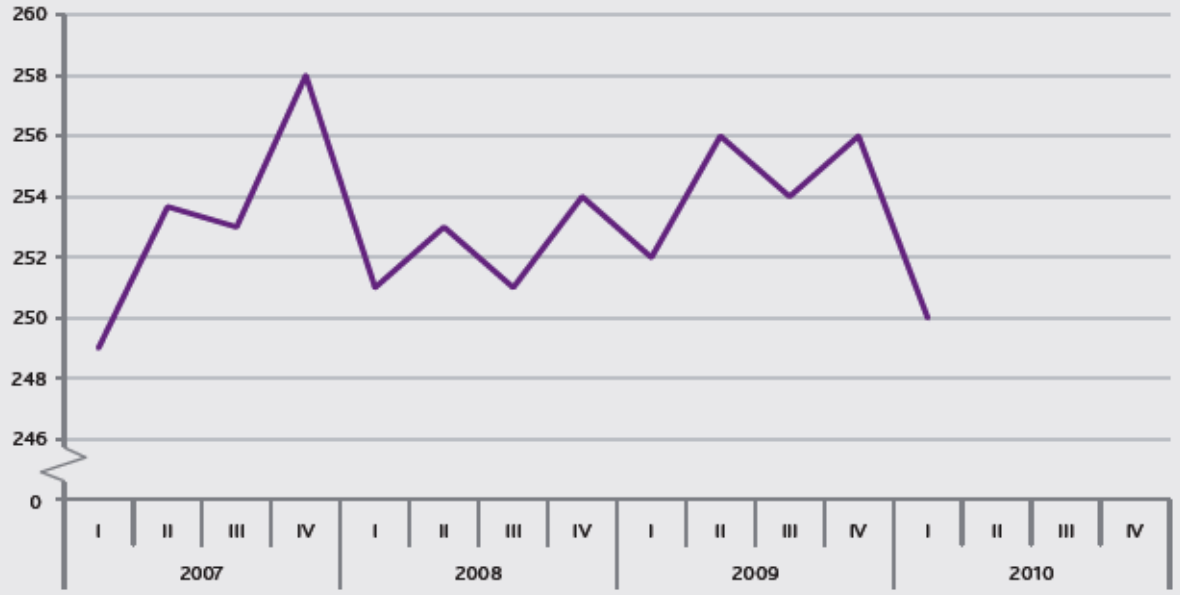
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort nach Wirtschaftsbereichen[1)] in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



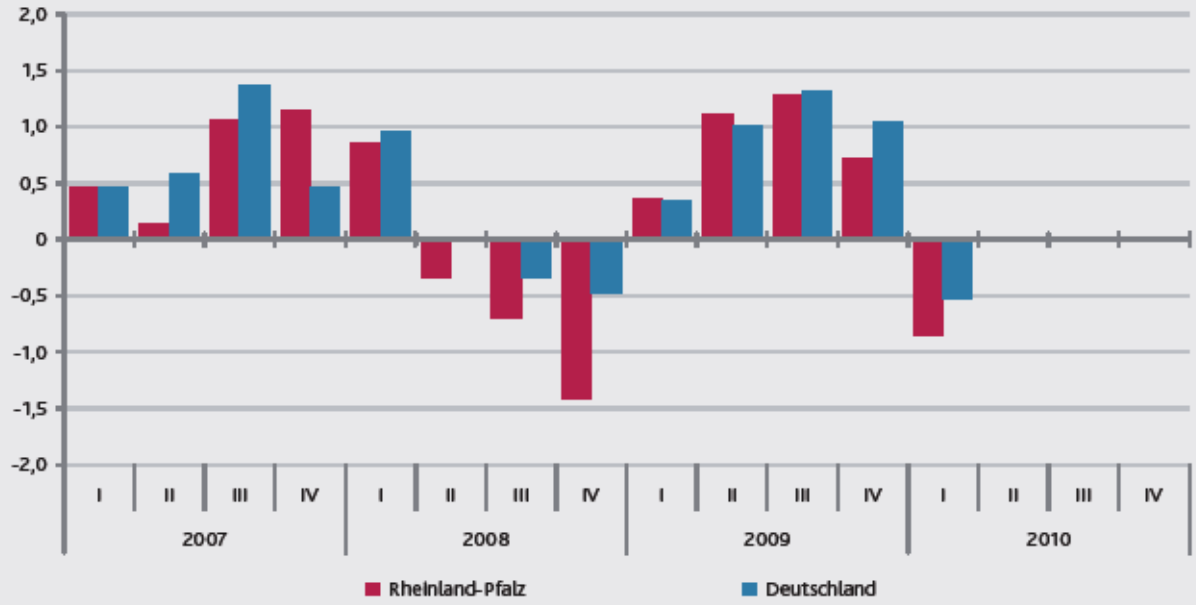
1) Die Rangfolge der Wirtschaftsbereiche erfolgt zum Stand 30. Juni 2009. – 2) Ohne Baugewerbe.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte[1)] am Arbeitsort
in 1 000



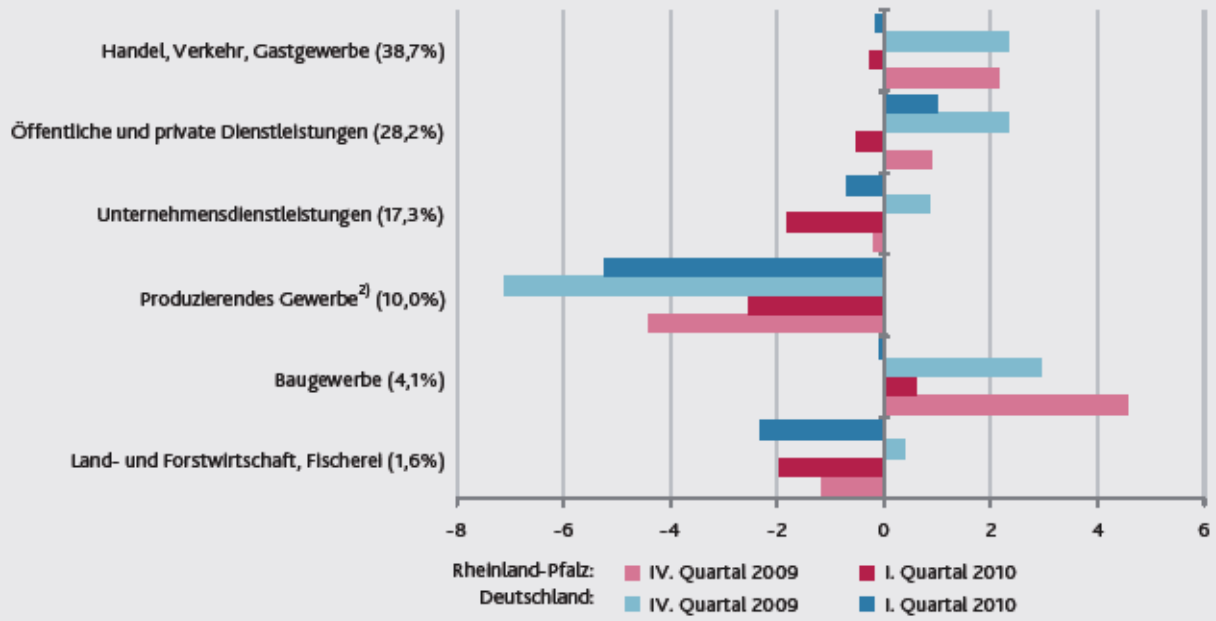
1) Geringfügig entlohnte Beschäftigung liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt regelmäßig monatlich 400 Euro nicht übersteigt.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte am Arbeitsort nach Wirtschaftsbereichen[1)] in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Die Rangfolge der Wirtschaftsbereiche erfolgt zum Stand: 30. Juni 2009. – 2) Ohne Baugewerbe.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Die Daten, auf die sich der Konjunkturteil stützt, haben den Stand 30. November 2010.

Glossar

Anleihen der öffentlichen Hand

Anleihen der öffentlichen Hand sind Wertpapiere mit festem oder variablem Nominalzinssatz und fester Laufzeit, die von Bund, Ländern, Kommunen und anderen öffentlichen Körperschaften ausgegeben werden. Der effektive Zinssatz (= Nominalzins*100/Kurswert) einer solchen Anleihe mit zehnjähriger Restlaufzeit gilt als Indikator für das Niveau der langfristigen Zinsen in der Volkswirtschaft.

Arbeitslose

Arbeitslose sind Arbeit suchende Personen bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres, die vorübergehend nicht oder nur kurzzeitig in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, die nicht Schüler, Studenten oder Teilnehmer an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung, nicht arbeitsunfähig erkrankt, nicht Empfänger von Altersrente sind und für eine Arbeitsaufnahme sofort zur Verfügung stehen.

Arbeitslosenquote

Die Arbeitslosenquote ist der Quotient aus den registrierten Arbeitslosen und den zivilen Erwerbspersonen. Diese Quote ist ein wichtiger Indikator für die Auslastung des Arbeitskräftepotenzials.

Auftragseingang

Unter Auftragseingang werden alle im betreffenden Berichtsmonat beim Betrieb eingegangenen und fest akzeptierten Aufträge verstanden.

Zum Auftragseingang im Bauhauptgewerbe gehören alle Aufträge für baugewerbliche Leistungen entsprechend der Verdingungsordnung für Bauleistungen (ohne Umsatzsteuer).

Beim Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe handelt es sich um Aufträge für die Lieferung selbst hergestellter oder in Lohnarbeit von anderen in- oder ausländischen Firmen gefertigter Erzeugnisse. Der Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe wird unter Ausschaltung der Preisveränderungen in einem Volumenindex auf der Basis des Jahres 2005 (d. h. 2005=100) ausgedrückt.

Ausbaugewerbe

Das Ausbaugewerbe fasst Wirtschaftszweige zusammen, die überwiegend Ausbauarbeiten und entsprechende Reparatur- und Unterhaltungsarbeiten vornehmen. Hierzu gehören die „Bauinstallation" und das „Sonstige Ausbaugewerbe", das u. a. das Maler- und Glasergewerbe, die Fußboden-, Fliesen- und Plattenlegerei, die Bautischlerei sowie die Gipserei und Verputzerei umfasst.

Ausschließlich geringfügige Beschäftigung

Eine geringfügige Beschäftigung, die auch als Mini-Job bezeichnet wird, liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt 400 Euro im Monat nicht übersteigt. Ausschließlich geringfügig Beschäftigte sind nicht zugleich anderweitig sozialversicherungspflichtig beschäftigt.

Baugewerblicher Umsatz

Die dem Finanzamt für die Umsatzsteuer zu meldenden steuerbaren (steuerpflichtigen und steuerfreien) Beträge für Bauleistungen in Deutschland und die baugewerblichen Umsätze in Zollausschlussgebieten.

Beschäftigte

In den Erhebungen im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe, im Baugewerbe sowie im Handel und Gastgewerbe zählen zu den Beschäftigten alle Personen, die am Monatsende in einem arbeitsrechtlichen Verhältnis zum Betrieb stehen, tätige Inhaber und Mitinhaber sowie unbezahlt mithelfende Familienangehörige, und zwar soweit sie mindestens ein Drittel der üblichen Arbeitszeit im Betrieb tätig sind.

Zum Personenkreis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zählen alle Arbeitnehmer, die kranken-, renten- und pflegeversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig zur Bundesagentur für Arbeit sind oder für die von den Arbeitgebern Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind.

Bruttoinlandsprodukt

Das Bruttoinlandsprodukt umfasst den Wert aller in einem abgegrenzten Wirtschaftsgebiet produzierten Waren und Dienstleistungen abzüglich der bei der Produktion verbrauchten Güter (Inlandskonzept).

EURIBOR

Der EURIBOR (= Euro Interbank Offered Rate) ist der Zinssatz, den europäische Banken voneinander beim Handel von Einlagen mit fester Laufzeit verlangen. Er wird als Indikator für die kurzfristigen Zinsen verwendet.

Euro-Referenzkurs

Hierbei handelt es sich um den von der Europäischen Zentralbank festgestellten Kurs des Euro zum US-Dollar.

Exportquote

Zur Berechnung der Exportquote einer Branche wird der Auslandsumsatz ins Verhältnis zum gesamten Branchen-

umsatz gesetzt. Sie ist ein Indikator für die Auslandsabhängigkeit der Branche.

Gewerbeanzeigen

Ein Gewerbe ist anzumelden bei Neuerrichtung (Neugründung, Gründung nach Umwandlungsgesetz), Zuzug aus einem anderen Meldebezirk (Wiedereröffnung) und Übernahme durch Kauf, Pacht oder Erbfolge, Änderung der Rechtsform oder Gesellschaftereintritt. Gründe für eine Abmeldung sind Aufgabe des Betriebes, Fortzug in einen anderen Meldebezirk (Verlegung) und Übergabe wegen Verkauf, Verpachtung oder Erbfolge, Änderung der Rechtsform oder Gesellschafteraustritt. Die Anzeigepflicht gilt für selbstständige Betriebe wie auch für Zweigniederlassungen und unselbstständige Zweigstellen.

ifo Geschäftsklima-Index

Der ifo Geschäftsklimaindex ist ein Frühindikator für die Konjunkturentwicklung. Zur Berechnung dieses Index befragt das ifo Institut für Wirtschaftsforschung in München jeden Monat mehr als 7 000 Unternehmen in Deutschland nach ihrer Einschätzung der Geschäftslage sowie ihren Erwartungen für die nächsten sechs Monate.

Kurzarbeiter

Kurzarbeiter sind Arbeitnehmer, bei denen wegen eines vorübergehenden erheblichen Arbeitsausfalls ein Entgeltausfall vorliegt und die einen Anspruch auf Kurzarbeitergeld haben. Die Erfassung erfolgt zur Monatsmitte.

Offene Stellen

Offene Stellen sind dem Arbeitsamt zur Vermittlung gemeldete Arbeitsplätze für Arbeitnehmer und Heimarbeiter. Erfasst werden nur offene Stellen, für die eine Beschäftigung von mehr als sieben Kalendertagen vorgesehen ist.

Produktivität

Die Produktivität ist grundsätzlich als Maßzahl zu verstehen, welche die Produktionsausbringung ins Verhältnis zu den Einsatzmengen der Produktionsfaktoren setzt. Sie ist also ein Indikator für die Ergiebigkeit des Faktoreinsatzes und kann für einzelne Betriebe, für Branchen oder für eine ganze Volkswirtschaft berechnet werden.

Produzierendes Gewerbe

Zum produzierenden Gewerbe gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darin besteht, Elektrizität, Gas, Fernwärme und Wasser zu erzeugen bzw. zu gewinnen und zu verteilen sowie Waren zu gewinnen bzw. zu be- oder verarbeiten. Das produzierende Gewerbe umfasst den Bergbau, die Gewinnung von Steinen und Erden, das verarbeitende Gewerbe, das Baugewerbe sowie die Energie- und Wasserversorgung.

Teilzeitbeschäftigte

Den Teilzeitbeschäftigten werden alle Arbeitnehmer zugeordnet, deren regelmäßige Arbeitszeit weniger als die übliche Wochenarbeitsstundenzahl umfasst, auch die Altersteilzeitbeschäftigten sowohl in der Arbeitsphase als auch in der Freistellungsphase, nicht jedoch die geringfügig Beschäftigten mit einem Monatsentgelt von insgesamt regelmäßig nicht mehr als 400 Euro.

Umsatz

Als Umsatz der steuerpflichtigen Unternehmen gelten die im Berichtsjahr abgerechneten Lieferungen und Leistungen des nach § 2 Abs. 1 Umsatzsteuergesetz umsatzsteuerpflichtigen Unternehmers an Dritte (ohne Umsatzsteuer), einschließlich der steuerfreien Umsätze, der Handelsumsätze sowie der Erlöse aus Lieferungen und Leistungen an Verkaufsgesellschaften, an denen das Unternehmen beteiligt ist. Ferner gelten als Umsatz die getrennt in Rechnung gestellten Kosten für Fracht, Porto und Verpackungen, der Eigenverbrauch sowie die private Nutzung von firmeneigenen Sachen mit ihrem buchhalterischen Wert. Preisnachlässe und der Wert der Retouren werden von den fakturierten Werten abgesetzt.

Unternehmensinsolvenzen

Die Unternehmensinsolvenz dient zur gemeinschaftlichen Befriedigung der Gläubiger durch Verteilung des Vermögens des Schuldners oder, in einer abweichenden Regelung (Insolvenzplan), zum Erhalt bzw. zur Sanierung des Unternehmens.

Verarbeitendes Gewerbe

Zum verarbeitenden Gewerbe (einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darauf gerichtet ist, Erzeugnisse zu be- und verarbeiten, und zwar überwiegend mit dem Ziel, andere Produkte herzustellen. Die Tätigkeit kann aber auch darin bestehen, Erzeugnisse zu veredeln, zu montieren oder zu reparieren. Das verarbeitende Gewerbe ist Teil des produzierenden Gewerbes.

Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisentwicklung aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Der Verbraucherpreisindex gilt als ein Indikator für die Geldwertstabilität in der Volkswirtschaft.

Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz

Der Zahlenspiegel für Rheinland-Pfalz dokumentiert die wichtigsten Ergebnisse überwiegend monatlicher Statistiken. Es werden dabei die letzten aktuell vorliegenden vier Monate sowie drei der vergleichbaren Vorjahresmonate nachgewiesen. Bei vierteljährlich vorliegenden Ergebnissen werden die jeweils aktuellsten sieben Quartale veröffentlicht.

Die mit einem Stern * gekennzeichneten Merkmale weisen alle Bundesländer in ihrem Zahlenspiegel nach. Davon nicht veröffentlicht werden in Rheinland-Pfalz die hier zu Lande unbedeutende Geflügelfleischerzeugung und der Preisindex für Wohngebäude, der für Rheinland-Pfalz nicht gesondert berechnet wird.

BEVÖLKERUNG

	Einheit	2008	2009				2010			
		Durchschnitt	Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	4 028 [1]	4 013 [1]	4 019	4 019	4 017	4 008	4 007	4 007	4 007
darunter Ausländer[2]	1 000	308 [1]	306 [1]	307	307	307	307	307	307	307
Natürliche Bevölkerungsbewegung [3]										
* Eheschließungen[4]	Anzahl	1 672	1 656	2 133	2 187	2 354	1 189	2 264	2 180	2 635
* Lebendgeborene[5]	Anzahl	2 685	2 573	2 315	2 668	2 916	2 314	2 492	2 689	2 823
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	8,0	7,7	6,8	8,1	8,5	7,0	7,3	8,2	8,3
* Gestorbene (ohne Totgeborene)[6]	Anzahl	3 578	3 659	3 202	3 528	3 448	3 558	3 495	3 463	3 579
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	10,6	10,9	9,4	10,7	10,1	10,8	10,3	10,5	10,5
* darunter im 1. Lebensjahr Gestorbene[6]	Anzahl	8	10	6	17	15	6	11	9	1
je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	3,1	4,0	2,6	6,4	5,1	2,6	4,4	3,3	0,4
* Überschuss der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 892	-1 085	- 887	- 860	- 532	-1 244	-1 003	- 774	- 756
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	- 2,7	- 3,2	- 2,6	- 2,6	- 1,6	- 3,8	- 2,9	- 2,4	- 2,2
Wanderungen										
* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	7 963	7 989	6 599	7 704	8 166	7 973	7 283	7 415	8 887
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	2 619	2 656	2 187	2 572	2 688	2 746	2 487	2 622	3 013
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	8 517	8 224	6 724	7 486	9 031	6 900	6 679	7 083	8 400
* darunter in das Ausland	Anzahl	2 828	2 608	2 206	2 274	2 829	1 861	2 039	2 115	2 205
* Wanderungsgewinn (+) bzw. -verlust (-)	Anzahl	- 554	- 234	- 125	218	- 865	1 073	604	332	487
* Innerhalb des Landes Umgezogene[7]	Anzahl	12 673	12 832	11 589	12 684	12 646	12 377	11 351	11 999	13 622

ERWERBSTÄTIGKEIT

Beschäftigte [8] [9]	Einheit	2007	2008			2009				2010
		30.6.	30.6.	30.9.	31.12.	31.3.	30.6.	30.9.	31.12.	31.3.
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort[10]	1 000	1 179	1 203	1 228	1 209	1 198	1 201	1 222	1 205	1 205
* Frauen	1 000	527	540	553	550	549	549	559	556	556
* Ausländer/-innen	1 000	73	77	78	73	74	76	77	71	74
* Teilzeitbeschäftigte	1 000	226	235	236	236	238	242	244	244	246
* darunter Frauen	1 000	195	202	203	204	205	208	209	209	211
davon nach Wirtschaftsbereichen[11]										
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	.	10	11	9	10	11	11	8	9
* Produzierendes Gewerbe	1 000	.	411	419	412	407	404	409	401	398
* Handel, Verkehr und Gastgewerbe	1 000	.	263	269	265	263	264	269	264	262
* Erbringung von Unternehmensdienstleistungen	1 000	.	185	188	179	175	176	181	177	181
* Erbringung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen	1 000	.	333	341	344	344	345	352	354	354

1) Jahresdurchschnitt hier: Bevölkerung am 31. Dezember. – 2) Quelle: Bevölkerungsfortschreibung, Einbürgerungen können erst zum Jahresende berücksichtigt werden. – 3) Monatsergebnisse sind vorläufig. – 4) Nach dem Ereignisort. – 5) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 6) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 7) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 8) Auswertungen aus der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit. – 9) Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.6. – 10) Einschließlich Personen "ohne Angabe" zur Wirtschaftsgliederung. – 11) Abgrenzung ab 2008 nach WZ 2008; frühere Ergebnisse sind nicht vergleichbar.

Arbeitsmarkt [1]	Einheit	2008	2009				2010			
		Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
▪ Arbeitslose	Anzahl	116 248	127 400	122 252	117 370	116 664	118 171	111 456	108 433	108 312
▪ Frauen	Anzahl	57 752	57 826	56 401	54 306	53 602	57 014	53 652	52 400	51 898
Männer	Anzahl	58 496	69 574	65 851	63 064	63 062	61 157	57 804	56 033	56 414
SGB III (Arbeitslosengeld I) [2]	Anzahl	43 834	52 957	48 337	45 540	44 826	45 190	41 866	40 542	40 301
SGB II (Arbeitslosengeld II) [3]	Anzahl	72 414	74 443	73 915	71 830	71 838	72 981	69 590	67 891	68 011
▪ Arbeitslosenquote [4]	%	5,6	6,1	5,8	5,6	5,6	5,6	5,3	5,2	5,2
▪ Frauen	%	6,0	6,0	5,8	5,6	5,5	5,8	5,5	5,4	5,3
▪ Männer	%	5,3	6,2	5,8	5,6	5,6	5,5	5,2	5,0	5,0
▪ Jüngere von 15 bis unter 25 Jahren	%	5,6	6,6	6,6	5,4	5,3	6,2	5,4	4,5	4,3
Jüngere von 15 bis unter 20 Jahren	%	4,0	4,1	4,5	3,4	3,2	4,6	3,8	2,9	2,7
Ältere von 50 bis unter 65 Jahren	%	6,0	6,2	5,8	5,7	5,7	5,8	5,7	5,7	5,8
Ältere von 55 bis unter 65 Jahren	%	5,7	6,4	6,1	6,0	5,9	6,2	6,1	6,1	6,2
▪ Ausländer/-innen	%	12,6	13,6	13,0	12,5	12,6	12,3	11,8	11,5	11,6
Deutsche	%	5,1	5,6	5,3	5,1	5,0	5,1	4,8	4,7	4,7
▪ Kurzarbeiter/-innen	Anzahl	4 624	42 408	41 537	41 949	36 571	...	...	...	...
▪ Gemeldete Arbeitsstellen [5]	Anzahl	15 786	13 243	13 794	13 598	12 793	19 208	18 612	18 310	17 467

BAUTÄTIGKEIT (Baugenehmigungen)

Baugenehmigungen für Wohngebäude	Einheit	2008	2009				2010			
		Durchschnitt		Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
▪ Wohngebäude (Neubau) insgesamt	Anzahl	467	432	606	333	488	525	577	489	489
davon mit ...										
▪ 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	443	408	579	310	456	496	544	455	462
3 und mehr Wohnungen [6]	Anzahl	23	24	27	23	32	29	33	34	27
davon										
öffentl. Bauherren u. Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	2	2	-	1	1	...	2	...	2
Unternehmen	Anzahl	88	63	160	32	76	75	59	52	30
private Haushalte	Anzahl	376	366	446	300	411	450	516	437	457
Wohnungen in Wohngebäuden	Anzahl	642	627	769	476	959	773	887	710	662
▪ Umbauter Raum	1 000 m³	437	441	533	338	516	539	575	509	491
▪ Wohnfläche	1 000 m²	82	80	101	64	95	102	109	92	93
Wohnräume	Anzahl	3 532	3 434	4 257	2 621	4 246	4 098	4 666	3 811	3 717
▪ Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	107	111	137	86	134	142	150	134	132
Baugenehmigungen für Nichtwohngebäude										
▪ Nichtwohngebäude (Neubau) insgesamt	Anzahl	133	106	136	100	123	137	142	116	143
davon										
öffentl. Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	14	10	22	12	13	13	20	17	21
Unternehmen	Anzahl	116	89	110	87	107	120	115	90	120
private Haushalte	Anzahl	3	2	4	1	3	4	7	9	2
Wohnungen in Nichtwohngebäuden	Anzahl	22	9	22	5	6	6	10	5	8
▪ Umbauter Raum	1 000 m³	1 243	707	610	588	661	596	943	635	832
▪ Nutzfläche	1 000 m²	156	98	92	71	107	86	127	103	128
▪ Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	105	75	98	82	60	62	165	72	111
Genehmigte Wohnungen (Wohn- u. Nichtwohngebäude)										
▪ Wohnungen (Neubau u. Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden)	Anzahl	752	714	893	514	1 065	922	1 030	832	757
▪ Wohnräume (einschließl. Küchen)	Anzahl	4 197	3 977	5 011	3 054	4 826	4 784	5 455	4 484	4 252

1) Quelle: Bundesagentur für Arbeit; ab Januar 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Ergebnisse sind vorläufig. Die jeweils aktuellen Werte sind im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit als detaillierte Übersichten zu finden. – 2) Arbeitslosengeld I ist als Leistung der Arbeitslosenversicherung eine Lohnersatzleistung. – 3) Arbeitslosengeld II bezeichnet die Geldleistungen für erwerbsfähige Hilfebedürftige im Rahmen der Grundsicherung. – 4) Arbeitslose in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen. – 5) Ohne geförderte Stellen des zweiten Arbeitsmarktes. – 6) Einschließlich Wohnheime.

LANDWIRTSCHAFT	Einheit	2008	2009				2010			
		Durchschnitt		Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
▪ Schlachtmengen (ohne Geflügel) [1]	t	10 686	10 468	9 259	9 785	10 411	9 727	9 480	10 667	10 893
darunter										
▪ Rinder insgesamt	t	2 520	2 406	2 038	2 094	2 408	1 952	1 890	2 241	2 417
darunter										
▪ Kälber [2]	t	18	13	8	8	11	7	5	10	12
▪ Jungrinder	t	-	11	2	19	13	4	3	6	4
▪ Schweine	t	8 094	8 001	7 172	7 651	7 938	7 722	7 548	8 363	8 428
▪ Eiererzeugung [3]	1 000	9 727	8 738	9 036	9 022	9 019	12 737	11 259	12 292	13 883
PRODUZIERENDES GEWERBE										
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden [4]										
▪ Betriebe	Anzahl	1 038	1 039	1 040	1 040	1 041	1 002	1 004	1 002	1 004
▪ Beschäftigte [5]	Anzahl	248 154	242 777	241 180	241 760	242 455	236 898	238 437	239 827	240 452
▪ Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	31 786	29 376	29 749	27 203	30 374	30 606	29 556	29 847	31 600
▪ Entgelte [6]	Mil. EUR	884	852	793	771	791	911	817	814	819
▪ Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mil. EUR	6 485	5 209	5 317	4 686	5 538	6 719	6 238	6 133	6 654
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie [7]	Mil. EUR	3 413	2 805	2 925	2 571	2 988	4 043	3 704	3 566	3 796
Investitionsgüterproduzenten	Mil. EUR	1 932	1 285	1 252	1 016	1 385	1 552	1 413	1 441	1 662
Gebrauchsgüterproduzenten	Mil. EUR	107	96	93	77	114	98	85	96	119
Verbrauchsgüterproduzenten	Mil. EUR	1 033	1 023	1 047	1 021	1 051	1 025	1 035	1 030	1 077
darunter										
Herst. v. chem. Erzeugnissen	Mil. EUR	1 804	1 499	1 551	1 343	1 537	2 388	2 114	1 991	2 051
Herst. v. Kraftwagen und Kraftwagenteilen	Mil. EUR	1 083	598	562	439	679	756	707	749	865
darunter										
▪ Auslandsumsatz	Mil. EUR	3 244	2 526	2 597	2 198	2 678	3 590	3 218	3 159	3 413
Exportquote [8]	%	50,0	48,5	48,8	46,9	48,4	53,4	51,6	51,5	51,3
Index des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe (Volumenindex)	2005=100	108,9	76,7	81,4	72,4	81,3	99,6	99,0	88,5	100,8
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	2005=100	109,1	78,0	85,8	75,1	80,2	98,8	94,6	84,2	99,7
Investitionsgüterproduzenten	2005=100	105,4	67,5	67,2	61,7	76,2	98,2	103,6	91,0	99,9
Gebrauchsgüterproduzenten	2005=100	89,4	78,9	87,8	65,6	94,1	113,0	103,1	81,8	117,1
Verbrauchsgüterproduzenten	2005=100	127,6	109,5	117,6	105,9	109,8	109,3	105,0	105,1	109,3
darunter										
Herst. v. chem. Erzeugnissen	2005=100	109,4	68,4	74,6	66,1	69,5	86,5	80,6	73,8	89,4
Herst. v. Kraftwagen und Kraftwagenteilen	2005=100	93,1	54,0	53,1	52,6	66,6	85,3	105,0	82,2	89,4
Energie- und Wasserversorgung										
▪ Betriebe [2] [9]	Anzahl	111	116	115	115	115	166	166	165	165
▪ Beschäftigte [2] [5] [9]	Anzahl	9 943	10 014	9 959	10 084	10 026	9 417	9 411	9 558	9 535
▪ Geleistete Arbeitsstunden [2] [9]	1 000 h	1 261	1 272	1 303	1 191	1 323	1 214	1 138	1 179	1 261
▪ Bruttoentgeltsumme [2] [9]	Mil. EUR	35	36	33	33	33	34	33	33	33
Stromerzeugung der Kraftwerke für die allgemeine Versorgung [10]										
▪ Bruttostromerzeugung	Mil. kWh	759	567	397	418	567	445	412	460	453
Nettostromerzeugung	Mil. kWh	743	551	383	405	547	432	399	447	441

1) Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. – 2) Wegen methodischer Änderungen mit den Vorjahresergebnissen nur eingeschränkt vergleichbar. – 3) Erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickeiern. – 4) Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten. Ab Januar 2009 werden die Angaben nach einer revidierten Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) abgegrenzt. Um einen korrekten Vorjahresvergleich zu ermöglichen, wurden die Ergebnisse des Jahres 2008 auf diese neue Klassifikation umgeschlüsselt. – 5) Einschließlich der tätigen Inhaber. – 6) Entgelte = Bruttolohn- und -gehaltssumme. – 7) Ohne Energie- und Wasserversorgung. – 8) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. – 9) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 10) Kraftwerke mit einer elektrischen Leistung ab 1 MW.

Baugewerbe [1]

Bauhauptgewerbe [2]

	Einheit	2008	2009				2010			
		Durchschnitt	Durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
• Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	Anzahl	36 466	36 362	36 577	36 790	36 854	38 286	38 137	38 598	38 588
• Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	3 647	3 479	4 042	3 694	4 165	4 298	4 080	4 044	4 329
davon										
• Wohnungsbau	1 000 h	1 419	1 291	1 479	1 278	1 496	1 652	1 551	1 420	1 583
• gewerblicher Bau [3]	1 000 h	929	877	958	928	981	972	932	1 034	1 028
• öffentlicher und Straßenbau	1 000 h	1 298	1 311	1 605	1 488	1 688	1 674	1 597	1 590	1 718
darunter Straßenbau	1 000 h	664	653	817	772	894	872	774	772	855
• Entgelte [4]	MILL EUR	84	83	88	85	86	91	90	91	90
• Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	MILL EUR	363	355	419	359	422	440	405	400	431
davon										
• Wohnungsbau	MILL EUR	113	103	110	106	112	132	131	124	123
• gewerblicher Bau [3]	MILL EUR	105	102	116	100	123	118	97	101	108
• öffentlicher und Straßenbau	MILL EUR	145	150	192	153	186	189	177	175	200
darunter Straßenbau	MILL EUR	66	74	95	81	97	86	82	84	97

Ausbaugewerbe (Bauinstallation und sonstiger Ausbau) [5]

	Einheit	2008	2009					2010		
		Durchschnitt	Durchschnitt	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal
Betriebe [6]	Anzahl	312	358	356	357	358	359	364	362	362
• Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber) [6]	Anzahl	11 985	13 063	13 153	13 024	13 085	12 990	13 076	13 228	13 443
• Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	3 819	4 210	3 996	4 129	4 324	4 392	4 101	4 316	4 449
• Entgelte [4]	MILL EUR	83	90	86	88	90	97	86	95	93
• Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	MILL EUR	311	330	249	306	329	436	258	328	348

HANDEL [7]

Großhandel [P 8]

	Einheit	2008	2009				2010			
		Durchschnitt	Durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
• Beschäftigte	2005=100	123,6	118,8	118,3	119,1	118,9	117,5	117,1	118,5	118,7
darunter Teilzeitbeschäftigte	2005=100	115,1	118,3	118,6	119,5	117,8	119,4	118,1	120,2	120,3
• Umsatz nominal [9]	2005=100	119,9	106,4	107,9	100,5	119,8	121,0	114,4	112,0	126,4
• Umsatz real [9]	2005=100	108,7	101,2	102,4	95,4	114,0	109,8	103,7	100,2	112,7

Einzelhandel [P 10]

• Beschäftigte	2005=100	106,0	106,3	106,4	106,9	107,0	106,0	106,3	107,0	107,4
darunter Teilzeitbeschäftigte	2005=100	108,3	108,0	108,7	108,5	108,6	107,7	109,2	109,2	109,3
• Umsatz nominal [9]	2005=100	111,2	109,5	112,3	105,1	107,7	110,0	115,0	109,5	110,3
• Umsatz real [9]	2005=100	107,7	106,7	110,0	102,2	104,8	105,7	111,1	105,6	106,2

Kfz-Handel [P 11]

• Beschäftigte	2005=100	102,9	105,8	105,2	106,3	106,4	104,9	105,3	106,0	106,7
darunter Teilzeitbeschäftigte	2005=100	115,1	124,4	125,7	123,3	125,2	127,0	127,8	127,3	128,8
• Umsatz nominal [9]	2005=100	94,1	94,0	101,1	87,7	93,4	99,4	96,5	87,2	93,5
• Umsatz real [9]	2005=100	90,6	89,7	96,5	83,6	89,2	94,5	91,9	82,9	88,7

GASTGEWERBE [P]

• Beschäftigte	2005=100	105,1	104,2	108,1	109,5	110,3	110,5	110,8	110,8	109,0
darunter Teilzeitbeschäftigte	2005=100	111,5	113,3	117,6	119,1	119,8	120,5	121,4	119,7	116,9
• Umsatz nominal [9]	2005=100	102,8	98,6	115,0	118,8	113,5	111,0	116,0	121,8	114,5
• Umsatz real [9]	2005=100	96,6	92,6	108,0	111,7	106,2	101,2	105,6	110,7	103,7

1) Ab Januar 2009 wird im Baugewerbe eine revidierte Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) eingesetzt. Die Ergebnisse sind mit denen des Vorjahres weitgehend vergleichbar. – 2) Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten u. a.; nach der Ergänzungserhebung hochgerechnete Ergebnisse; teilweise vorläufige Ergebnisse. – 3) Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post. – 4) Entgelte = Bruttolohn- und -gehaltssumme. – 5) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; Vierteljahresergebnisse. – 6) Am Ende des Berichtsvierteljahres. – 7) Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse des Vorjahres wurden entsprechend umgerechnet. Der Berichtskreis wird ab 2007 jährlich durch Ergänzungsstichproben und ab 2009 durch Stichprobenrotation aktualisiert. Zur Vermeidung von Sprüngen in der Zeitreihe werden die Messzahlen einheitlich auf den Stichprobenstand von 2006 zurückgerechnet. – 8) Einschließlich Handelsvermittlung. – 9) Ohne Umsatzsteuer. – 10) Einschließlich Tankstellen. – 11) Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz.

TOURISMUS[1]

	Einheit	2008	2009			2010			
		Durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
* Gästeankünfte	1 000	621	620	804	849	851	791	819	897	887
* darunter von Auslandsgästen	1 000	148	150	253	245	189	186	268	268	198
* Gästeübernachtungen	1 000	1 686	1 678	2 404	2 520	2 270	2 040	2 426	2 679	2 325
* darunter von Auslandsgästen	1 000	427	437	852	858	549	509	891	939	555

VERKEHR

Straßenverkehrsunfälle

	Einheit	2008	2009			2010			
		Durchschnitt	Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.
* Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden[2]	Anzahl	2 017	1 950	2 164	2 087	2 179	1 829	2 082	2 061	2 121
* darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 331	1 293	1 493	1 476	1 616	1 202	1 513	1 486	1 506
* Getötete Personen	Anzahl	19	19	18	22	15	9	12	23	16
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	10	11	9	8	9	5	2	7	3
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	3	3	4	8	3	3	4	11	7
Radfahrer	Anzahl	2	1	3	1	1	1	4	3	1
Fußgänger	Anzahl	3	2	2	2	-	-	-	-	3
* Verletzte Personen	Anzahl	1 738	1 682	1 985	1 899	2 057	1 536	1 906	1 900	1 961
dar. schwer verletzte Personen	Anzahl	329	313	394	388	424	272	384	406	364
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	147	140	153	159	118	103	128	140	146
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	82	79	130	106	161	86	126	150	107
Radfahrer	Anzahl	47	48	61	79	94	41	89	72	76
Fußgänger	Anzahl	35	32	33	33	22	28	23	24	24

Kraftfahrzeuge[3]

	Einheit	2008	2009			2010			
		Durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	12 408	16 398	23 512	13 364	16 849	14 749	12 298	10 600	11 794
darunter										
Krafträder	Anzahl	835	693	1 118	708	626	956	877	660	506
* Personenkraftwagen[4]	Anzahl	10 243	14 675	21 031	11 838	15 072	12 466	10 215	8 930	10 118
* Lastkraftwagen	Anzahl	929	716	880	598	870	920	819	715	802
Zugmaschinen	Anzahl	314	248	417	166	208	347	322	247	276

Personenbeförderung

	Einheit	2008	2009				2010		
		Durchschnitt	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal
Beförderte Personen im Linienverkehr	1 000	62 125	61 778	65 502	63 399	54 542	63 669	57 395	54 306	46 268
Personenkilometer[5]	Mill.	577	574	586	581	499	629	539	535	455

Binnenschifffahrt

	Einheit	2008	2009			2010			
		Durchschnitt	Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.
* Güterempfang	1 000 t	1 158	985	1 040	1 053	954	1 169	1 140	1 193	1 226
* Güterversand	1 000 t	945	834	975	982	920	898	978	1 072	1 022

AUSSENHANDEL[6]

Ausfuhr (Spezialhandel)[7]

* Insgesamt	Mill. EUR	3 753	2 910	2 764	2 934	2 575	3 251	3 670	3 552	3 322
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	256	261	297	273	257	290	293	277	294
* Güter der gewerbl. Wirtschaft	Mill. EUR	3 328	2 541	2 349	2 543	2 216	2 859	3 264	3 170	2 933
* Rohstoffe	Mill. EUR	20	17	22	16	11	22	25	29	21
* Halbwaren	Mill. EUR	149	110	111	119	115	134	178	157	149
* Fertigwaren	Mill. EUR	3 159	2 414	2 216	2 409	2 090	2 702	3 060	2 984	2 763
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	1 009	781	675	744	647	867	966	1 058	872
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	2 150	1 634	1 541	1 665	1 442	1 835	2 094	1 926	1 891

1) Betriebe ab 9 Betten; einschließlich Campingplätzen (Touristik-Camping). – 2) Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschadensunfall unter Einfluss berauschender Mittel (bis einschließlich Dezember 2007 nur unter Alkoholeinwirkung). – 3) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. – 4) Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens 8 Sitzplätzen außer dem Fahrersitz; einschließlich Wohnmobile und Krankenwagen. – 5) Verkehrsleistung, berechnet aus Anzahl der Fahrgäste und Fahrtweiten. – 6) Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar. – 7) Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.

noch AUSSENHANDEL[1]	Einheit	2008	2009				2010			
		Durchschnitt		Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.
Ausfuhr (Spezialhandel)[2]										
davon nach										
* Europa	Mill. EUR	2 678	2 040	2 085	2 075	1 881	2 297	2 537	2 364	2 288
* darunter in EU-Länder[3]	Mill. EUR	2 338	1 799	1 839	1 813	1 664	1 981	2 209	2 050	1 969
Belgien	Mill. EUR	190	148	149	133	138	164	203	166	183
Luxemburg	Mill. EUR	49	48	47	52	42	47	69	59	60
Dänemark	Mill. EUR	50	33	32	36	28	33	33	34	36
Finnland	Mill. EUR	31	22	20	19	26	27	26	29	27
Frankreich	Mill. EUR	413	323	331	317	275	369	403	380	340
Griechenland	Mill. EUR	44	32	32	32	37	29	32	27	27
Großbritannien	Mill. EUR	237	186	190	198	188	185	210	199	207
Irland	Mill. EUR	13	8	9	7	8	9	10	8	8
Italien	Mill. EUR	265	213	232	248	166	256	278	269	193
Niederlande	Mill. EUR	228	190	203	170	183	193	220	199	203
Österreich	Mill. EUR	153	130	130	137	124	142	149	149	147
Schweden	Mill. EUR	66	42	45	33	42	63	70	51	64
Spanien	Mill. EUR	215	157	156	152	132	176	171	171	152
Portugal	Mill. EUR	27	19	18	17	20	18	19	22	21
* Afrika	Mill. EUR	83	75	56	84	55	74	84	87	88
* Amerika	Mill. EUR	542	403	276	352	280	392	503	576	455
darunter nach USA	Mill. EUR	418	310	185	239	190	230	254	410	264
* Asien	Mill. EUR	418	364	322	402	340	452	508	487	456
darunter nach China	Mill. EUR	76	84	89	88	82	112	112	112	104
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	33	29	23	21	19	35	38	37	34
Einfuhr (Generalhandel)[2]										
* Insgesamt	Mill. EUR	2 236	1 851	1 776	1 986	1 675	2 395	2 486	2 353	2 322
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	196	201	228	186	182	220	224	172	233
* Güter der gewerbl. Wirtschaft	Mill. EUR	1 860	1 458	1 373	1 633	1 340	2 014	2 091	2 020	1 937
davon										
* Rohstoffe	Mill. EUR	105	75	18	117	65	98	89	101	89
* Halbwaren	Mill. EUR	278	186	188	228	193	299	300	298	307
* Fertigwaren	Mill. EUR	1 477	1 197	1 166	1 288	1 081	1 617	1 702	1 621	1 542
davon										
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	401	324	335	350	281	487	523	478	495
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	1 076	873	832	938	801	1 130	1 179	1 143	1 046
* davon aus										
* Europa	Mill. EUR	1 703	1 367	1 341	1 483	1 252	1 726	1 834	1 758	1 681
* darunter aus EU-Ländern[3]	Mill. EUR	1 459	1 167	1 167	1 218	1 077	1 480	1 570	1 525	1 450
Belgien	Mill. EUR	254	185	185	196	189	247	278	247	249
Luxemburg	Mill. EUR	38	39	29	37	34	39	36	47	39
Dänemark	Mill. EUR	27	26	17	20	21	28	40	32	21
Finnland	Mill. EUR	11	9	11	9	13	13	14	12	10
Frankreich	Mill. EUR	256	196	204	183	159	248	261	238	211
Griechenland	Mill. EUR	7	6	7	7	5	6	5	8	9
Großbritannien	Mill. EUR	74	66	60	65	63	77	76	82	80
Irland	Mill. EUR	7	8	7	9	9	12	13	11	13
Italien	Mill. EUR	129	116	124	120	97	143	147	143	129
Niederlande	Mill. EUR	273	176	181	197	154	223	256	255	267
Österreich	Mill. EUR	71	63	61	63	57	69	101	86	90
Schweden	Mill. EUR	46	28	32	25	22	43	30	35	24
Spanien	Mill. EUR	75	67	65	81	60	106	83	82	82
Portugal	Mill. EUR	14	12	12	15	15	14	17	20	13
* Afrika	Mill. EUR	34	29	41	31	29	56	48	28	29
* Amerika	Mill. EUR	210	214	171	222	153	283	252	234	229
darunter aus USA	Mill. EUR	145	156	107	167	107	199	172	158	139
* Asien	Mill. EUR	283	236	218	247	238	326	346	328	379
darunter aus China	Mill. EUR	131	109	101	108	108	148	167	156	157
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	5	5	4	3	3	4	6	6	3

GEWERBEANZEIGEN[4]	Einheit	2008	2009				2010			
		Durchschnitt		Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	3 392	3 517	3 742	3 325	3 739	3 464	3 338	3 359	3 618
* Gewerbeabmeldungen	Anzahl	3 094	3 015	2 897	2 459	2 840	2 616	2 554	2 626	2 794

1) Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar. – 2) Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten. – 3) Einschließlich Bulgarien und Rumänien (EU-27); die Angaben aus 2006 werden rückwirkend entsprechend umgerechnet. – 4) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

INSOLVENZEN

	Einheit	2008	2009				2010			
		Durchschnitt		Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
• Insgesamt	Anzahl	592	627	738	568	686	655	684	649	710
davon										
• Unternehmen	Anzahl	107	115	133	120	118	102	109	92	131
• Verbraucher	Anzahl	355	374	456	320	379	409	434	436	427
• ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	115	115	133	109	155	125	113	94	131
• sonstige natürliche Personen,[1] Nachlässe	Anzahl	16	23	16	19	34	19	28	27	21
• Voraussichtliche Forderungen	Mill. EUR	98	149	100	85	353	101	281	74	102

HANDWERK[2]

	Einheit	2008	2009				2010[3]		
		Durchschnitt		1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal
• Beschäftigte[4]	2007=100[5]	97,5	96,4	95,8	95,5	97,7	96,0	96,9	97,7	100,1
• Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	2007=100[6]	103,4	101,1	85,4	102,7	105,2	111,2	76,3	98,3	101,6

PREISE

	Einheit	2008	2009				2010			
		Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
• Verbraucherpreisindex (Gesamtindex)	2005=100	106,1	106,2	106,1	106,2	106,1	107,8	107,5	107,6	107,6
• Nettokaltmieten (Teilindex)	2005=100	103,0	103,7	103,9	103,9	103,9	104,7	104,7	104,9	104,9

VERDIENSTE[7]

	Einheit	2008	2009	2008	2009				2010	
		Durchschnitt		4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal
• Bruttomonatsverdienste[8] der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer[9] im produzierenden Gewerbe und Dienstleistungsbereich	EUR	3 391	3 431	3 123	3 102	3 142	3 169	3 190	3 185	3 231
• männlich	EUR	3 582	3 613	3 285	3 251	3 297	3 328	3 350	3 345	3 399
• weiblich	EUR	2 890	2 961	2 703	2 715	2 744	2 762	2 780	2 780	2 804
• produzierendes Gewerbe	EUR	3 615	3 575	3 240	3 139	3 178	3 223	3 253	3 224	3 315
• Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	EUR	3 241	3 308	3 046	3 057	3 070	3 039	3 092	3 130	3 097
• verarbeitendes Gewerbe	EUR	3 697	3 642	3 284	3 199	3 202	3 247	3 298	3 284	3 372
• Energieversorgung	EUR	4 951	5 013	4 285	4 278	4 346	4 343	4 326	4 297	4 389
• Wasserversorgung[10]	EUR	2 870	2 877	2 696	2 673	2 702	2 704	2 758	2 743	2 754
• Baugewerbe	EUR	3 002	3 017	2 885	2 620	2 886	2 948	2 884	2 718	2 858
• Dienstleistungsbereich	EUR	3 226	3 326	3 037	3 074	3 116	3 131	3 144	3 157	3 171
• Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz	EUR	3 204	3 284	2 934	2 941	3 001	3 040	3 098	3 071	3 095
• Verkehr und Lagerei	EUR	2 739	2 793	2 579	2 541	2 581	2 587	2 625	2 596	2 627
• Gastgewerbe	EUR	1 984	1 992	1 924	1 928	1 938	1 927	1 944	2 005	1 977
• Information und Kommunikation	EUR	4 192	4 245	3 821	3 802	(3 901)	(3 884)	(3 943)	4 168	4 169
• Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	EUR	4 356	4 398	3 742	3 807	3 804	3 796	3 797	3 865	3 905
• Grundstücks- und Wohnungswesen	EUR	3 347	(3 256)	3 003	(2 996)	(2 980)	(3 045)	(3 088)	3 372	3 411
• Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	EUR	3 714	3 748	3 404	3 439	3 432	3 418	3 461	3 519	3 575
• Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	EUR	1 922	1 952	1 871	1 879	1 891	1 902	(1 846)	(1 851)	1 836
• öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	EUR	3 117	3 233	3 011	3 053	3 103	3 136	3 136	3 142	3 158
• Erziehung und Unterricht	EUR	3 803	3 946	3 727	3 735	3 854	3 884	3 881	3 896	3 926
• Gesundheits- und Sozialwesen	EUR	3 334	3 440	3 157	3 195	3 217	3 218	3 244	3 236	3 259
• Kunst, Unterhaltung und Erholung	EUR	3 217	(3 378)	3 140	(3 166)	(3 185)	(3 213)	(3 201)	(3 108)	(3 257)
• Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	EUR	2 700	2 775	2 612	2 589	2 622	2 621	2 646	2 642	2 662

1) Beispielsweise Gesellschafter oder Mithafter. – 2) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. – 3) 2009 = 100. – 4) Am Ende eines Berichtsvierteljahres. – 5) 30. September. – 6) Vierteljahresdurchschnitt. – 7) Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die entsprechenden Ergebnisse des Vorjahres wurden umgerechnet. – 8) Nachgewiesen werden Vierteljahresdurchschnitte ohne Sonderzahlungen. Im Jahresdurchschnitt sind die Sonderzahlungen mit enthalten. – 9) Einschließlich Beamte. – 10) Einschließlich Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen.

GELD UND KREDIT [1]	Einheit	2008	2009				2010		
		Durchschnitt		31.3.	30.6.	30.9.	31.12.	31.3.	30.6.	30.9.
Kredite an Nichtbanken	MILL EUR	116 529	112 943	111 171	111 639	112 534	116 428	116 512	116 351	...
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	MILL EUR	13 120	11 791	12 152	11 682	11 421	11 908	11 877	12 355	...
mittelfristige Kredite (über 1 bis 5 Jahre)	MILL EUR	11 062	11 679	10 497	11 275	11 892	13 052	13 298	13 673	...
langfristige Kredite (über 5 Jahre)	MILL EUR	92 347	89 473	88 522	88 682	89 221	91 468	91 337	90 323	...
Kredite an inländische Nichtbanken	MILL EUR	107 081	103 636	102 704	102 925	103 339	105 575	105 490	106 220	...
davon an										
Unternehmen und Privatpersonen	MILL EUR	97 036	95 570	94 732	95 167	95 489	96 893	96 928	97 402	...
öffentliche Haushalte	MILL EUR	10 044	8 066	7 972	7 758	7 850	8 682	8 562	8 818	...
Kredite an ausländische Nichtbanken	MILL EUR	9 448	9 307	8 467	8 714	9 195	10 853	11 022	10 131	...
Einlagen u. aufgenommene Kredite von Nichtbanken	MILL EUR	101 309	103 669	101 671	102 226	104 036	106 742	106 999	108 110	...
Sichteinlagen	MILL EUR	29 449	34 674	31 352	33 464	35 897	37 983	38 890	40 771	...
Termineinlagen	MILL EUR	38 076	34 510	36 452	34 778	33 558	33 252	31 999	31 191	...
Sparbriefe	MILL EUR	8 972	8 091	9 252	8 197	7 582	7 333	7 152	6 999	...
Spareinlagen	MILL EUR	24 813	26 394	24 615	25 787	26 999	28 174	28 958	29 149	...
Einlagen von inländischen Nichtbanken	MILL EUR	98 361	101 502	99 456	100 204	101 786	104 561	104 441	105 579	...
davon von										
Unternehmen und Privatpersonen	MILL EUR	95 971	99 326	97 311	97 988	99 590	102 415	102 597	103 462	...
öffentlichen Haushalten	MILL EUR	2 390	2 176	2 145	2 216	2 196	2 146	1 844	2 117	...
Einlagen von ausländischen Nichtbanken	MILL EUR	2 948	2 167	2 215	2 022	2 250	2 181	2 558	2 531	...

STEUERN	Einheit	2008	2009				2010			
		Durchschnitt		Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
Aufkommen nach Steuerarten										
Gemeinschaftsteuern	MILL EUR	3 007	2 755	2 727	2 724	2 432	2 860	3 162	3 395	2 899
Steuern vom Einkommen	MILL EUR	982	913	921	979	489	518	859	1 124	528
Lohnsteuer	MILL EUR	674	667	898	469	482	534	882	457	472
Lohnsteuer-Zerlegung	MILL EUR	141	139	408	-	-	-	400	-	-
veranlagte Einkommensteuer	MILL EUR	128	96	- 14	403	- 24	- 53	- 31	458	24
Kapitalertragsteuer	MILL EUR	63	61	19	20	13	41	17	56	14
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge [2]	MILL EUR	47	43	74	17	22	16	39	9	15
Abgeltungsteuer-Zerlegung auf Zins- und Veräußerungserträge [3]	MILL EUR	18	17	50	0	0	6	25	0	0
Körperschaftsteuer	MILL EUR	70	46	- 55	70	- 3	- 19	- 48	144	3
Körperschaftsteuer-Zerlegung	MILL EUR	- 0	- 3	- 47	-	-	-	- 39	-	-
Steuern vom Umsatz	MILL EUR	2 025	1 841	1 806	1 745	1 943	2 342	2 303	2 271	2 372
Umsatzsteuer	MILL EUR	427	456	467	462	477	421	460	424	415
Einfuhrumsatzsteuer	MILL EUR	1 598	1 385	1 339	1 283	1 465	1 922	1 844	1 847	1 957
Zölle	MILL EUR	161	145	151	149	152	191	203	215	216
Bundessteuern [4]	MILL EUR	78	96	97	125	96	90	90	124	90
darunter										
Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	MILL EUR	23	27	26	29	29	27	31	30	31
Solidaritätszuschlag	MILL EUR	44	40	25	53	24	25	23	61	26

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank). – 2) Bis 2008 Zinsabschlag. – 3) Bis 2008 Zinsabschlag-Zerlegung. – 4) Ab dem 1. Juli 2009 steht das Aufkommen aus der Kraftfahrzeugsteuer dem Bund zu; als Ausgleich erhalten die Länder entsprechende Zuweisungen vom Bund. Die Versicherungsteuer wird ab 1. Juli 2010 nicht mehr von den Ländern, sondern vom Bundeszentralamt für Steuern in Bonn verwaltet.

noch STEUERN	Einheit	2008	2009				2010			
		Durchschnitt		Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
Landessteuern	MILL. EUR	94	70	52	49	45	42	46	50	52
Vermögensteuer	MILL. EUR	0	0	0	0	0	- 0	0	-	6
Erbschaftsteuer	MILL. EUR	18	16	20	13	9	15	16	15	13
Grunderwerbsteuer	MILL. EUR	19	16	18	17	21	12	17	18	19
Kraftfahrzeugsteuer [1]	MILL. EUR	40	20	-	-	-	-	-	-	-
Rennwett- und Lotteriesteuer	MILL. EUR	13	12	11	12	12	11	10	12	11
Feuerschutzsteuer [2]	MILL. EUR	1	1	0	4	0	-	-	2	-
Biersteuer	MILL. EUR	3	3	3	3	3	4	3	3	3

	Einheit	2008	2009				2010		
		Durchschnitt		1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal
Gemeindesteuern	MILL. EUR	523	429	460	478	392	385	414	543	449
Grundsteuer A	MILL. EUR	5	5	5	5	5	3	4	5	6
Grundsteuer B	MILL. EUR	106	107	89	118	120	99	100	116	129
Gewerbesteuer (brutto)	MILL. EUR	404	309	358	347	256	275	302	412	304
sonstige Gemeindesteuern [3]	MILL. EUR	9	9	9	7	11	8	7	10	10

Steuerverteilung	Einheit	2008	2009				2010			
		Durchschnitt		Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
Steuereinnahmen der Gemeinden u. Gemeindeverb.	MILL. EUR	826	690	502	730	655	874	500	826	686
Gewerbesteuer (netto) [4]	MILL. EUR	326	255	351	290	184	196	286	357	222
Anteil an der Lohnsteuer und veranlagten Einkommensteuer	MILL. EUR	344	283	45	280	295	513	87	297	284
Anteil an der Umsatzsteuer	MILL. EUR	37	32	4	29	40	55	15	41	35
Steuereinnahmen des Landes	MILL. EUR	765	695	659	622	511	530	662	724	545
Landessteuern	MILL. EUR	94	70	52	49	45	42	46	50	52
Anteil an den Steuern vom Einkommen	MILL. EUR	372	333	320	369	153	147	295	431	164
Lohnsteuer	MILL. EUR	235	225	318	148	153	169	311	138	144
veranlagte Einkommensteuer	MILL. EUR	54	41	- 6	171	- 10	- 23	- 13	195	10
Kapitalertragsteuer	MILL. EUR	27	25	3	7	2	4	4	23	2
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge [5]	MILL. EUR	21	19	32	7	10	7	17	4	6
Körperschaftsteuer	MILL. EUR	35	23	- 28	35	- 2	- 10	- 24	72	2
Anteil an den Steuern vom Umsatz	MILL. EUR	280	278	283	204	279	281	318	243	287
Umsatzsteuer	MILL. EUR	199	216	216	136	221	204	223	156	201
Einfuhrumsatzsteuer	MILL. EUR	81	62	67	68	58	77	95	87	86
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	MILL. EUR	5	4	1	-	8	15	1	-	11
Gewerbesteuerumlage-Anhebung (FDE)	MILL. EUR	2	1	0	-	3	7	0	-	5
Gewerbesteuerumlage-Anhebung (LFA)	MILL. EUR	11	8	2	-	18	30	2	-	22
Gewerbesteuerumlage-Unternehmenssteuerreform	MILL. EUR	2	2	1	-	4	6	0	-	4
Steuereinnahmen des Bundes	MILL. EUR	1 578	1 448	1 420	1 447	1 318	1 532	1 635	1 784	1 629
Bundessteuern	MILL. EUR	78	96	97	125	96	90	90	124	90
Anteil an den Steuern vom Einkommen	MILL. EUR	427	396	389	423	208	221	362	492	225
Anteil an den Steuern vom Umsatz	MILL. EUR	1 068	952	932	900	1 005	1 206	1 182	1 168	1 303
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	MILL. EUR	5	4	1	-	8	15	1	-	11

1) Ab dem 1. Juli 2009 steht das Aufkommen dem Bund zu; als Ausgleich erhalten die Länder entsprechende Zuweisungen vom Bund. – 2) Wird ab dem 1. Juli 2010 nicht mehr von den Ländern, sondern vom Bundeszentralamt für Steuern in Bonn verwaltet. Daher wird nur noch der Zerlegungsanteil quartalsweise nachgewiesen. – 3) Einschließlich Restabwicklung der Grunderwerbsteuer. – 4) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. – 5) Bis 2008 Zinsabschlag.

Neuerscheinungen im November 2010

Statistische Berichte

Bevölkerung, Gesundheitswesen, Gebiet, Erwerbstätigkeit

Bevölkerung der Gemeinden am 30. Juni 2010
Bestellnr.: A1033 201021

Bildung, Kultur, Rechtspflege, Wahlen

Studienseminare 2010 – Lehrerausbildung für allgemeinbildende und berufsbildende Schulen (Stand: 1. Oktober 2010)
Bestellnr.: B3023 201022

Weiterbildung 2009
Bestellnr.: B4013 200900

Produzierendes Gewerbe, Handwerk

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden 2009 – Ergebnisse des Monats- und Jahresberichts für Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten
Bestellnr.: E1013 200900

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden im September 2010 – Ergebnisse des Monatsberichts für Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten
Bestellnr.: E1023 201009

Index des Auftragseingangs für das verarbeitende Gewerbe im September 2010
Bestellnr.: E1033 201009

Ausbaugewerbe im Juni 2010 – Bauinstallation und sonstiges Baugewerbe
Bestellnr.: E3033 201000

Elektrizitäts- und Wärmeerzeugung der Kraftwerke der allgemeinen Versorgung im August 2010
Bestellnr.: E4023 201008

Beschäftigte, Umsatz und Investitionen in der Energie- und Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallbeseitigung, Beseitigung von Umweltverschmutzungen 2008
Bestellnr.: E4033 200800

Wohnungswesen, Bautätigkeit

Baugenehmigungen im September 2010
Bestellnr.: F2033 201009

Handel, Tourismus, Gastgewerbe

Gäste und Übernachtungen im Tourismus im September 2010
Bestellnr.: G4023 201009

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle im August 2010
Bestellnr.: H1023 201008

Binnenschifffahrt im Juli 2010
Bestellnr.: H2023 201007

Sozialleistungen

Sozialhilfe 2009 – Empfängerinnen und Empfänger von Leistungen nach dem 5. bis 9. Kapitel des SGB XII
Bestellnr.: K1033 200900

Sozialhilfe am 31. Dezember 2009 – Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung
Bestellnr.: K1063 200900

Öffentliche Finanzen, Personal, Steuern

Staats- und Kommunalfinanzen 2008 – Jahresrechnungsergebnisse
Bestellnr.: L1033 200800

Preise und Preisindizes

Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz und in Deutschland im Oktober 2010
Bestellnr.: M1013 201010

Umwelt

Öffentliche Klärschlammentsorgung 2009
Bestellnr.: Q1063 200900

Querschnittsveröffentlichungen

Daten zur Konjunktur im August 2010
Bestellnr.: Z1013 201008

Sonstige Veröffentlichungen

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz –
Ausgabe November 2010
Bestellnr.: Z2201 201010

Gemeinschaftsveröffentlichungen der statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Bevölkerung nach Migrationsstatus regional 2008 –
Ergebnisse des Mikrozensus
Bestellnr.: A1015E 200800

E-Mail-Versand (kostenfrei):
Bruttoanlageinvestitionen in den Ländern und Ost-West-Großraumregionen Deutschlands 1991 bis 2008 – Reihe 1 Länderergebnisse, Band 3
(Berechnungsstand: August 2010)
Bestellnr.: P1235E 200800

Die Veröffentlichungen können beim Statistischen Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems, bestellt werden. Telefon: 02603 71-2450, Telefax: 02603 71-194322, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de.

Unter der Internetadresse www.statistik.rlp.de stehen die aktuellen Statistischen Berichte zum kostenfreien Download zur Verfügung. Zudem sind die Neuerscheinungen der letzten acht Wochen und das wöchentlich aktualisierte Verzeichnis aller Veröffentlichungen abrufbar.

Impressum

Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Redaktion: Romy Feldmann

Druck: Hessisches Statistisches Landesamt

Fotos: Thomas Kirschey und Manfred Riege

Erscheinungsfolge: monatlich

Bestellnummer: Z2201
ISSN: 0174-2914

Einzelpreis der Printausgabe: 5,50 EUR

Jahresbezugspreise:
Printausgabe: 60,00 EUR

Alle Preise verstehen sich einschließlich Versandkosten.

Kostenfreier Download im Internet: http://www.statistik.rlp.de/veroeffentlichungen/statistische-monatshefte

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2010

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.